

STADTARCHIV MANNHEIM
Archivalien-Zugang 24 / 1972 Nr. 788

Dr. Dr. h. c. ...
Dr. Heintz ...
Rechtsanwälte

532 / 47

Werner Ackermann

Schriftsteller

Weinheim / Bergstr

Friedr. Voglerstr. 29

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 50 / 1929 Nr. 272

788



Stollenberg - Halbhefter

Bestell-Nr. 34 Din

Eunice

6.4.48 Kona

200.

Sub. 3 49 K. =

19 NORD. 46
WURTTENBERG.
BADEN

2

RM

NOTARIAT
2. 97
HEIM

order

34

Re doc. -

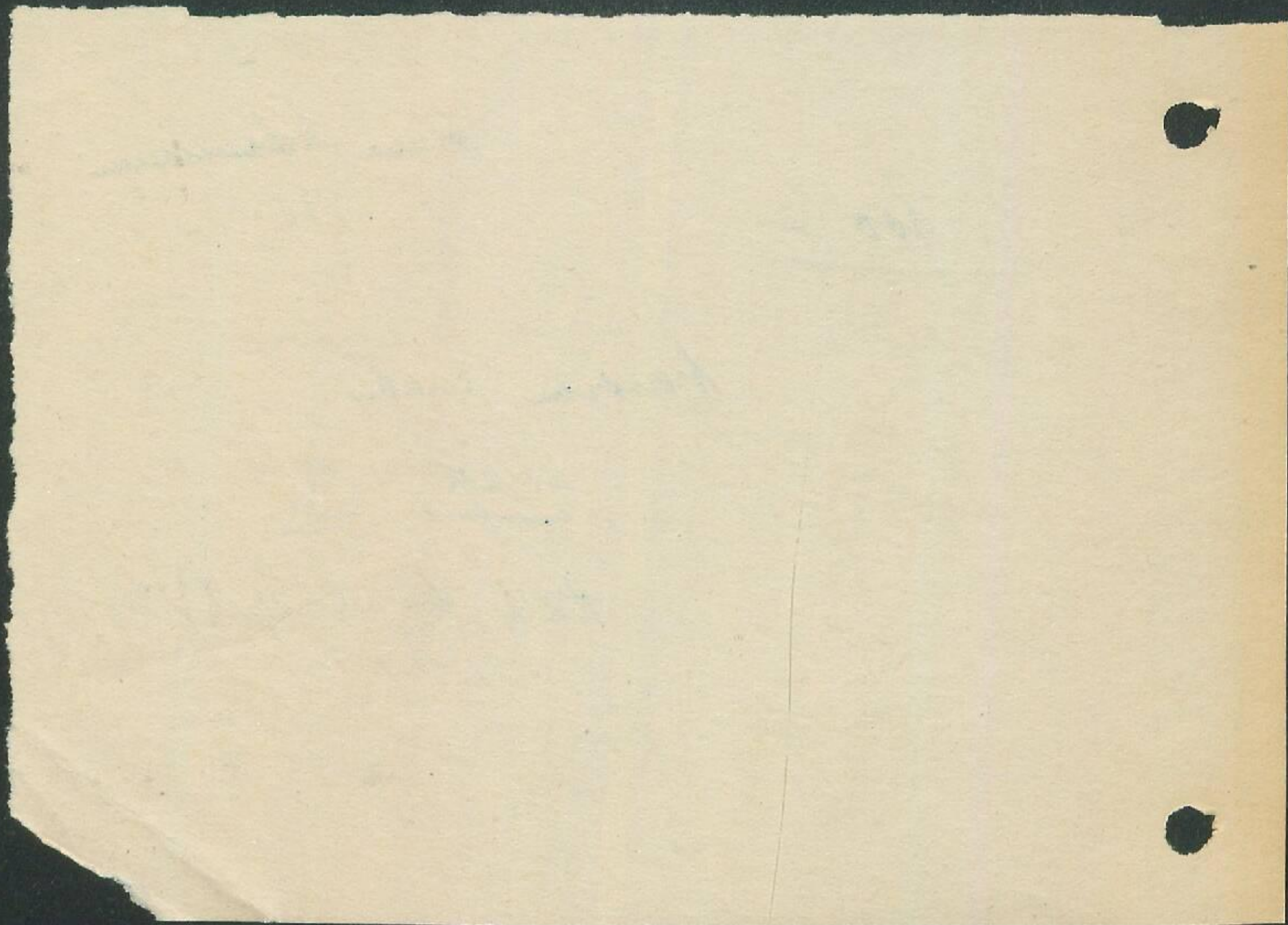
Heinrich Heine
-132-

Erinnere dich.

Alleg!

Halle, den 6. April 1948

Dr. 0745,



6.

April 1938

2.00

R.M.

Pf.

Eingezahlt am 5.4.48

Absender Name, Wohnort, Straße, Hausnummer, Gebüdeteil, Stockwerk: bei Untermietern auch Name des Vermieters

Werner Ackermann

Weinheim a. d. B.

Postfach

betrifft (Rechnung, Kassenzeichen, Rechnungsnummer usw.):

betr. Brief "Dr. O/S. - 532 -" vom 13.3.48

= Rm. 200.- =

Herrn Dr. H. G. C. Otto, Rechtsanwalt
Heidelberg.

13. März 1948

Ab 13/3

Dr. O./S.


- 532 -

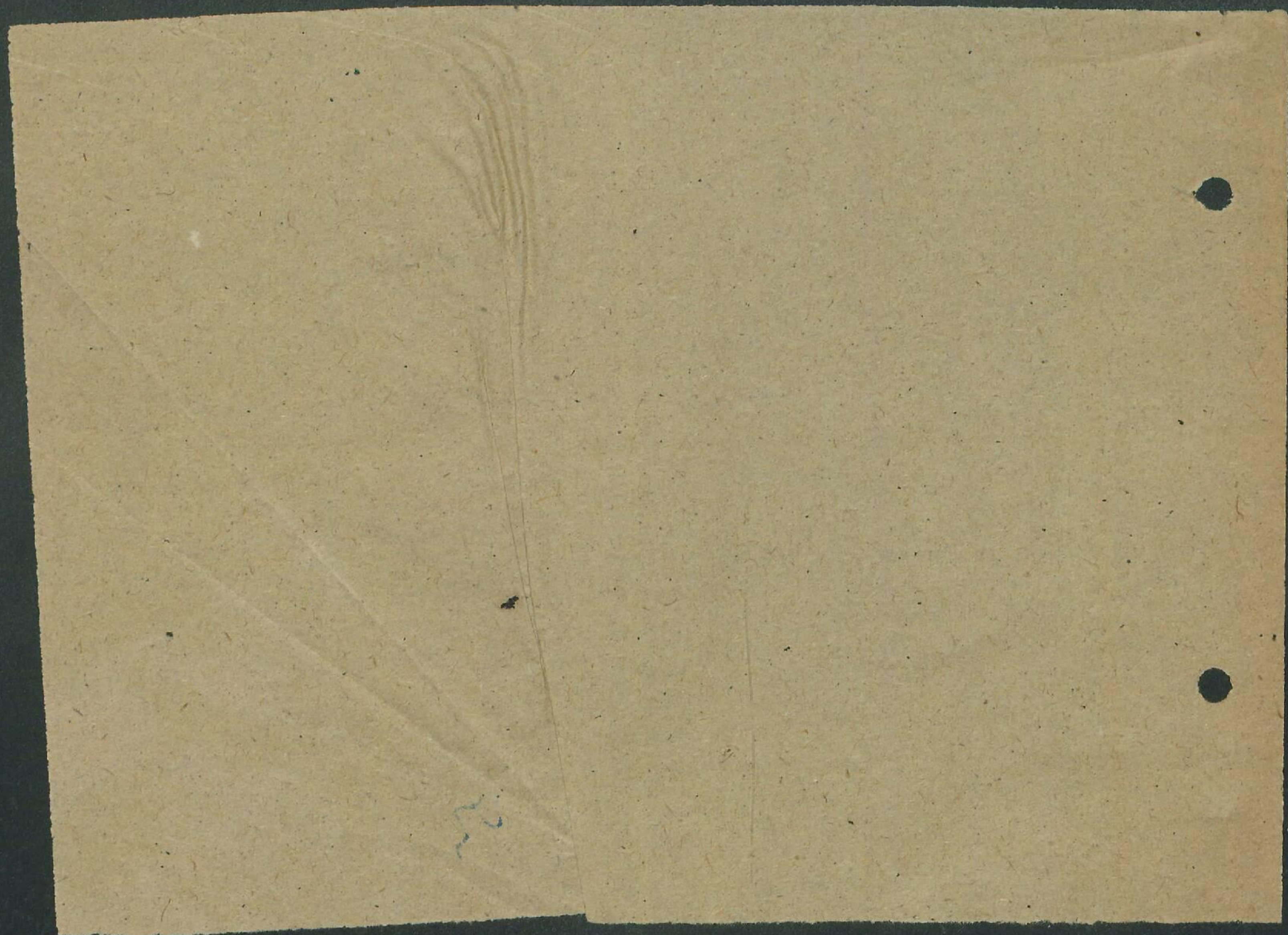
Herrn
Werner Ackermann
Schriftsteller
Weinheim a.d.B.
Postfach

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihrer Zeilen vom 20.2.48
und gestatte mir, Ihnen für unsere Beruhungen in der Zuzugsange-
legenheit Ihrer Frau Gemahlin ein Honorar von RM 200.-- in Vor-
schlag zu bringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.



WERNER ACKERMANN
Schriftsteller

Weinheim a/d Bergstrasse, den 20.2.1948
Postfach

- 532 -

X/X

200-

Herrn Dr. H. G. C. O t t o
Rechtsanwalt

21. Feb. 1948

H e i d e l b e r g

Neuenheimer Landstrasse 4

Ihr Zeichen: 532

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

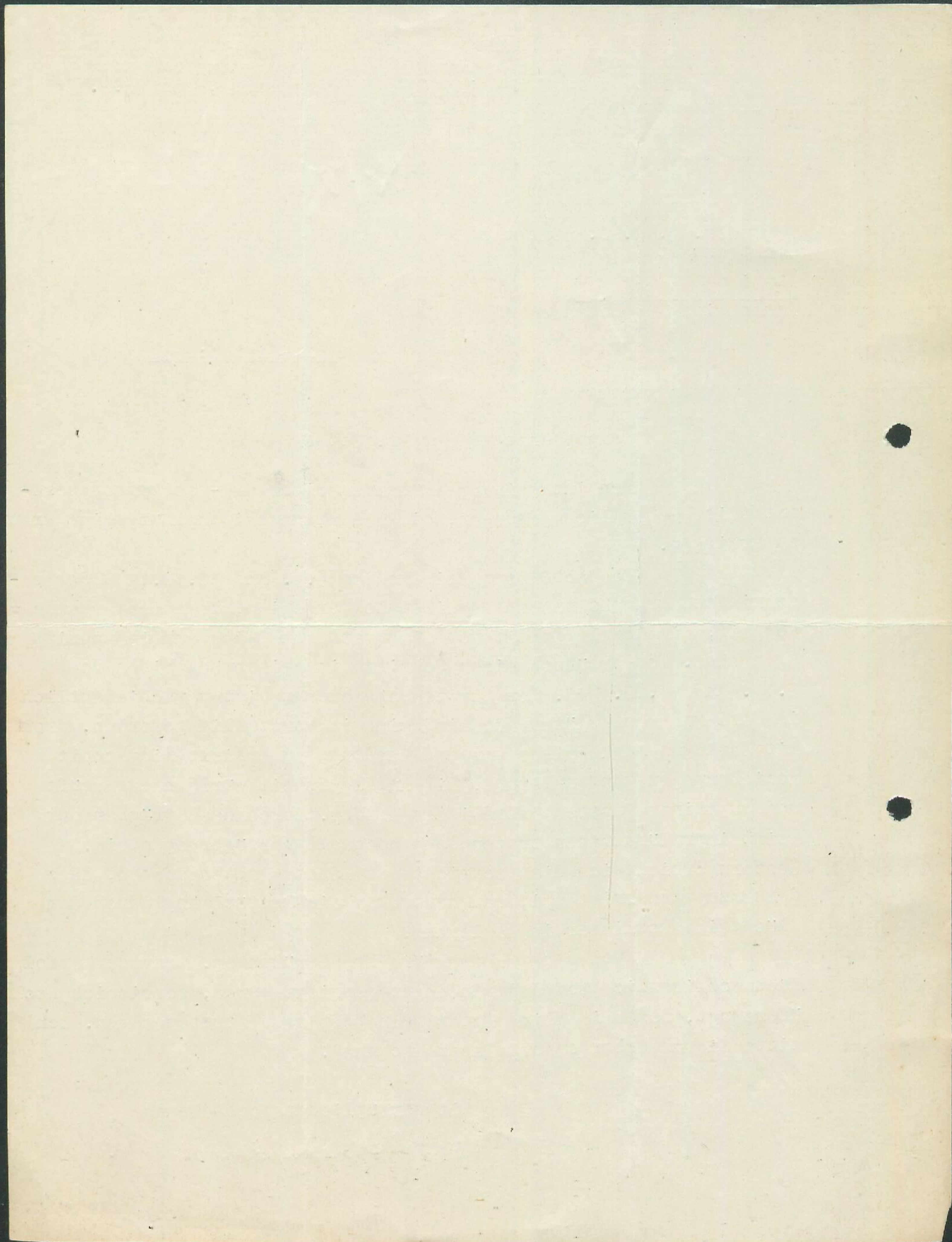
Den intensiven Bemühungen eines SPD-Landtagsabgeordneten ist es endlich gelungen, die Zuzugsgenehmigung für meine Frau zu erwirken.

Da nach Ihren Briefen vom 9.9. und 30.10.1947 der beschriftete Weg als nahezu aussichtslos erschien, begannen Freunde von mir, die Angelegenheit von einer anderen Seite aus in Angriff zu nehmen. Ich erwähnte diese Schritte in meinen Schreiben vom 5.11. und 14.12.1947. Der Landtagsabgeordnete ist verschiedentlich in Karlsruhe und später auch in Weinheim vorstellig geworden, drohte mit Darlegung des Falles vor dem Landtag und erhielt wiederholt Zusicherungen von Karlsruhe, die Angelegenheit würde nachgeprüft und zu meinen Gunsten entschieden werden. Durch das Sträuben der Weinheimer Bürokraten traten dann nochmals Verzögerungen ein. Gestern erhielt ich die Nachricht des Landtagsabgeordneten, dass der Zuzug genehmigt sei, und heute kam die Bestätigung durch den Flüchtlingskommissar in Karlsruhe.

Ich danke Ihnen für Ihre Bemühungen. Wenn der Erfolg auch schliesslich auf anderen Wegen erreicht wurde, so bin ich doch überzeugt, dass Sie meine Interessen bestens vertreten haben. Ich bitte Sie um Uebersendung Ihrer Rechnung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

W. Ackermann



3/3

20. Febr. 1948.

ab 20/2.

Dr.O./S.
- 532 -

Herrn
Werner A c k e r m a n n
W e i n h e i m a.d.B.
Postfach

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Unter Bezugnahme auf unsere beiden Schreiben vom 13. und 29.11.
bitten wir um Mitteilung, ob Ihrer Frau Gemahlin inzwischen die
Zuzugsgenehmigung erteilt worden ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung!


Rechtsanwalt.

10/5

29. Januar 1948

- 532 -

Herrn

Werner A c k e r m a n n,
Schriftsteller

W e i n h e i m a.d.Bergstr.
Postfach

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Ich hatte heute Gelegenheit, Ihre Zugangs-
angelegenheit mit dem zuständigen Sachbearbeiter auf
der Dienststelle des Flüchtlingskommissars in Karlsruhe
zu besprechen. Ich habe hierbei in erster Linie die
Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht angekündigt,
um zu sehen, welchen Eindruck dies dort erwecke. Hier-
bei wurde ich aber darauf hingewiesen, daß man nach
Ihrer Anerkennung als politischer Verfolgter von sich
aus die Angelegenheit wieder aufgegriffen hatte und
daß Sie nunmehr in einem günstigeren Licht betrachtet
werde. Die Dienststelle des Flüchtlingskommissars in
Weinheim ist vor zwei Monaten zur erneuten Stellung-
nahme aufgefordert worden und diese ist gerade gestern
telefonisch als besonders dringlich angemahnt worden.
Ich erfuhr ferner, daß in dieser Sache der Haupt-
widerstand in Weinheim selbst liege und daß außerdem
das Komitee der VVN in Stuttgart sich ursprünglich
ungünstig über Sie geäußert hatte, nunmehr aber seine
Stellungnahme revidiert hat.

Ich habe erneut den Eindruck gewonnen, daß
auf der Karlsruher Dienststelle Ihre Angelegenheit
nicht nur korrekt, sondern sogar wohlwollend behandelt
wird und daß nunmehr in nächster Zeit ein günstiger
Bescheid ergehen wird. Unter diesen Umständen möchte

ich die Erhebung der Verwaltungsklage zunächst noch einige
Zeit zurückstellen und bitte um Ihren Bescheid, falls Sie
in dieser Angelegenheit etwas hören sollten.

- 31 -

Mit vorzüglicher Hochachtung!

As

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Dr. Otto, Rechtsanwalt

13. Januar 1948 .

Dr. O. / M.
-532 -

Herrn

Werner A c k e r m a n n

Weinheim a.d. Bergstr.
Postfach .

Sehr geehrter Herr Ackermann !

Wir bestätigen den Empfang Ihres Briefes vom 14. Dezember 1947 und teilen Ihnen fürsorglich mit , dass Herr Rechtsanwalt Dr. O t t o seit einigen Wochen erkrankt ist und deshalb Ihre Verwaltungsgerichtsangelegenheit noch nicht in Angriff nehmen konnte . Es ist mit seiner Wiederherstellung bis Anfang nächster Woche zu rechnen . Wir bitten Sie deshalb, sich in Ihrer Sache noch etwas gedulden zu wollen .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

I. A.

(Weidmüller)
Anwaltsassessor

1. 1. 1914

12. 1. 1914

1. 1. 1914

1. 1. 1914

1. 1. 1914

1. 1. 1914

1. 1. 1914

1. 1. 1914

WERNER ACKERMANN / ~~BERLIN - WILMERSDORF / BARNAYWEG 7 / TEL. H 8 WAGNER 19-28~~

(17a) Weinheim - Bergstrasse, den 14-12-1947

Postfach.

Ist dies zu veranlassen?

g

Herrn Rechtsanwalt Dr. Otto
H e i d e l b e r g

Neuenheimer Landstrasse 4

16. Dez. 1947

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilungen vom 11.12/1947 und bitte Sie, nunmehr den Verwaltungsgerichtsweg zu beschreiten. Für eine möglichste Beschleunigung wäre ich Ihnen sehr dankbar. Ihrem Wunsch gemäss werde ich von Ihren privat erhaltenen Informationen keinen Gebrauch machen.

Ich möchte nochmals auf meine Ausführungen vom 5.11. hinweisen bezüglich der neuen Situation, die durch meine Registrierung als politisch Verfolgter bei der VVN eingetreten ist.

Der beabsichtigte Schritt der VVN bei der Militärregierung ist noch nicht erfolgt, da sich ein Landtagsabgeordneter der SPD um meine Angelegenheit kümmert. Da aber auch darüberhin immer mehr Zeit verstreicht, halte ich es für angebracht, wenn Sie Ihre Bemühungen in der vorgeschlagenen Weise fortsetzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

W. Ackermann

WERNER ROSEMAN, BERLIN - WILLI MERDORFF, BERNARD WEISS, KARL KATZ

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

1947

11. Dez. 1947.

Dr.O./S.
- 532 -

Herrn
Werner A c k e r m a n n
W e i n h e i m a.d.B.
Postfach

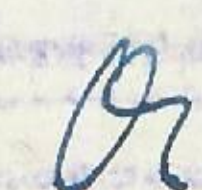
Sehr geehrter Herr Ackermann!

Ich habe die Zuzugsangelegenheit Ihrer Frau Gemahlin gestern mit dem früheren Heidelberger Flüchtlingsreferenten besprochen und ihr den letzten Bescheid des Landeskommisars für das Flüchtlingswesen vom 2.9.47 zur Iektüre gegeben. Er ist der Ansicht, daß die Entscheidung nicht gesetzmäßig ist und daß Ihre Anfechtung im Verwaltungsgerichtswege Erfolg verspricht. Er hat mir ferner zugesagt, mir die diese Fragen betreffenden Ministerialerlasse, die bekanntlich nirgends veröffentlicht sind, zugänglich zu machen.

Ich bitte Sie, von diesen Mitteilungen keinen Gebrauch zu machen und sich nicht auf diesen Herrn in irgend einem Zusammenhang zu beziehen, denn es handelt sich lediglich um einen internen freundschaftlichen Rat.

Ich bitte Sie um Mitteilung, ob wir nunmehr den Verwaltungsgerichtsweg beschreiten sollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.

WERNER ACKERMANN

WEINHEIM A.D. BERGSTRASSE
POSTFACH - USA-ZONE - GERMANY

Weinheim, den 5.11.1947

Herrn Rechtsanwalt Dr. O t t o
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstr. 4

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

6. Nov. 1947

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 30.10.1947 und Ihre Absicht, einen früheren Referenten des Flüchtlingswesens in meiner Angelegenheit zu befragen.

Ich habe die VVN gebeten, den beabsichtigten Schritt bei der Militärregierung aufzuschieben und erst das Resultat einer Demarche, die Freunde von mir über die SPD beim Landrat unternehmen, abzuwarten. Möglicherweise ist der Flüchtlingskommissar für meine Frau gar nicht zuständig. Ich bin zwar Flüchtling, aber meine Frau ist nach der Evakuierung aus Belgien September 1944 in Brandenburg untergekommen, also nicht unbedingt als Flüchtling anzusehen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich zu diesem Gesichtspunkt äussern würden.

Dass Karlsruhe in der letzten Ablehnung meine Eigenschaft als politisch Verfolgter bereits berücksichtigt hat, wie Sie in Ihrem Schreiben bemerken, erscheint mir als nicht ganz zutreffend. Karlsruhe hatte seinerzeit von der VVN die Auskunft erhalten, ich sei nicht registriert, und damit z.T. seine zweite Ablehnung begründet. Erst nach der dritten Ablehnung, in der es heisst, es hätten sich keine neuen Gesichtspunkte ergeben, und bei Nachweis meiner nazigegegnerten Tätigkeit dürfte ich auch als ehemaliger Reserve-

Heidelberg, den 30. Oktober 1947

Dr. O./Sch.

- 532 -

Herrn

Werner A c k e r m a n n

W e i n h e i m a.d.B.

Postfach

ab 307 10

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 14. Oktober 1947, aus dem ich entnehmen konnte, daß Ihre Eingabe an den Herrn Ministerpräsidenten das von mir erwartete Ergebnis gezeitigt hat.

Wenn die VVN. von sich aus zu Ihren Gunsten bei der Militärregierung intervenieren will, dann ist dies nicht ungünstig. Der Ausgang eines Verwaltungsgerichtsverfahrens erscheint auch mir recht ungewiss. Gegenüber Karlsruhe kann mit Ihrer Anerkennung als politisch Verfolgter nicht mehr operiert werden, da der Bescheid vom 2. September 1947 so gefaßt ist, daß diese Tatsache als bereits berücksichtigt angesehen werden muss.

Es ist schwer, in dieser Sache einen guten Rat zu geben. Ich habe aber in nächster Zeit Gelegenheit, mich mit einem früheren Referenten des Flüchtlingswesens/persönlich zu unterhalten und werde mit diesem Herrn einmal Ihren Fall durchsprechen und ihn fragen, welche Möglichkeiten er auf Grund seiner in seinem Tätigkeitsbereich gesammelten Erfahrungen noch sieht. Ich hoffe, Ihnen hierüber in 8 bis 14 Tagen Bescheid geben zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Dr.

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

1. The first part of the report

is devoted to a description

of the general situation

of the country and its

resources and the

present state of the

country.

The second part of the report

is devoted to a description of the

general situation of the country

and its resources and the

present state of the country.

The third part of the report

is devoted to a description of the

general situation of the country

and its resources and the

present state of the country.

The fourth part of the report

is devoted to a description of the

general situation of the country

and its resources and the

present state of the country.

The fifth part of the report

is devoted to a description of the

532 -
Weinheim, den 14.10.1947

Kep
Herrn Rechtsanwalt Dr. Otto
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

16. Okt. 1947

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 25.9.1947, das ich erst heute beantworte, weil ich den Eingang meiner Mitgliedskarte der VVN abwarten wollte. Diese war mir bereits vor 2 Monaten angekündigt worden; heute habe ich sie endlich - nach mehreren Reklamationen - ausgehändigt erhalten.

Auf meinen von Ihnen weitergeleiteten Brief an den Herrn Ministerpräsidenten erhielt ich das beiliegende Schreiben vom 29.9.1947. Es übergeht vollkommen den Inhalt meines Briefes und verweist auf die Möglichkeit, das Verwaltungsgericht anzurufen. Ich habe laut beiliegender Kopie am 5.10.1947 geantwortet und darauf den beiliegenden Bescheid vom 7.10.1947 erhalten. Von Logik scheinen die Herrn vom Staatsministerium keinen blassen Schimmer zu haben. Erst schreiben sie, das Staatsministerium könne ohne Kenntnis der Unterlagen keine Beurteilung abgeben (meine Briefe vom 5.6. und 22.9.1947 enthielten genaue Angaben!), und 8 Tage später erklären sie, dass eine Beurteilung nicht erfolgen wird. Ferner bittet der Herr vom Staatsministerium, dass ich mich mit den Unterlagen an das Innenministerium wenden möge. Ich hatte aber mehrfach deutlich mitgeteilt, dass das Innenministerium - Abteilung Flüchtlingswesen - ausführliche Darstellungen nebst Unterlagen erhalten habe, und meine Beschwerden von dort nach Karlsruhe geleitet wurden. Es scheint wirklich, als ob die höchsten Posten von Analphabeten besetzt seien.

Ich fürchte, dass der auch von Ihnen vorgeschlagene Verwaltungsweg langwierig und kostspielig sein wird, und habe deshalb gezögert, Sie zu bitten, diesen Weg zu beschreiten. Auf der hiesigen Geschäftsstelle der VVN wurde mir eine Beschwerde bei der Militärregierung empfohlen. Die VVN will von sich aus eine Darstellung meines Falles der Militärregierung unterbreiten. Es würde mich interessieren, was Sie davon halten. Wenn ich wüsste, dass ich dadurch schneller zum Ziel komme, würde ich schliesslich doch das Verwaltungsgericht in Anspruch nehmen, und beide Aktionen parallel laufen lassen.

Falls Sie die erfolgte Anerkennung als politisch Verfolgter als ein genügend gewichtiges Argument ansehen, wäre zu erwägen, ob Sie damit nicht doch noch einmal einen Vorstoss in Karlsruhe machen könnten.

Ich bitte Sie um Ihren Rat und um Berücksichtigung, dass ich nun schon 10 Monate lang diesen Kampf gegen verständnislose und sture Bürokraten führe. Jeder ventünftige Mensch sieht ein, dass die Ablehnung meines Antrages ein Nonsens ist. Es ist gradezu unfassbar, dass ein einzelner böswillig eingestellter Beamter die Macht haben soll, sinnloserweise das Lebensglück einer Familie zu zerstören - noch dazu, wenn es ausdrücklich eine Bestimmung gibt, die die Zusammenführung der Familien befürwortet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

L. Susmann

VERNER ACKERMAN
VERNEER & BROS.
NEW YORK

Handwritten notes and a large 'X' mark in the center of the page.

Staatsministerium

Nr. 6413.

Beil.

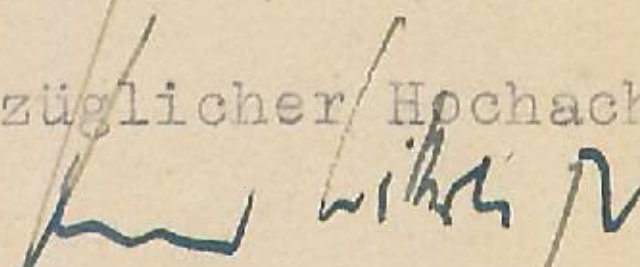
Herrn
Werner A c k e r m a n n
(17a) Weinheim / Bergstrasse
Postfach.

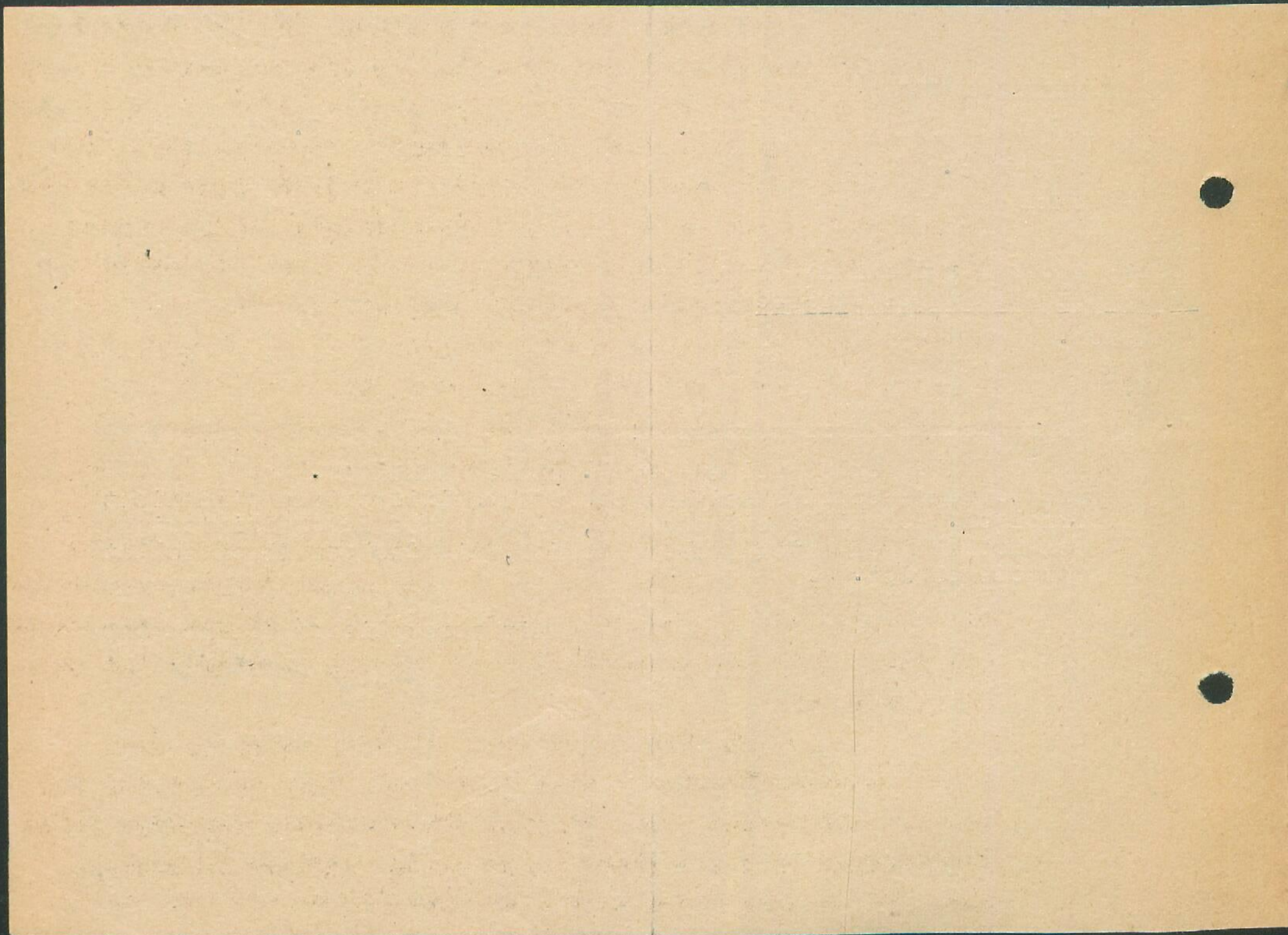
Stuttgart-S, den 7. Oktober 1947.
Olgastraße 7

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Ich habe Ihr Schreiben vom 5. Oktober erhalten.
Ein weiterer Schritt seitens des Staatsministeriums wird nicht
erfolgen. Ich bitte Sie deshalb, sich an das Innenministerium mit
den notwendigen Unterlagen zu wenden, wie das von Ihnen selbst
vorgesehen ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'L. W. H. R.', is written over the typed text 'Mit vorzüglicher Hochachtung'.



WERNER ACKERMANN
Weinheim/Bergstr.
Postfach

Weinheim, den 5.10.1947

An den Herrn Beauftragten
des Herrn Ministerpräsidenten Dr. R. Maier
S t u t t g a r t - S
Olgastrasse 7

Sehr geehrter Herr!

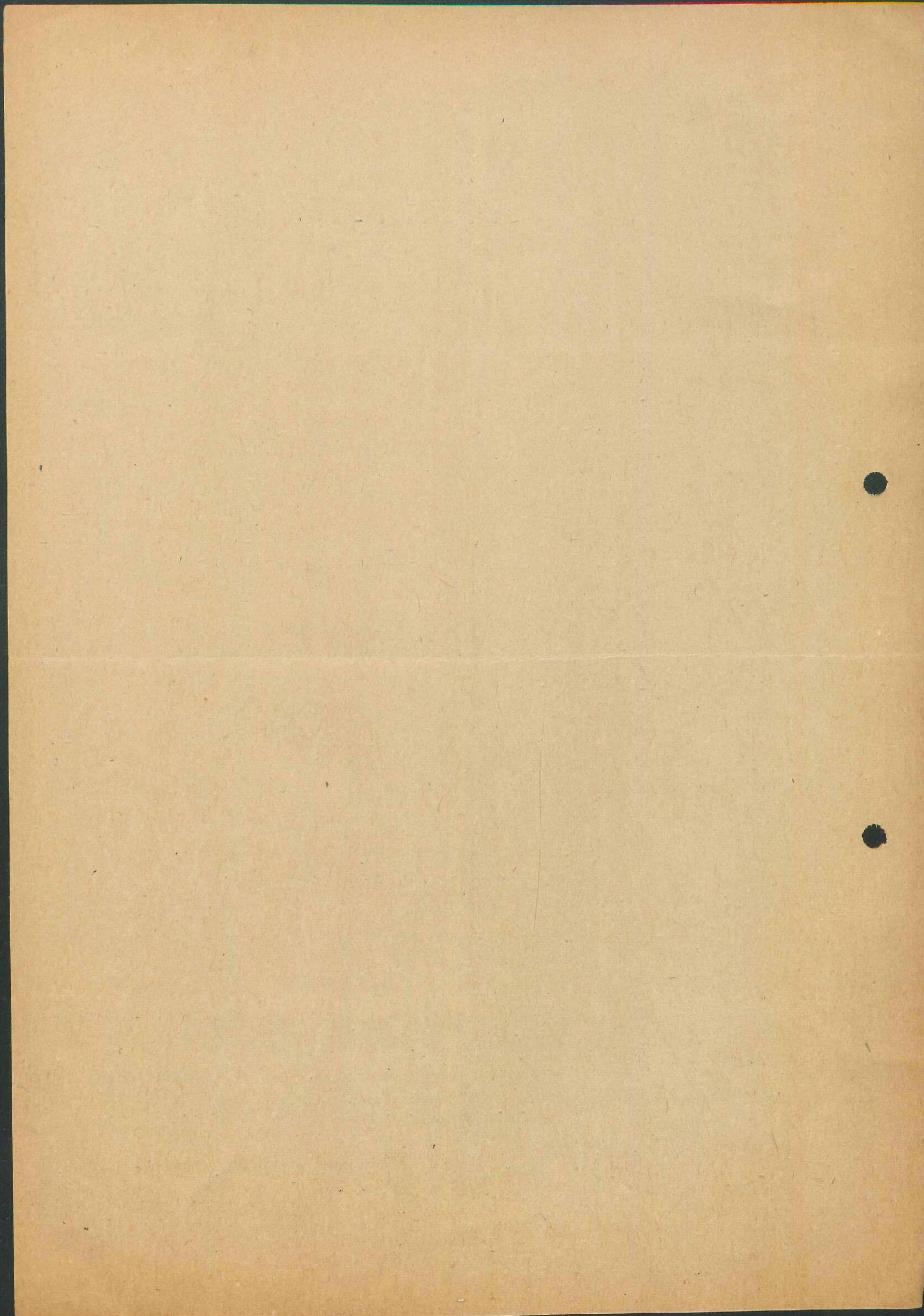
Ich danke Ihnen verbindlichst für Ihr Schreiben vom 29. September 1947, mit dem Sie den Eingang meines Schreibens vom 22.9.1947 an den Herrn Ministerpräsidenten bestätigen.

Um auch nicht das kleinste Missverständnis bestehen zu lassen, möchte ich hiernit erklären, dass meine Beanstandung in keiner Weise die Weiterleitung an das Innenministerium - Abteilung Flüchtlingswesen - betraf. Meine Beschwerde richtete sich gegen das Innenministerium als der vorgesetzten Stelle des Landeskommisars in Karlsruhe. Mein Einspruch gegen eine Entscheidung des Kommissars in Karlsruhe wurde vom Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Stuttgart am 19.5.1947 dahingehend beantwortet, dass über Zuzug nach dem Land Baden der Landeskommisars in Karlsruhe selbständig entscheide; meine Beschwerde wurde dem Landeskommisars in Karlsruhe, welcher Objekt meiner Beschwerde war, überwiesen. Das bedeutete praktisch, dass es keinen Beschwerdeweg gibt, und eine Dienststelle mit diktatorischer Macht ausgestattet ist.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich wissen lassen würden, ob Ihre Bemerkung, dass von seiten des Staatsministeriums ohne Kenntnis der einzelnen Vorgänge keine Beurteilung erfolgen könne, mich zu der Annahme berechtigt, dass ich in absehbarer Zeit eine Beurteilung von seiten des Staatsministeriums erwarten darf.

Was den ^{Sachverhalt} ~~Laufestand~~ anbetrifft, so erlaube ich mir, auf die Anlagen meiner beiden Briefe an den Herrn Ministerpräsidenten vom 5.6. und 22.9.1947 zu verweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Staatsministerium

Kanzleidirektion

Nr.

Beil.

Herrn

Werner A c k e r m a n n

(17a) Weinheim / Bergstrasse

Postfach.

Stuttgart-S, den 29. September 1947.

Olgastraße 7

Fernsprecher: 91540, 91548/49

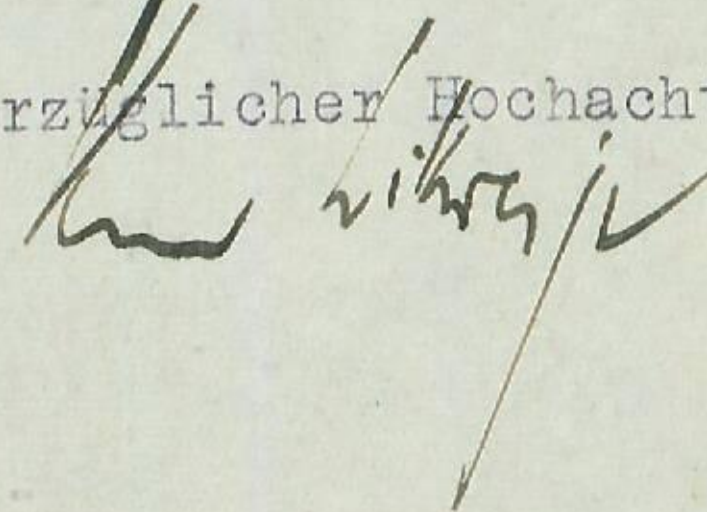
Sehr geehrter Herr Ackermann!

Herr Ministerpräsident Dr. Maier hat Ihr Schreiben vom 22. September erhalten.

Ich verstehe nicht, wie Sie es beanstanden können, dass Ihr Schriftstück seinerzeit an das Innenministerium - Abteilung Flüchtlingswesen - weitergegeben wurde. Von seiten des Staatsministeriums bzw. des Herrn Ministerpräsidenten kann ja ohne Kenntnis der einzelnen Vorgänge gar keine Beurteilung erfolgen, da hier in Stuttgart über Ihren Fall keine Unterlagen zur Verfügung stehen.

Sie haben ausserdem die Möglichkeit, gegen die Entscheidung das Verwaltungsgericht anzurufen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



1. The first part of the report is a general survey of the situation in the country.

2. The second part is a detailed account of the work done during the year.

3. The third part is a summary of the results of the work.

4. The fourth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

5. The fifth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

6. The sixth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

7. The seventh part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

8. The eighth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

9. The ninth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

10. The tenth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

1. The first part of the report is a general survey of the situation in the country.

2. The second part is a detailed account of the work done during the year.

3. The third part is a summary of the results of the work.

4. The fourth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

5. The fifth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

6. The sixth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

7. The seventh part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

8. The eighth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

9. The ninth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

10. The tenth part is a list of the names of the persons who have been engaged in the work.

WERNER ACKERMANN
Weinheim/Bergstr.
Postfach

Weinheim a.d. Bergstr., 22.9.47.

Herrn Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier
S t u t t g a r t
Staatsministerium

EINSCHREIBEN

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Auf meine Briefe vom 5. und 14. Juni 1947 erhielt ich am 20.6.1947 eine Antwort von Ihnen, die insofern erfreulich war, als sie die erste höflich abgefasste Zuschrift einer Amtsstelle war, die ich je empfangen hatte.

Sie leiteten damals meine Schreiben weiter an den Herrn Flüchtlingskommissar Bettinger, welcher sie dem Flüchtlingskommissar in Karlsruhe überwies; dieser sandte mein ganzes Aktenstück an den Flüchtlingskommissar in Weinheim. Praktisch bedeutet das, dass die Stelle, über die ich mich beschwert, bzw. deren Entscheidung ich angefochten hatte, die Angelegenheit zur Begutachtung und Erledigung erhielt. Gestatten Sie mir zu sagen, dass ich als Schein-Demokratie und Rechtlosigkeit empfinde, wenn übergeordnete Stellen den Rechtsweg illusorisch machen, indem sie bei Beschwerden die Stelle als allein zuständig bezeichnen, die Gegenstand der Beschwerde war.

Ich wende mich nochmals an Sie, Herr Ministerpräsident, da ich mich trotz der bisherigen Erfahrungen gegen die Auffassung strübe, dass in einer wahren Demokratie ein einzelner Mensch ohne das Regulativ einer echten Kontrolle nach Belieben und selbstherrlich schalten und walten kann. Ich verwahre mich dagegen, dass einem Kleinen Diktator, über dessen politische Vergangenheit noch dazu allerlei Gerüchte umgehen, die Allmacht zugestanden wird, sinnloserweise Ehen zu scheiden, Familienglieder zu zerstören und sich dadurch den elementarsten Forderungen der Menschlichkeit und Vernunft zu widersetzen - besonders wenn sein Gegenspieler ein notorischer Antifaschist ist. Jeder, dem mein Fall bekannt wird, ist empört über die geradezu feindselige Haltung der Flüchtlingsbehörde, die, entgegen den offiziell proklamierten Tendenzen zur Wiederherstellung der Familiengemeinschaft, ohne kasserst zwingende Gründe die Trennung von Eheleuten dekretiert. Derartige verständnislose oder böswillige Einstellungen finden überall schärfste Kritik und werden mit Recht als Provokationen, Schikanes und dem Geist der Demokratie widersprechende Überheblichkeiten gewertet. Sie sind ein Hohn auf alle schönen Reden und Artikel, die im Volk immer mehr an Kredit und Vertrauenswürdigkeit verlieren. Ferner zerstören sie den guten Willen und die Kraft zur Mitarbeit am Neubau einer geordneten Gemeinschaft und erzeugen in letzter Konsequenz Hass gegen den Staat und seine Organe.

Ich erlaube mir, Ihnen in der Anlage eine kurze Zusammenfassung des Sachverhalts vorzulegen. Es geht daraus hervor, dass die Flüchtlingsbehörde einen Schriftsteller, der über 20 Jahre gegen Diktatur und Faschismus gekämpft und menschenrechtliche Prinzipien vertreten hat, deren offenes Bekenntnis zur Zeit von den Russen nicht ohne Weiteres toleriert wird, vor die Alternative stellt, entweder auf die Ehegemeinschaft zu verzichten oder sich in der russischen Zone Einschränkungen der persönlichen und beruflichen Freiheit auszusetzen.

Sollte

Sollte es bei der Entscheidung des Kommissars bleiben, so soll es wenigstens nicht ohne Ihre Kenntnis geschehen. Ich würde dann von Ausländern das menschliche Verständnis erbitten, das mir Deutsche glauben versagen zu können.

Zum Schluss möchte ich be merken, dass ich neuerdings als politisch Verfolgter registriert wurde. Es ergibt sich dadurch eine geänderte Sachlage, die es der Flüchtlingsbehörde ohne Prestigeverlust ermöglichen könnte, in meinem Fall eine neue Entscheidung zu treffen. Es wird ja bei jeder Gelegenheit betont, dass politisch Verfolgte in besonderem Masse Hilfe und Unterstützung bei den Behörden finden sollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

WERNER ACKERMANN, Schriftsteller, geb. 28.12.1892 in Antwerpen, Belg.
Wohnsitz in Belgien bis zur Räumung durch die Deutschen September 44.
Meine Frau erhielt Oktober 1944 als Evakuierte Notquartier in Brandenburg/Havel, wo meine Tochter am Krankenhaus tätig war.
Nach meiner Entlassung aus Kriegsgefangenschaft erhielt ich als Auslandsdeutscher Zuzugsgenehmigung in Weinheim a.d.Bergstrasse. Ich hatte mich nicht in die russische Zone entlassen lassen, um nicht als Reserveoffizier (Dolmetscher bei der Abwehr) bei den Russen erneut in Gefangenschaft zu geraten. Obwohl ich Emigrant von 1933 und aktiver Antifaschist war, wäre ich zum Zweck der Ueberprüfung nochmals eingesperrt worden.

16.12.1946 stellte ich Antrag auf Zuzug von Frau und Tochter zwecks Wiederherstellung der Familiengemeinschaft.

5. 2.1947 erhielt ich Ablehnung meines Antrags mit der Begründung: "Antrag wohnraummässig nicht durchführbar".

Nachdem Beschwerden bei verschiedenen Dienststellen ohne Ergebnis blieben, stellte ich, dem Ablehnungsgrund gemäss, 28. 3.1947 Antrag auf Zuzug meiner Frau allein, unter Verzicht auf zusätzlichen Wohnraum.

13. 6.1947 Ablehnung meines Antrags mit der neuen Begründung: durch umfangreiche Ermittlungen sei festgestellt worden

1.) dass ich nicht als politisch Verfolgter anerkannt werden könne, da ich als Res.Offizier bei der Abwehr in Belgien tätig gewesen sei;

2.) dass ich Zuzugsgenehmigung nur erhalten habe, weil ich angegeben hätte, der Aufenthaltsort meiner Familie sei mir nicht bekannt.

Dazu bemerke ich, dass ich Reserveoffizier aus dem vorigen Krieg war, keine Übungen gemacht habe, zur militärischen Abwehr (Marine-Erkundung) eingezogen wurde und mich trotz Verfolgungen durch den SD nachweisbar antifaschistisch betätigt habe; ferner, dass ich nie ein Hehl daraus gemacht habe, wo sich meine Familie befinde, so dass ich den zweiten Ablehnungsgrund als eine böswillige Erfindung bezeichnen muss. - In einem Schreiben vom

15. 6.1947 widerlegte ich die beiden Einwände und erneuerte meinen Antrag. Ferner übergab ich die Angelegenheit dem Rechtsanwalt Dr. Otto, Heidelberg, zur weiteren Bearbeitung.

18. 6.1947 teilte mir dieser wörtlich mit:

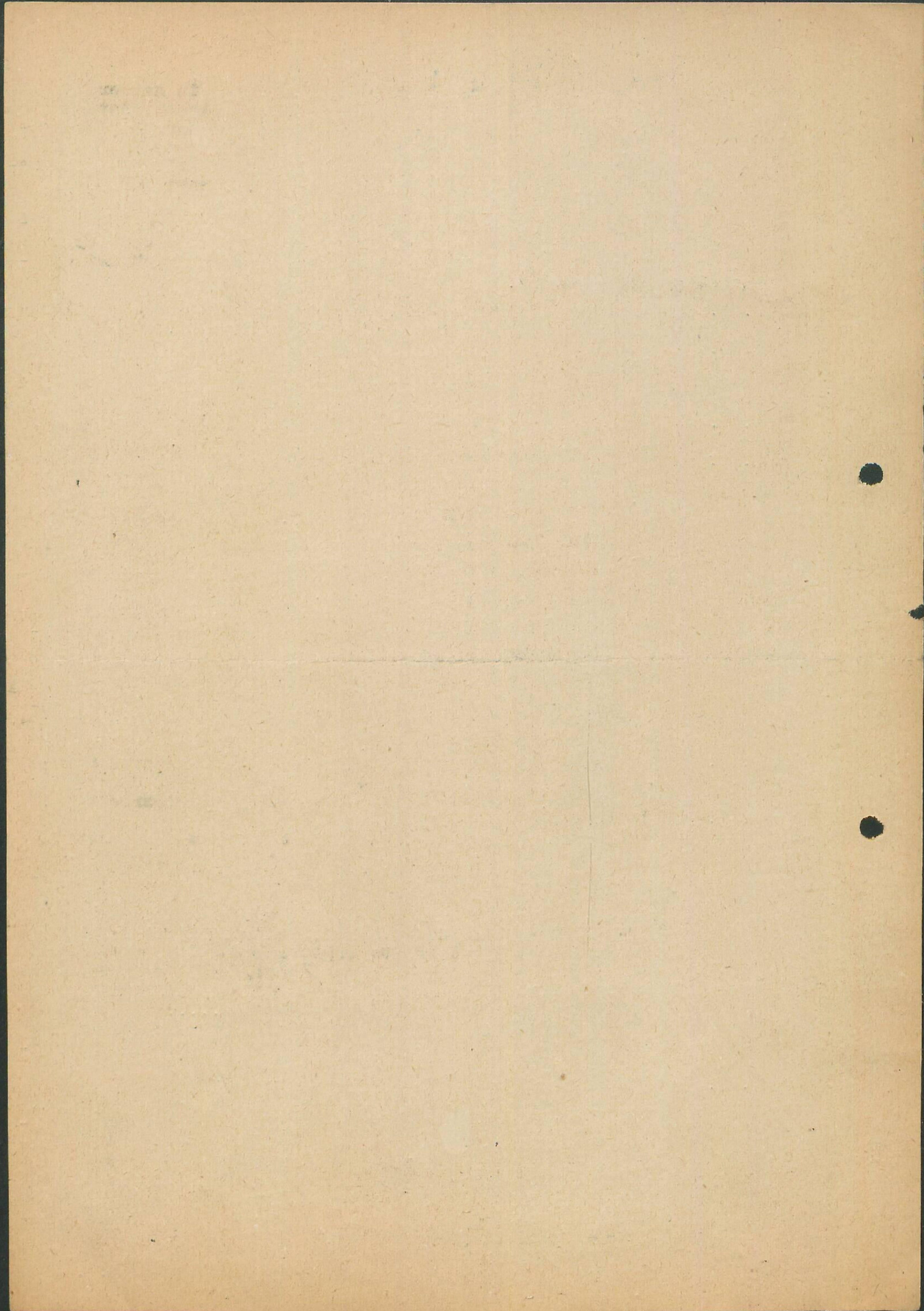
"Ich habe heute noch mit der Dienststelle des Herrn Flüchtlingskommissars über Ihre Angelegenheit gesprochen und dort nicht nur bereitwillige Auskunft, sondern grosses Verständnis für Ihren Fall gefunden. Es wurde mir gesagt, dass man bereit sei, die von Ihnen beantragte Zuzugsgenehmigung zu erteilen, falls sich nur irgend ein gesetzlicher Anhalt dafür ergebe. Deshalb habe sich das Verfahren auch so lange hingezögert, weil Ihr Fall grade sehr sorgfältig behandelt werden sei und umfangreiche Ermittlungen angestellt werden mussten....."

Als Ergebnis dieses "grossen Verständnisses" für einen einfachen Fall der Wiederherstellung der Familiengemeinschaft teilt mir mein Rechtsanwalt mit Schreiben vom


9. 9.1947 mit, dass der Landesbeauftragte für Flüchtlingswesen in Karlsruhe meinen Antrag zum dritten Mal abgelehnt habe. Die Begründungen der zweiten Ablehnung wurden nicht aufrecht erhalten. Dieses Mal beschränkt sich der Herr Kommissar darauf zu erklären, es stünde mir frei, mich an den Wohnsitz meiner Familie zu begeben; bei Nachweis meiner antifaschistischen Tätigkeit dürfte ich "auch als ehemaliger Reserveoffizier kaum Schwierigkeiten in der russischen Zone ausgesetzt sein." Das ist jedoch mehr denn je zweifelhaft!

Meine Registrierung als politisch Verfolgter ist erfolgt.

15.9.1947



Bitte sorgfältig aufbewahren!

Der  wird gebeten, nur den umrandeten Teil auszufüllen

Einlieferungsschein

Gegenstand:

*) Brief

*) Nr.

388 d

Nachnahme:	R.H.	R.J.	Gewicht:	kg	g
Wert oder Betrag:				R.H.	R.J.
Empfänger:	<i>H. Reinhold Kaiser</i>				
Bestimmungsort:	<i>Lübeck</i>				

Postannahme

Tagestempel



Erklärung der Abkürzungen umseitig.

C 62 Din A 7

3. 47. 32. CFM.

Beachtenswerte Regeln für Schalterbesucher.

Die Post bittet,

1. für Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden zu wählen;
2. auf alle freizumachenden Sendungen die Marken vor der Einlieferung aufzukleben; bei Briefsendungen, Postanweisungen und Zahlkarten besteht eine Verpflichtung hierzu;
3. zu Wert- und Einschreibsendungen einen Einlieferungsschein — mit Tinte — vorher auszufüllen;
4. das Geld abgezählt bereit zu halten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Ein- oder Auszahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Entnahme von drei oder mehr Sorten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 RM eine aufgerechnete Zusammenstellung der zu zahlenden Beträge vorzulegen;
5. bei eigenem stärkerem Verkehr die besonderen Einrichtungen (Einlieferungsbücher, Selbstvorbereiten von Paketsendungen, Einschreibbriefen usw.) zu benutzen.

Erklärung der Abkürzungen:

A=Postauftrag, E=Einschreiben, Einschreib-,
PAnw=Postanweisung, Pkt=Paket, Pgt=Post-
gut, Pn=Päckchen, Wert=Wert, Zk=Zahlkarte.

Wv. 1. XI 47 ✓
B

25. Sept. 1947
ok 15/9

Dr. O./Z.
- 532 -

Herrn
Werner Ackermann
Weinheim / Bergstr.
Friedrich Voglerstr. 29


Sehr geehrter Herr Ackermann!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 21. September 1947 und verstehen vollkommen, daß Sie über den Bescheid des Flüchtlingskommissars sehr erbittert sind. Wir möchten Ihnen raten, diese Sache vor das Verwaltungsgericht zu bringen, da der Entscheid u.E. gegen die Gesetze der Menschlichkeit verstößt.

Obwohl wir uns nichts davon versprechen, haben wir Ihren Brief an den Herrn Ministerpräsidenten durch Einschreibebrief weitergeleitet. Ihre Ausführungen halten wir für sehr gut und wirkungsvoll.

Wir bitten Sie um Ihre Rückäußerung, ob wir den Verwaltungsgerichtsweg beschreiten sollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

13. September 1947

117

Dr. O. E.
- 232 -

Berlin

Herrn Dr. O. E. Meyer

Herrn Dr. O. E. Meyer

Friedrich-Vogelstr. 29

Sehr geehrter Herr Akademiker!

Mit Bezugnahme auf den Brief vom 11. September 1947 und weiteren Vollkommenheiten, die Sie über den Bescheid des Reichsausschusses für die deutsche Sprache erhalten haben, bitte ich Sie, die Sache vor dem Verwaltungsgericht zu verfolgen. Da der Bescheid nicht gegen die Gesetze der Reichsregierung verstößt, obwohl wir uns nicht davon vergewissern können, ob Ihre Briefe an den Herrn Ministerpräsidenten durch Einsichtnahme weitergeleitet. Ihre Ausführungen haben wir sehr gut und würdevoll aufgenommen. Wir bitten Sie um Ihre Rührung, die wir den Verwaltungsgerichtshof beschreiben sollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Weinheim, den 21.9.1947

-573-

WERNER ACKERMANN



WEINHEIM A.D. BERGSTRASSE

POSTFACH - USA-ZONE - GERMANY

23. Sep. 1947

W/10
Herrn Rechtsanwalt Dr; Otto
Heidelberg
Neuenheimer Landstrasse 4

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 9.9.1947, aus dem ich ersehen musste, dass es dem Flüchtlingskommissar offenbar am guten Willen fehlt. Nachdem seine verschiedenen Ablehnungsgründe der Reihe nach hinfällig geworden sind, begnügt er sich zum Schluss mit einer gradezu zynischen Alternative, mit der ich mich auf keinen Fall abfinden kann.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, wer das Schreiben aus Karlsruhe vom 2.9.47 unterschrieben hat.

Inzwischen ist meine Registrierung als politisch Verfolgter endlich erfolgt. Ich hatte meinen Fall nochmals persönlich in Stuttgart vorgetragen und weitere Unterlagen beigebracht.

Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich die Geduld verliere. Ich habe dem Herrn Ministerpräsidenten nochmals geschrieben, den Brief aber noch nicht abgesandt, da ich nicht weiss, ob Sie noch etwas unternommen haben. Auch möchte ich nichts tun, was etwaige Schritte Ihrerseits nachteilig beeinflussen könnte. Ich möchte Sie aber doch bitten - obwohl Sie nicht an einen Erfolg glauben - meinen Brief an den Ministerpräsidenten nach Kenntnisnahme und wenn möglich mit einem eigenen Vermerk nach Stuttgart per Einschreiben weiterzuschicken. Es liegt mir daran, Herrn Dr.

Maier informiert zu haben. Falls ich keine Antwort von ihm erhalte,
möchte ich mich an die Militärregierung wenden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihren Standpunkt
recht bald bekannt geben würden, und begrüße Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

L. Aumann

9. Sept. 1947.

Dr.O./S.
- 532 -

Herrn
Werner Ackermann

Weinheim a.O.B.
Friedrich Voglerstr. 29

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Von dem Landes-Beauftragten für Flüchtlingswesen erhalten wir den abschriftlich anliegenden Bescheid, der leider recht ungünstig ausgefallen ist. Leider bietet das neue Flüchtlingsgesetz auch keine weitere gesetzliche Fankasse. Ebenso verspreche ich mir nichts von einem Schritt beim Ministerpräsidenten. Wir prüfen zur Zeit, ob es möglich ist, diese Sache vor das Verwaltungsgericht zu bringen und werden Ihnen das Ergebnis unserer Überlegungen dann mitteilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.

1 Anlage

Recd. 10/10/10

Der Präsident des Landesbezirks Baden

Abtlg. Innere Verwaltung

Landes-Beauftragter für Flüchtlingswesen

Karlsruhe, den 2. September 1947

Neue Postdirektion

Abt. III/W6/A

4. Sep. 1947

**Betr.: Zuzugsgenehmigung für
Frau Uta Ackermann.**

Die neuen Ueberprüfungen der bisher von und für Ihren Mandanten gestellten Anträge auf Erteilung einer Zuzugsgenehmigung für seine Frau Uta Ackermann hat keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte ergeben, die zu einer Aenderung der früheren Entscheidung führen könnten.

Wenngleich auch nicht eindeutig festgestellt werden kann, ob Ackermann bei seiner Anmeldung beim Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen im September 1946 nach den Aufenthalt seiner Familie gefragt wurde, so ist doch eindeutig festzustellen, dass A. den Wohnsitz seiner Ehefrau genauestens kannte.

Herrn

Dr. Heinz G.C. O t t o

Rechtsanwalt am Landgericht

./.

H e i d e l b e r g

Neuheimer Landstrasse 4

Der Wohnsitz der Ehefrau liegt innerhalb der durch das Potsdamer Abkommen festgelegten Grenzen, sodass der Ehemann nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft jederzeit an den Wohnsitz seiner Familie hätte zurückkehren können.

Kriegsgefangene die in den Ostzonen zuständig sind, denen jedoch nach Entlassung aus Gefangenschaft aus gewissen Gründen, bis zur Klärung der politischen Verhältnisse, ein Asylrecht in den Westzonen gewährt wird, müssen sich damit abfinden, dass sie zunächst nicht mit dem Nachzug der Familienangehörigen rechnen können.

Da, wie Ihr Mandant angibt, er zu den dem Nationalsozialismus widerstandleistenden "reisen gehörte, dürfte er bei entsprechendem Nachweis dieser Tätigkeit auch als ehemaliger Reserveoffizier kaum Schwierigkeiten in der russischen Zone ausgesetzt sein.

Ich stelle daher anheim, ohne damit eine Ausweisung des A. aus der US-Zone zu verbinden, dass dieser sich, falls er die Familiengemeinschaft sofort herzustellen wünscht, an den Wohnsitz seiner Familie begibt.

Erst



27. August 1947.

Dr. C. / W.

- 532 -

Herrn

Werner A c k e r m a n n

W e i n h e i m a. d. Bergstr.
Friedrich Voglerstr. 29.

Sehr geehrter Herr Ackermann !

Wir bestätigen den Empfang Ihrer beiden Schreiben vom 8. und 23. August 1947. Auf Ihr Schreiben vom 8. August haben wir die Angelegenheit dem Flüchtlingskommissar schriftlich in Erinnerung gebracht, auf Ihr Schreiben vom 23. August haben wir fernmündlich nach dem Stand der Angelegenheit nachgefragt und die Auskunft erhalten, dass noch in dieser Woche ein Bescheid ergehen wird. Über den Inhalt dieser Entscheidung konnte uns keine Mitteilung gemacht werden.

Für den Fall, dass der Bescheid Ihnen direkt zugehen sollte, bitten wir um sofortige Information. Falls er uns zugeht, werden wir Sie sofort benachrichtigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !



(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

3

Weinheim, den 23.8.1947

WERNER ACKERMANN
WEINHEIM A.D. BERGSTRASSE
POSTFACH - USA-ZONE - GERMANY

24. Aug. 1947

Herrn Dr. O t t o
Rechtsanwalt
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstr. 4

XL/1-114

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden,
ob Sie noch etwas in meiner Angelegenheit unternehmen konnten.

Meinen Brief vom 8.8.47. haben Sie hoffentlich erhalten.

Bezugnehmend auf Ihren Brief vom 18.6.47. und Ihre Unter-
redung mit der Dienststelle des Herrn Flüchtlingskommissars in Karls-
ruhe möchte ich anfragen, ob sich durch das neue Flüchtlingsgesetz
nicht die gesuchte gesetzliche Handhabe für die Erteilung der Zuzugs-
genehmigung ergeben hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

W. Ackermann

WERNECK ACKERMANN
WEINHILFEN & BECKSTRAßE
POSTACH - USA-ZONE - GERMANY

11. August 1947

Dr. O./U.


- 532 -

An den
Herrn Landeskommissar
für das Flüchtlingswesen
in Karlsruhe
Neues Postamtsgebäude

Betrifft: Zuzugsgenehmigung für Frau Ota A c k e r m a n n
nach Weinheim.

Wir nehmen Bezug auf unsere Eingaben obigen
Betreffs vom 18. Juni und 16. Juli 1947 und bitten
dringend, nunmehr die Zuzugsgenehmigung in dieser
Sache erteilen zu wollen. Mein Mandant befindet sich
in äußerster Notlage und jeder Tag der Verzögerung
bedeutet für ihn eine untragbare Beeinträchtigung.
Ich habe die größte Mühe, ihn von weiteren Beschwer-
den an den Ministerpräsident und andere Behörden ab-
zuhalten und bei ihm den Verdacht der Sabotage zu
zerstreuen. Ich bitte um Verständnis für die schwie-
rige Lage meines Mandanten und um eine Beschleunigung
des Verfahrens, soweit es überhaupt möglich ist. Mir
wurde ja seinerzeit fernmündlich von Ihrer Dienst-
stelle eine loyale Behandlung dieser Angelegenheit
zugesagt, wozu m.E. auf die Vermeidung einer untrag-
baren Verzögerung zu rechnen sein dürfte.

Mit vorzüglicher Hochachtung!


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Dr. Otto


- 502 -

An den
Herrn Reichsminister
für die Wissenschaften
und Kunst
Berlin

Betreff: Antrag auf Erteilung eines
Beschlusses

Ich habe das Recht, auf meine Interessen einzugehen.
Betreffend die Angelegenheit, die ich am 10. Juli 1944 an Sie
eingereicht habe, möchte ich Sie bitten, mir eine
Sache zu stellen zu lassen. Ich habe die Befürchtung, dass
die Angelegenheit nicht nur für mich, sondern auch für
den Staat von Bedeutung sein könnte. Ich bitte Sie, mir
eine Stellungnahme zu geben, die ich dann weitergeben
kann. Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Unterstützung
und hoffe, dass Sie mir bald eine Antwort geben werden.
Mit freundlichen Grüßen,
Dr. Otto

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. Otto


(Dr. Otto)
Reichsminister

WERNER ACKERMANN
WEINHEIM A.D. BERGSTRASSE
POSTFACH - USA-ZONE - GERMANY

Weinheim, den 8.8.1947

-532-

Herrn Rechtsanwalt Dr. Otto
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

9. Aug. 1947

Handwritten initials: V d M

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

In Erwiderung Ihres Schreibens vom 6.8.47. teile ich ergebenst mit, dass ich nichts in meiner Angelegenheit gehört habe. Ich hätte Ihnen selbstverständlich auch sofort Mitteilung gemacht.

Die Erneuerung meines Antrages an den Flüchtlingskommissar in Karlsruhe datiert vom 15. Juni. Ich finde es unerhört, dass die alte Verschleppungstaktik fortgesetzt wird. Die Auskunft, die Sie seinerzeit erhielten ~~war~~ - man sei bereit, die Zuzugsgenehmigung zu erteilen und suche nur nach irgend einem gesetzlichen Anhalt! - mutet gradezu wie der reine Hohn an. Da ich selbst die Unterlagen nicht mehr in Händen habe, schlage ich Ihnen vor, sowohl dem Herrn Ministerpräsidenten wie auch dem Staatskommissar Herrn Bettinger von dort aus zu schreiben und nochmals Verwahrung gegen die sabotagehafte Art der Behandlung meiner Angelegenheit einzulegen.

Ich hoffe auf Ihre baldigen Nachrichten und begrüße Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Handwritten signature: W. Ackermann

6. August 1947.

Nr. 15, IX. ✓

ab 6/8.

Dr. C./S.
- 532 -

Herrn
Weiner Ackermann
Weinheim a.d.B.
Friedrich Voglerstr. 29

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Wir bestätigen noch den Empfang Ihres Schreibens vom 23.7.47 und bitten Sie um Mitteilung, ob Sie mittlerweile in Ihrer Zugangsangelegenheit etwas gehört haben. Wir haben bisher weder von dem Flüchtlingskommissar noch von dem Landesausschuß der politisch Verfolgten eine Nachricht erhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Oz

Rechtsanwalt.

85

WERNER ACKERMANN
WEINHEIM A.D. BERGSTRASSE
POSTFACH - USA-ZONE - GERMANY

Wv. 7.8.47

Weinheim a.d.B., den 23.7.1947

✓ 32 -

Herrn Rechtsanwalt Dr. Otto
Heidelberg

Neuenheimer Landstrasse 4 ² 4. Juli 1947

betr. Ihr Zeichen 532

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 16. Juli 1947
nebst Anlage.

Zu Ihrer Anfrage teile ich Ihnen mit, dass ich leider keine Gelegenheit habe, das Nürnberger Urteil einzusehen, jedoch muss daraus einwandfrei hervorgehen, dass die Abwehr nicht zu den inkriminierten Organisationen gehört. In meinem Schreiben vom 24. Juni 1947 habe ich nicht ~~xxxxxx~~ das Urteil, sondern den Prozess herangezogen. Es steht einwandfrei fest, dass im Verlauf des Prozesses ausführlich über die Rolle der Abwehr gesprochen wurde. Ich erinnere mich, während meiner Kriegsgefangenschaft eine Zeitung in die Hand bekommen zu haben, in der eine ganze Seite mit dem Verhandlungsbericht über Zeugenaussagen zugunsten der Abwehr gefüllt war. Oberst Hansen, der nach dem 20. Juli hingerichtet wurde, war der Chef der Abwehr I, der auch meine Dienststelle angehörte (militärische Erkundung, in meinem Fall Marine-Erkundung). Die Wehrmachts-Abwehr, die in allen Ländern eine legale militärische Truppe ist, ist nicht zu verwechseln mit den unabhängig von ihr existierenden Abwehr-Dienststellen des SD und der Gestapo. Ich habe meinen ehemali-

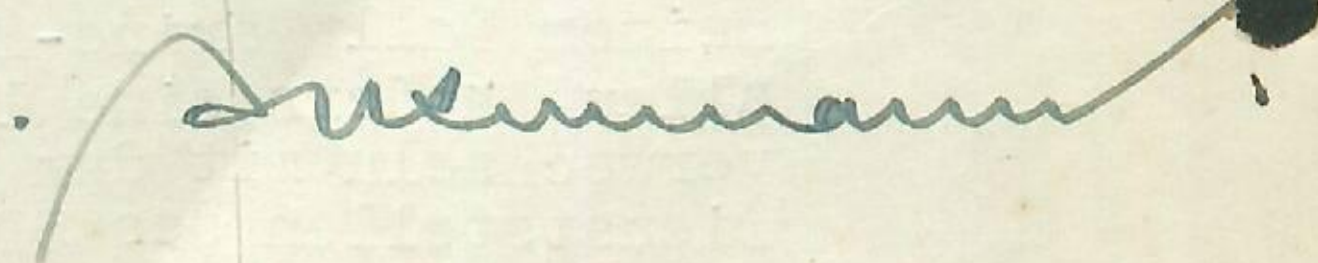
gen Vorgesetzten, den Leiter I der Abwegrstelle Belgien, Rechtsanwalt Krazer, gebeten, mir wenn möglich Unterlagen anzugeben, mit denen ich Ihre Anfrage noch konkreter beantworten kann. Im Uebrigen kommt es mir vollkommen abwegig vor, diese ganze Abwehr-Angelegenheit mit der Zuzugsverweigerung für meine Frau in Zusammenhang zu bringen. Ich bin politisch vollkommen unbelastet, und die Bescheinigung, dass ich vom Säuberungsgesetz nicht betroffen bin, ist mir anstandslos erteilt worden. Wenn man mir trotz der Klarstellungen weiter Schwierigkeiten macht und die vergeblichen Bemühungen, durch Schnüffeleien und falsche Behauptungen Schlingen zu legen, fortsetzt, so wird mir niemand übelnehmen können, wenn ich diese Herren bei den Behörden mit schärfsten Worten bekämpfe.

Ich behalte mir vor, mich notfalls an die Besatzungsmacht zu wenden.

Sollten Sie zu keinem baldigen Resultat kommen können, so wäre es vielleicht angebracht, die vorgesetzte Stelle in Stuttgart (Landeskommissar für das Flüchtlingswesen) um Zuweisung eines anderen Aufenthaltsortes zu bitten.

In Erwartung Ihrer Nachrichten begrüße ich Sie

(mit vorzüglicher Hochachtung

L. S. 

16. Juli 1947

abgef.

Dr. O./U.


- 532 -

An den
Landesausschuss der
politisch Verfolgten
z.Hd.von Herrn S c h i r m e r
S t u t t g a r t

Wagenburgstr. 26

Wir vertreten den Schriftsteller Werner A c k e r-
m a n n in Weinheim a.d.Bergstr. zwecks Erlangung einer
Zuzugsgenehmigung für seine Ehefrau, die sich bisher in
der russischen Zone befand. Herr Ackermann hat uns mit-
geteilt, daß bei Ihrer Dienststelle ein Verfahren zwecks
Anerkennung seiner Person als politisch Verfolgter in Gang
sei. Da das Ergebnis für die Zuzugsangelegenheit von be-
sonderer Wichtigkeit ist, wären wir Ihnen zu Dank verpflich-
tet, wenn Sie uns mitteilen könnten, bis wann mit einer
Entscheidung Ihrerseits in dieser Sache gerechnet werden
kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung!


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

- 253 -

5

16. Juli 1947

Herrn

Werner A c k e r m a n n
Schriftsteller

Weinhelm a.d. Bergstr.

Friedrich Voglerstraße 29

Dr.O./U.

- 532 -

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Ich bestätige den Empfang Ihrer drei Zuschriften vom 24., 30. Juni und 15. Juli 1947 und übersende Ihnen in der Anlage Abschrift meiner Eingabe an den Herrn Flüchtlingskommissar in Karlsruhe, die ich nach Rückkehr aus meinem Urlaub diktiert und abgesandt habe.

Sie geben an, daß das Nürnberger Urteil sich über die Zugehörigkeit zur Abwehr ausgesprochen habe. Ich habe das Nürnberger Urteil daraufhin durchgesehen und bei allerdings flüchtiger Nachricht nichts in dieser Hinsicht feststellen können. Vielleicht können Sie mir etwas genauer die maßgebende Stelle angeben.

Bei dem Landesausschuss der politisch Verfolgten in Stuttgart habe ich mit gleicher Post nach dem Stand Ihrer Angelegenheit erkundigt.

Sobald ich von dieser Stelle etwas erfahre, werde ich Ihnen Nachricht geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung!


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

13. April 1947

11.0.47

- 552 -

Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Kollege!
Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit
zu bestätigen, dass die
Antragstellerin, Frau
Hildegard Kersch, geb. 1907,
in der Angelegenheit der
Antragstellung auf
Einbürgerung in die
deutsche Staatsangehörigkeit
als Antragstellerin
aufgeführt ist.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich bestätige den Inhalt Ihrer
Anfrage vom 11. April 1947 und
bestätige Ihnen, dass die
Antragstellerin, Frau Hildegard
Kersch, geb. 1907, in der
Angelegenheit der
Antragstellung auf
Einbürgerung in die
deutsche Staatsangehörigkeit
als Antragstellerin
aufgeführt ist.

Sie sehen, dass die
Antragstellerin, Frau Hildegard
Kersch, geb. 1907, in der
Angelegenheit der
Antragstellung auf
Einbürgerung in die
deutsche Staatsangehörigkeit
als Antragstellerin
aufgeführt ist.

Hildegard Kersch, geb. 1907,
in der Angelegenheit der
Antragstellung auf
Einbürgerung in die
deutsche Staatsangehörigkeit
als Antragstellerin
aufgeführt ist.

Sie sehen, dass die
Antragstellerin, Frau Hildegard
Kersch, geb. 1907, in der
Angelegenheit der
Antragstellung auf
Einbürgerung in die
deutsche Staatsangehörigkeit
als Antragstellerin
aufgeführt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Hildegard Kersch
geb. 1907

16. Juli 1947

Abschr. Herrn Ackermann

Dr.O./U.

- 532 -

An den
Herrn Landeskommissar
für das Flüchtlingswesen
in Karlsruhe
Neues Postamtsgebäude

Betrifft: Zuzugsgenehmigung für Frau Ota A c k e r m a n n
nach Weinheim.

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 18. Juni 1947 und unter Bezugnahme auf meine telefonische Rücksprache mit Ihrer Dienststelle vom gleichen Tage, gestatte ich mir, zur Ausräumung der beiden der Zuzugsgenehmigung noch im Wege stehenden Gesichtspunkte folgendes vorzutragen:

1. Es wird von Ihnen eingewendet, daß ein Reserveoffizier im Abwehrdienst niemals politisch Verfolgter gewesen sein könne. Dies trifft nicht zu. Schon im Nürnberger Prozeß wurde festgestellt, daß die Zugehörigkeit zur Abwehr nicht als belastend anzusehen ist, sondern daß im Gegenteil sich in der Abwehr eine Widerstandsbewegung größeren Ausmaßes gebildet hat. Man kann wohl sagen, daß der Leiter dieser Widerstandsbewegung der Admiral Canaris gewesen ist, der im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 liquidiert wurde. Herr Ackermann ist nur durch einen Zufall seinerzeit zur Abwehr gekommen, war dort lediglich Dolmetscher und hat mit den größten Schwierigkeiten durch Parteidienststellen zu kämpfen gehabt.

Beweis: Die von mir beglaubigte Abschrift einer eidesstattlichen Erklärung des ehemaligen Vorgesetzten des Herrn Ackermann bei der Abwehr, Karl K r a z e r, Ettendorf, Post Hufschlag Hb. Traunstein (Oberbayern).

10. 10. 1947

Abteilung für...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Neuerer Zeit hat sich nunmehr die Erkenntnis immer mehr durchgesetzt, daß tatsächlich in der Abwehr eine starke Widerstandsstelle gegen den Nationalsozialismus bestanden hat und daß sich dort viele Antifaschisten zusammengefunden haben. Man wird deshalb Herrn Ackermann allein aus dem Grunde seiner zeitweiligen Einziehung zur Abwehr die Eigenschaft eines politisch Verfolgten nicht aberkennen können.

2. Es trifft nicht zu, daß sich Herr Ackermann die Zugangsgenehmigung nach Weinheim durch falsche Angaben erschlichen habe. Herr Ackermann legt gegen diese Unterstellung nachdrücklichst Verwahrung ein. Herr Ackermann hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß seine Familie nach der Räumung Belgiens im Herbst 1944 in Brandenburg/Havel Unterkunft gefunden hat. Seine Tochter hatte dort eine Anstellung am Krankenhaus. Da eine böswillige Entstellung von Herrn Ackermann für ausgeschlossen gehalten wird, kann insofern nur ein Mißverständnis vorliegen. Möglicherweise ist es dadurch entstanden, daß Herr Ackermann im Flüchtlingsamt in Mannheim, einem Herrn, dem er unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft sein Leid klagte, erzählt hat, daß er während des ganzen ersten Jahres seiner Gefangenschaft ohne Nachricht von seiner Familie gewesen sei und nicht gewußt habe, ob und wie sie die Schrecken des russischen Einmarsches überstanden hätte.

Nach seiner Entlassung wurde Herr Ackermann von einer Flüchtlingsstelle an die andere geschickt, von Weinheim nach Heppenheim, von dort nach Darmstadt, von Darmstadt nach Mannheim. In Mannheim wollte man ihn nach Karlsruhe weiterschicken, jedoch gelang es ihm, einen Herrn zu sprechen, der Verständnis für seinen Fall zeigte und ihm ein Schreiben an den Referenten in Weinheim mitgab, in dem stand, daß er antifaschistischer Schriftsteller sei, nichts aber davon, daß Herr Ackermann nicht wisse, wo sich seine Familie aufhält.

den Herrn Landeskommissar i. Karlsruhe 16. Juli 1947

Da Herr Ackermann als ehemaliger Reserveoffizier sich ohne Gefährdung seiner Persönlichkeit nicht in die russische Zone begeben kann und da jeder, der in einer Westzone Zuzugsgenehmigung hat, auch berechtigt ist, an seinem Zuzugsort die Familieneinheit wieder herzustellen, bitten wir nunmehr dem Antrage auf Zuzugsgenehmigung der Frau Ota Ackermann stattgeben zu wollen, beim Auftauchen etwaiger Bedenken uns jedoch die Möglichkeit zur vorherigen Stellungnahme geben zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!



(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

WERNER ACKERMANN
WEINHEIM A.D. BERGSTRASSE
POSTFACH - USA-ZONE - GERMANY

12/15
Weinheim, den 15.7.1947

Herrn Dr. O t t o 16. Juli 1947
Rechtsanwalt
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Ich beziehe mich auf meine Briefe vom 24. und 30.VI.
und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie etwas zur Bescheunigung
meiner Angelegenheit tun würden.

Ich hoffe, dass Sie mit den eingesandten Unterlagen
etwas anfangen konnten, und begrüsse Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

L. Ackermann

WERNER ACKERMANN
WERNERACKERMANN
KOTZEN - KARLSRUHE - KÖLN

WERNER ACKERMANN

(178) WEINHEIM a.d. BERGSTRASSE
POSTFACH - USA-ZONE - GERMANY

durch EILBOTEN!

532 -
Weinheim, den 30.6.1947

Herrn Rechtsanwalt Dr. O t t o
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

1. Juli 1947

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Mein Schreiben vom 24. ds. Mts. werden Sie erhalten haben.

Es scheinen jetzt zwei Aktionen parallel zu laufen: die von Ihnen eingeleitete, die sich ganz günstig zu entwickeln schien, und die, die über den Ministerpräsidenten und Direktor Bettinger in Stuttgart läuft. Anscheinend ist von Stuttgart eine Rückfrage in Karlsruhe erfolgt, und Karlsruhe hat Weinheim das ganze Dossier zur Rückäusserung eingesandt. Ich hatte für heute morgen eine Vorladung beim hiesigen Flüchtlingsreferenten, Herrn Geisler, der sich -ebenso wie sein Mitarbeiter - über den grossen Schriftwechsel ärgerte. Die Herren stehen auf dem sturen Standpunkt, es gäbe für sie nur Ablehnung oder Genehmigung. Sie führen die alten Argumente, die ich bereits in meinen diversen Schreiben widerlegt hatte, ins Feld und stehen jetzt plötzlich auf dem alten Karlsruher Standpunkt, 1.) könne ein Kapitänleutnant nicht politisch Verfolgter sein, 2.) hätten sie mir die Zuzugsgenehmigung nicht gegeben, wenn mir der Aufenthalt meiner Familie bekannt gewesen sei. Gegen dieses Argument, das mir fälschlicherweise eine

Irreführung unterstellt, lege ich nachdrücklichst Verwahrung ein. Es ist erst im Laufe der ganzen Zuspitzung aufgetaucht und ist vollkommen aus der Luft gegriffen.

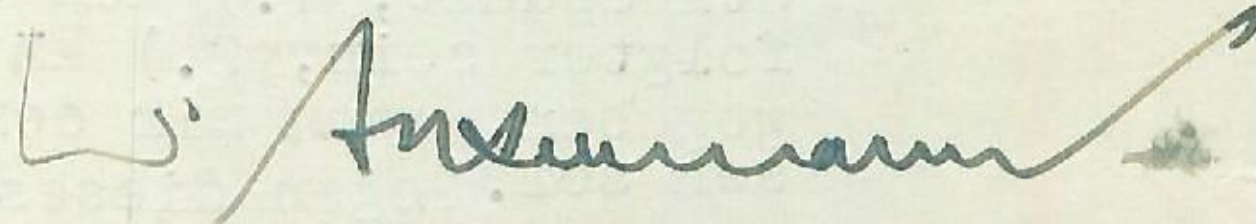
Ich hoffe, dass es Ihren Bemühungen gelingen wird, die Angelegenheit ins rechte Fahrwasser zu leiten. Die Weinheimer scheinen allerdings nicht nachgeben zu wollen. Aber vielleicht finden Sie einen Weg, sie umzustimmen, ohne dass sie sich in ihrem Prestige gekränkt fühlen.

Zu erwägen wäre auch, ob Sie für mich bei Herrn Bettinger die Zuzugsgenehmigung für mich und meine Frau in Stuttgart erwirken. Ich wäre sehr damit einverstanden, besonders, wenn diese Lösung sich schnell erreichen liesse. Es würde vielleicht ein Kompromiss darstellen.

Schliesslich möchte ich noch anregen, dass Sie beim Landesausschuss der politisch Verfolgten in Stuttgart, Wagenburgstrasse 26, Fernruf 41039, anfragen - am besten bei Herrn Schirmer - wann mit einer Entscheidung zu rechnen ~~ist~~ sei, da sie in meiner Zuzugsangelegenheit (bzw. der meiner Frau) von besonderer Wichtigkeit sein könnte.

Ich begrüsse Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Li. 

WERNER ACKERMANN

WEINHEIM, D. BERGSTRASSE
POSTFACH - USA-ZONE - GERMANY

132-
Weinheim, den 24. Juni 1947
Friedrich Voglerstrasse 29

7/10
Herrn Rechtsanwalt Dr. O t t o
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

1. Juli 1947

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilungen vom 18. ds. Mts., die ich nach Rückkehr von einer Stuttgarter Reise vorfinde. Inzwischen ist auch ein Brief vom Staatsministerium eingetroffen, den ich sofort laut Anlage beantwortet habe. Ich nehme an, dass es in Ihrem Sinne ist, wenn ich die ganzen Komplikationen auf Missverständnisse zurückführe und den guten Willen der beteiligten Dienststellen nicht mehr in Zweifel ziehe.

Ich habe in Stuttgart die Angelegenheit mit einigen mir befreundeten Presseleuten besprochen und bin mit einem von ihnen beim Landesausschuss der politisch Verfolgten gewesen. Ein Herr Schirmer hat meine Erklärungen verständnisvoll entgegengenommen und wird sie in der nächsten Sitzung der Prüfungskommission vertreten. Auch der Ihnen gewiss bekannte Präsident des Roten Kreuzes, Herr Schlotterbeck, hat mir seine Unterstützung zugesagt (bei CDU-Leuten ist sein Name allerdings kaum eine Empfehlung).

Zu den beiden Einwänden, die, Ihrem Schreiben nach, der Erteilung der Zuzugsgenehmigung für meine Familie bzw. meine Frau entgegenstehen, erkläre ich Folgendes:

1.) Es trifft nicht zu, dass erfahrungsgemäss Stellungen im Abwehrdienst nicht mit Antifaschisten besetzt wurden. Im Nürnberger Prozess ist ausdrücklich festgestellt worden, dass die Zugehörigkeit zur Abwehr nicht als belastend anzusehen ist, und dass in der Abwehr eine Widerstandsbewegung grösseren Ausmasses bestanden hat. Der Chef der Abwehr, Admiral Canaris, ist von den Nazis umgebracht worden; nach dem 20. Juli sind eine Anzahl Abwehroffiziere liquidiert worden. Wenn ich den Verfolgungen der Nazipartei und dem Zugriff des SD immer wieder entgangen bin, so verdanke ich das dem tatkräftigen Schutz einiger antifaschistischer Abwehroffiziere, vor allem dem Rechtsanwalt Major Krazer. Ich füge hier einen der Berichte, die ich dem Verband der poli-
tisch

tisch Verfolgten eingereicht habe, bei. Es geht daraus hervor, dass ich durch Zufall zur Abwehr gekommen bin, dort Dolmetscher war, 1½ Jahre auf Verlangen der Partei aus der Wehrmacht ausgeschlossen war und nachher meine Stellung benutzt habe, um aktiv gegen die Nazis zu arbeiten. Mitte 1942 wurde ich als Offizier einberufen, da ich im ersten Weltkrieg Reserveoffizier geworden war. Befördert wurde ich automatisch nach den für die Personal-Abteilung maßgeblichen Bestimmungen. Zuletzt war ich Kapitänleutnant d.Res. (Hauptmannsrank). Übungen habe ich selbstverständlich nie gemacht. Zur weiteren Klarstellung füge ich hier eine eidesstattliche Erklärung des Herrn Krazer bei.

2.) Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass meine Familie nach der Räumung Belgiens, ^{Herbst 1944} wo ich seit 1933 meinen festen Wohnsitz hatte, in Brandenburg/Havel Unterkunft gefunden haben. Meine Tochter hatte dort eine Anstellung am Krankenhaus. Ich kann mir nicht erklären, wie die Behauptung, ich hätte den Aufenthaltsort meiner Familie verleugnet, zustande gekommen ist. Da ich eine böswillige Erfindung für ausgeschlossen halten muss, kann nur ein Missverständnis vorliegen. Vielleicht ist es dadurch entstanden, dass ich möglicherweise dem Herrn auf dem Flüchtlingsamt in Mannheim, dem ich unmittelbar nach meiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft mein Leid klagte, erzählt habe, dass ich während des ganzen ersten Jahres meiner Gefangenschaft ohne Nachricht von meiner Familie gewesen sei und nicht gewusst habe, ob und wie sie die Schrecken der ersten Zeit des russischen Vormarsches überstanden hätten. Ich hatte im Gefangenenlager, auch nachdem ich endlich von meiner Familie ^{Nachricht} erhalten hatte, auf's Geratewohl Weinheim als Entlassungsort angegeben, da ich als Auslandsdeutscher nirgendwo in Deutschland beheimatet war und in Brandenburg, dem zufälligen Aufenthaltsort meiner Familie, nie gewohnt hatte, also auch kein Wohnrecht, bzw. Zuzugsrecht besass. Ins Gewicht fiel ausserdem, dass meine Frau mir mehrfach schrieb, alle Offiziere, auch Antifaschisten, die aus der Gefangenschaft in einer der westlichen Zonen nach der russischen Zone kämen, ^{würden} (zwecks Ueberprüfung sofort wieder interniert ~~würden~~. Da ich ^{mich} ~~hier~~ körperlich und seelisch einer nochmaligen Gefangenschaft nicht gewachsen fühlte, kam auch aus diesem Grunde eine Reise nach Brandenburg für mich gar nicht in Frage.

Ich hoffe, mit vorstehenden Angaben zur Klärung der Angelegenheit beigetragen zu haben, und begrüße Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

W. Summann

P.S. Zu Punkt 2.): Als ich Anfang ^{September} 1946 aus der Kriegsgefangenschaft kam, lehnte die Flüchtlingsstelle in Weinheim meinen Zuzug ab und verwies mich nach Heppenheim. Von dort wurde ich nach Darmstadt geschickt, von Darmstadt nach Mannheim. Von Mannheim wollte man mich nach Karlsruhe dirigieren, jedoch gelang es mir, einen Herrn zu sprechen, der Verständnis für meinen Fall hatte und mir ein Schreiben an den Herrn Referenten in Weinheim mitgab. In dem Brief stand, dass ich antifaschistischer Schriftsteller sei, aber nichts davon, dass ich nicht wisse, wo sich meine Familie aufhalte.

Staatsministerium

Nr. 6413.

Beil.

Stuttgart-S, den 18. Juni 1947.

Olgastraße 7

Fernsprecher: 91540, 91548/49

Herrn

Werner Ackermann

(17a) Weinheim/Bergstrasse

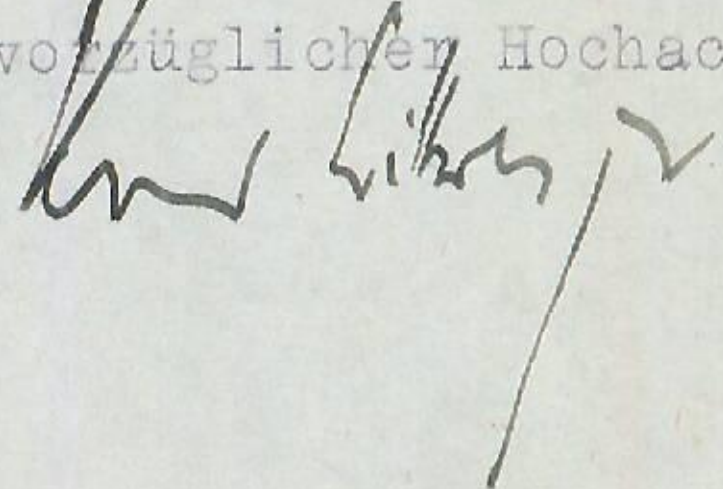
Friedrich-Vogler-Str.29.

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Ihre bei Herrn Ministerpräsident Dr.Maier eingekommenen Schreiben vom 5.6. und 14.6. sind jeweils an Herrn Staatskommissar für das Flüchtlingswesen übermittelt worden, da das Staatsministerium bzw. der Herr Ministerpräsident in die Verhältnisse zunächst keinen Einblick haben und auf einen Bericht angewiesen sind.

Ich nehme an, dass Sie direkt durch Herrn Direktor Bettinger Antwort erhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Handwritten text at the top right of the page.

Handwritten text in the upper left quadrant.

Handwritten text in the middle left section.

Handwritten text in the lower left section.

Main body of handwritten text on the right side of the page.

WERNER ACKERMANN
Weinheim/Bergstr.
Fr.Voglerstr. 29

Weinheim, den 24. Juni 1947

Einschreiben

Herrn Ministerialdirektor
B e t t i n g e r
STUTTGART
Staatskommissariat für das
Flüchtlingswesen

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Ich hatte mich in einer Zuzugsangelegenheit, die meine Frau betrifft, mit der Bitte um Intervention an den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Maier gewandt. Das Staatsministerium teilt mir mit, dass meine Schreiben vom 5. und 14. 6. 1947 dem Herrn Staatskommissar für das Flüchtlingswesen übermittelt wurden, und dass ich wahrscheinlich von Ihnen eine direkte Antwort erhalten würde.

Ich hatte bereits vor, mich an Sie persönlich zu wenden, und zwar auf Veranlassung von Herrn Peter Eckart, auf den ich mich berufen darf.

Inzwischen hat die Angelegenheit - wie mir mein Anwalt in Heidelberg, Herr Dr. Otto, soeben mitteilt - anscheinend eine etwas andere Wendung genommen. Mein Fall wird zur Zeit von einem neuen Standpunkt aus behandelt, und ich werde mich bemühen, die aufgetretenen Missverständnisse aus dem Wege zu räumen. Ich möchte Ihnen dieses ohne Verzögerung mitteilen, und hoffe, dass meine Beschwerde durch die neue Lage gegenstandslos geworden ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

LIBRARY

1911

1911

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

LIBRARY

1911

1911

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

LIBRARY

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

Eidesstattliche Erklärung.

In meiner Eigenschaft als ehemaliger Leiter I (Chef des geheimen militärischen Nachrichtendienstes) der Abwehrstelle Belgien gebe ich, der unterfertigte Major d.R. Karl Krazer, Syndikus z.Zt. Ettendorf, Post Hufschlag ueber Traunstein, Oberbayern, nachstehende eidesstattliche Erklärung ab. Der Folgen einer falschen oder mangelhaften Erklärung bin ich mir als Jurist bewusst.

Glaublich im Sommer 1940 wurde der Reichsdeutsche Werner Ackermann, Schriftsteller, wohnhaft Antwerpen, der Abwehrstelle Belgien als Angestellter zugewiesen. Er war Leutnant d.Res. des alten Heeres und wehrpflichtig. Von mir wurde mit Rücksicht auf die Sprach- und Landeskenntnisse von Ackermann, der dem Referat I M (Marine) zugeteilt worden war, seine Anstellung als Offizier der neuen Wehrmacht im Abwehrdienst betrieben. Ich stieß dabei auf den heftigsten Widerstand der Parteidienststellen, bei denen Ackermann als Parteigegner galt. Sie brachten es sogar fertig, beim Amt Abwehr in Berlin den Befehl zu erwirken, dass Ackermann aus dem Angestelltenverhältnis entlassen werden musste. Dies war Ende 1940. Bei der bekannten Einstellung des Amtes Abwehr gegen die Partei musste schon ein erheblicher Druck und schwerwiegendes Material vorgelegt haben, um diesen Befehl erwirken zu können. Trotzdem wurde aber Ackermann im Uebrigen von der Abwehr geschützt, um ernstere Schritte der Parteidienststellen insbesondere des SD zu verhindern, was damals noch durch die Erklärung möglich war, dass der Betreffende im Dienste der Abwehr steht. Es bedurfte einer über ein Jahr sich erstreckender Arbeit bei Parteidienststellen, um diese endlich zu überzeugen, dass Ackermann für den Abwehrdienst unentbehrlich sei. Schliesslich gab die Partei zwar nicht in der Sache aber mit Rücksicht auf die von mir immer wieder betonten militärischen Notwendigkeiten nach. Ackermann wurde, August 1942, also nach fast anderthalbjährigem Kampfe wieder eingestellt und nun in die Wehrmacht übernommen.

Straubing, den 2. Dezember 1946.
Krankenhaus der Barmherzigen Brüder.

gez. Karl Krazer.

Urkunde Nr. 1436/46. Ich beglaubige die Echtheit.

keit der vorstehenden Unterschrift des Syndikus
Karl Kräzer in Ellendorf bei Traunstein, z. Z. im
Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Straubing.
Über seine Person wies er sich zu meiner Gewissheit
durch die Vorlage seiner mit amtlich abgestempeltem
Lichtbild und eigenhändiger Unterschrift versehenen
deutschen Kennkarte vom 1. November 1946 - Kenn-
nummer Traunstein Obl. B 81300 - aus.

Straubing, den 7. Dezember 1946.

Hofmeier

notar



Kostenrechnung.

139 Ko. 2.-RM

152 Ko. 2.-RM

Ausst. - 12 "

4.12 "

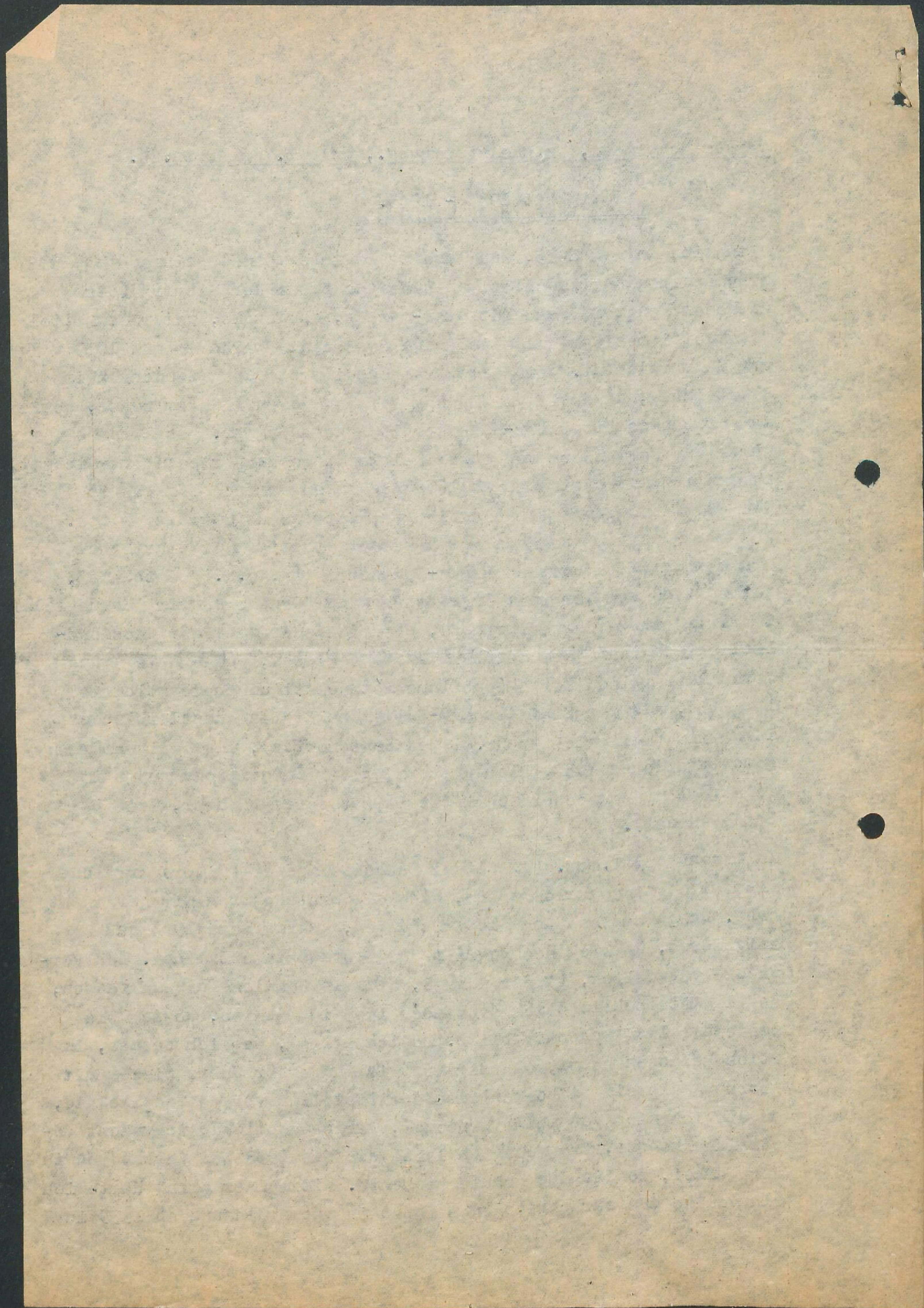
Hofmeier

Werner Ackermann, Weinheim/Bergstr., Friedr. Voglerstr. 29.

Tätigkeit 1933 - 1945.

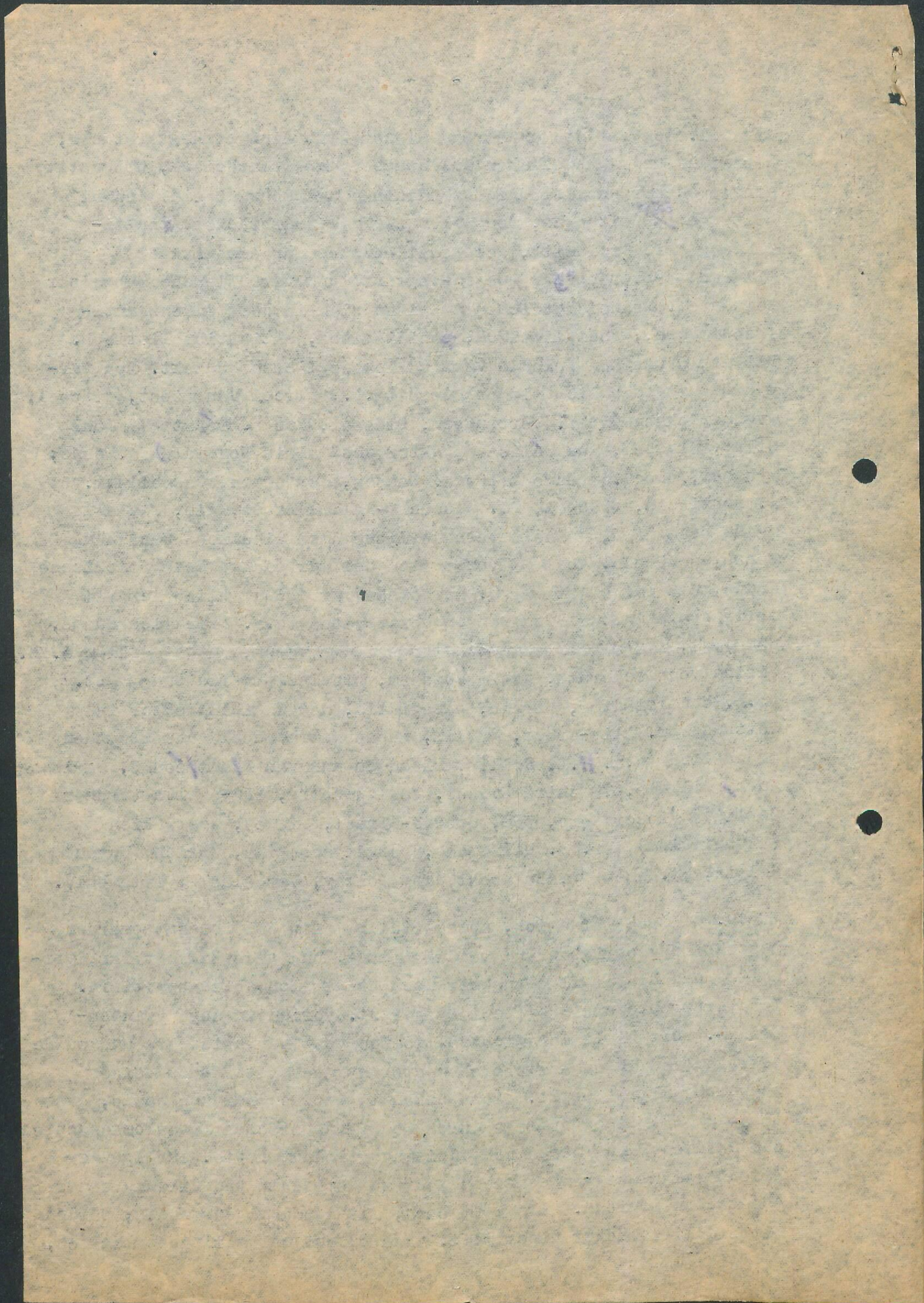
Situation Anfang 1933: Die gesamte Auflage meines Weihnachten 1932 erschienenen antifaschistischen Romans "Wehe dem Sieger" (der nächsten Monat im Schwerdtfeger-Verlag, Karlsruhe, unter dem Titel "Matteotti besiegt Mussolini" neu erscheint) wurde Anfang 1933 von SA vernichtet. Mein Name trat dabei trotz des Pseudonyms in Erscheinung, da er in Verbindung mit dem Roman in der Presse, sowie in Kürschners Literatur-Kalender 1932 genannt war. Desgleichen wurde das Sammelwerk von Eugen Relgis "Wege zum Frieden" vernichtet, in dem ich durch eine Abhandlung vertreten war und für das ich die Übersetzungen der ausländischen Beiträge angefertigt hatte. Ich war ausserdem bekannt wegen meiner sonstigen literarischen Produktion (Mitarbeit an Links-Zeitschriften, u.a. "Weltbühne", Autor eines von der weit links stehenden "Gruppe Junger Schauspieler" in Berlin aufgeführten Dramas), ferner als Gründer der "Cosmopolitischen Union" (für Rechte der Staatenlosen, gegen Krieg) und Vorstandsmitglied der "République Métropolitique supranationale" in Paris, als Mitglied der KPD-Zelle des "roten Künstlerblocks" in Berlin (Zellenleiter Dr. Alfred Kantorowicz), als Teilnehmer an Demonstrationen 1932, als Angehöriger der Oppositionsgruppe im Schutverband Deutscher Schriftsteller (Sparte Theater, Leiter Erich Mühsam).

In Ahrenshoop i. Pom. (damaliger Wohnsitz meiner Mutter) erreichte mich eine Warnung aus Berlin, dass die Gestapo nach mir geforscht habe. Daraufhin sah ich mich gezwungen, Anfang März 1933 zu emigrieren, um mich dem Zugriff der Gestapo zu entziehen. Ich versuchte vergeblich, in der Türkei, dann in Spanien Fuss zu fassen, und landete schliesslich September 1933 in Belgien, wo ich bis September 1944 wohnhaft blieb. Da ich alles, was ich besass, im Stich gelassen hatte, und mir erst im Laufe der Jahre wieder mit grosser Mühe ein Einkommen als Schriftsteller verschaffen konnte, musste ich mich von meiner Tochter, deren Ausbildung ich nicht bestreiten konnte, trennen; ich liess sie bis 1938 bei Verwandten in der Türkei, wo sie die Schule besuchte. Mit meiner Frau führte ich ein vollkommen zurückgezogenes Leben in Antwerpen und ab 1935 in

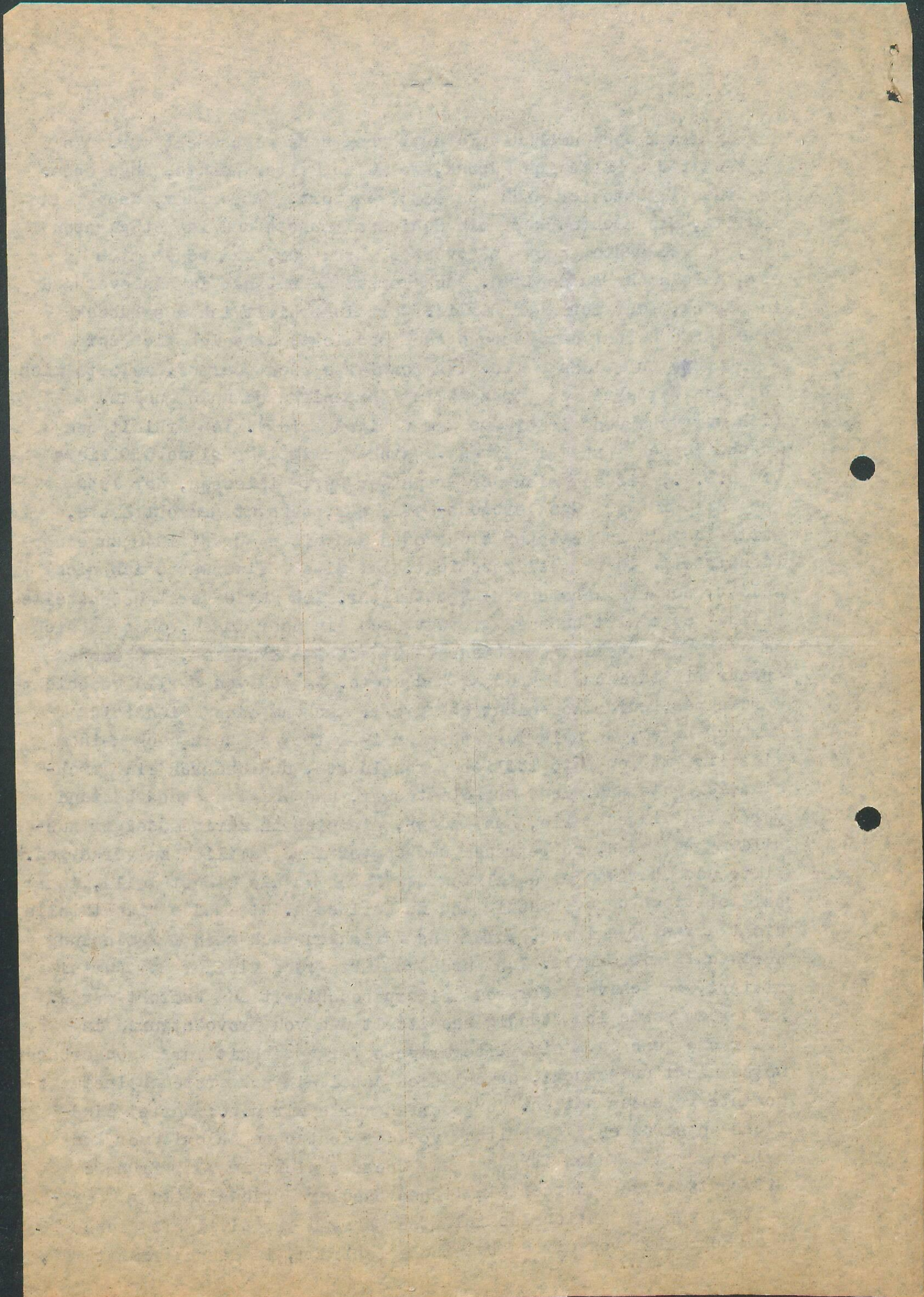


Brüssel. Ich verfasste während dieser Zeit einige Theaterstücke, Hörspiele und Abhandlungen auf deutsch und französisch, übersetzte einige Bücher aus dem Niederländischen und schrieb eine Anzahl Beiträge zu Zeitungen, vor allem für die Saarbrücker Antinazi-Zeitung "Die Freiheit", gelegentlich auch für die Pariser Emigranten-Zeitung "Der Gegen-Angriff" und verschiedene Schweizer Zeitungen. Meine sämtlichen Arbeiten sind in der Tendenz antifaschistisch, sozialistisch, pazifistisch, antinationalistisch. Mit der deutschen Kolonie vermied ich jeglichen Kontakt. Ich verkehrte hauptsächlich mit Belgiern (z.B.: Marcel Van Diest, Brüssel, Avenue Coghén 92; L. Verbruggen, Brüssel, Rue A.Bréart 47; Paul Otlet, Brüssel, Rue Célis (Direktor des "Palais Mondial"); P.Meens, Brüssel, Rue G.de Gamond 10; P. Ganses, Antwerpen, Casteelstr. 8; S. Bontincks, Brüssel, Bd. Anspach - alles Leute, die, wie alle meine Bekannten, meine unveränderliche Nazifeindliche Gesinnung bezeugen können. Ab 1933 verkehrten bei mir einige österreichische Juden, die emigriert waren. In engerer Verbindung blieb ich mit antifaschistischen Freunden in Deutschland (u.a. Friedrich Pungs, und Frau, die mehrmals in Belgien bei mir waren, jetzt: Mehlem a.Rh.; Ulrich von Beckerath, jetzt Potsdam, Provinzialverwaltung, Abt.V; Dr.A.Lönnestädter, Berlin; Albert Arid, Schauspielregisseur in Cottbus; Fr.Uhlig-Greve, Berlin, Fasanenstrasse 81) und Freunden im Ausland (u.a. H.L. Foëlin, Place du ~~Rex~~ Plantin 3, Paris; Hugh Wilkens, 79 third Avenue, Johannesburg, Süd-Afrika (früher Berlin); Victor Karp, 350, George-Street, Sidney, Australien (früher Wien); Dr. H.Weilenmann, Bergstrasse 125, Zürich; Eugen Helgis, St.Manca 24, Bukarest; Emy Moltay, Campalás 1, Istanbul).

Am 10.Mai 1940 wurde ich, obwohl ich bei den belgischen Behörden bestens angeschrieben und meiner Einstellung nach bekannt war, verhaftet und als Zivilgefangener nach Frankreich abtransportiert. Ich verbrachte zwei Monate im Lager St.Cyprien an der Pyrenäen-Grenze. Dort hielt ich mich vollkommen von den Nazis fern und wurde deswegen von ihnen - wie sich später herausstellte - auf eine schwarze Liste gesetzt. Nicht bekannt geworden war den Nazis, dass ich mich bei einer Umfrage durch den französischen Lagerkommandanten zum aktiven Kampf gegen den Nazismus gemeldet hatte. Infolge der Kriegssereignisse kam es nicht mehr zu der geplanten Bildung einer "Deutschen Legion". Alle Deutschen, mit Ausnahme der Juden, wurden Mitte Juli zurücktransportiert. Eine Flucht war mit nicht möglich,



da ich krank und durch die Internierung sehr geschwächt war. Als Heimatadresse hatte ich Lübeck, wo meine Mutter wohnte, angegeben. In Brüssel löste ich mich von dem Transport. Ich erfuhr, dass meine Familie, die nichts über mein Schicksal wusste und in Not geraten war, zu Verwandten nach Hannover gefahren war, und begab mich ebenfalls nach Deutschland. Nach kurzem Aufenthalt in Hannover und in Lübeck, fuhr ich nach Berlin. Dorthin erhielt ich aus Lübeck eine Aufforderung der Gestapo nachgeschickt, dass ich mich zur Vernehmung zu melden hätte. Ich reagierte nicht darauf, meldete mich aber den Vorschriften gemäss beim Wehrbezirkskommando Ausland (ich war Reserveoffizier aus dem vorigen Krieg). Ich erhielt den Bescheid, ich würde einberufen. Durch Vermittlung eines Offiziers vom O.K.W., mit dem mich der Graphiker Kurt Tillessen, der 1932 ebenfalls in der Künstlerblock-Zelle war, bekannt gemacht hatte, wurde ich als Dolmetscher eingezogen und Mitte August 1940 zu einer Dienststelle in Brüssel geschickt. Auf diese Weise wurde ich nicht Soldat, sondern Wehrmachts-Angestellter. Ich wurde der "Aussenstelle Marine" zugewiesen und erfuhr erst nach ein paar Tagen, dass es sich um eine Nebenstelle der Abwehrstelle Belgien handelte, und dass Abwehr militärische Erkundung bedeutete. Da ich von Berlin geschickt worden war, wurde ich nicht überprüft. Auch um einen Dienstfeld kam ich herum, da mein Vorgesetzter in Antwerpen kurz nach meinem Eintritt mit dem Auto tödlich verunglückte, und dadurch ein Durcheinander entstand. Ich war Dolmetscher, und meine Aufgabe bestand vor allen Dingen darin, Ausländer, die sich in marinemässiger Ausbildung befanden, zu betreuen und später ihre Familien zu versorgen. Mitte November kam eine Meldung der NSDAP an die Dienststelle, ich sei politisch unzuverlässig und zu entlassen. Als meine Dienststelle nicht darauf reagierte, wurde das Verlangen nach meiner Entlassung hartnäckig wiederholt. Ich wurde zum Ortsgruppenleiter der Partei zitiert, wo ich von mehreren Leitern beschimpft und bedroht wurde. Ausserdem wurde ich ständig bespitzelt und von Provokateuren in Gespräche gezogen. Meine literarische Vergangenheit wurde sonderbarerweise nicht untersucht, obwohl sich dabei die schwersten Belastungsmomente gefunden hätten. Vorgeworfen wurde mir u.a.: parteifeindliche Ausserungen; Fernhaltung von der deutschen Kolonie vor dem Krieg; keine Spenden für das WW; Tochter nicht im BDM; frühere Mitarbeit an der deutschfeindlichen Baseler Nationalzeitung; Fernhaltung von den Nationalsozialisten während der Zivilgefangenschaft; Zwei Schreiben von mir an belgische Behörden, in denen erwähnt war,

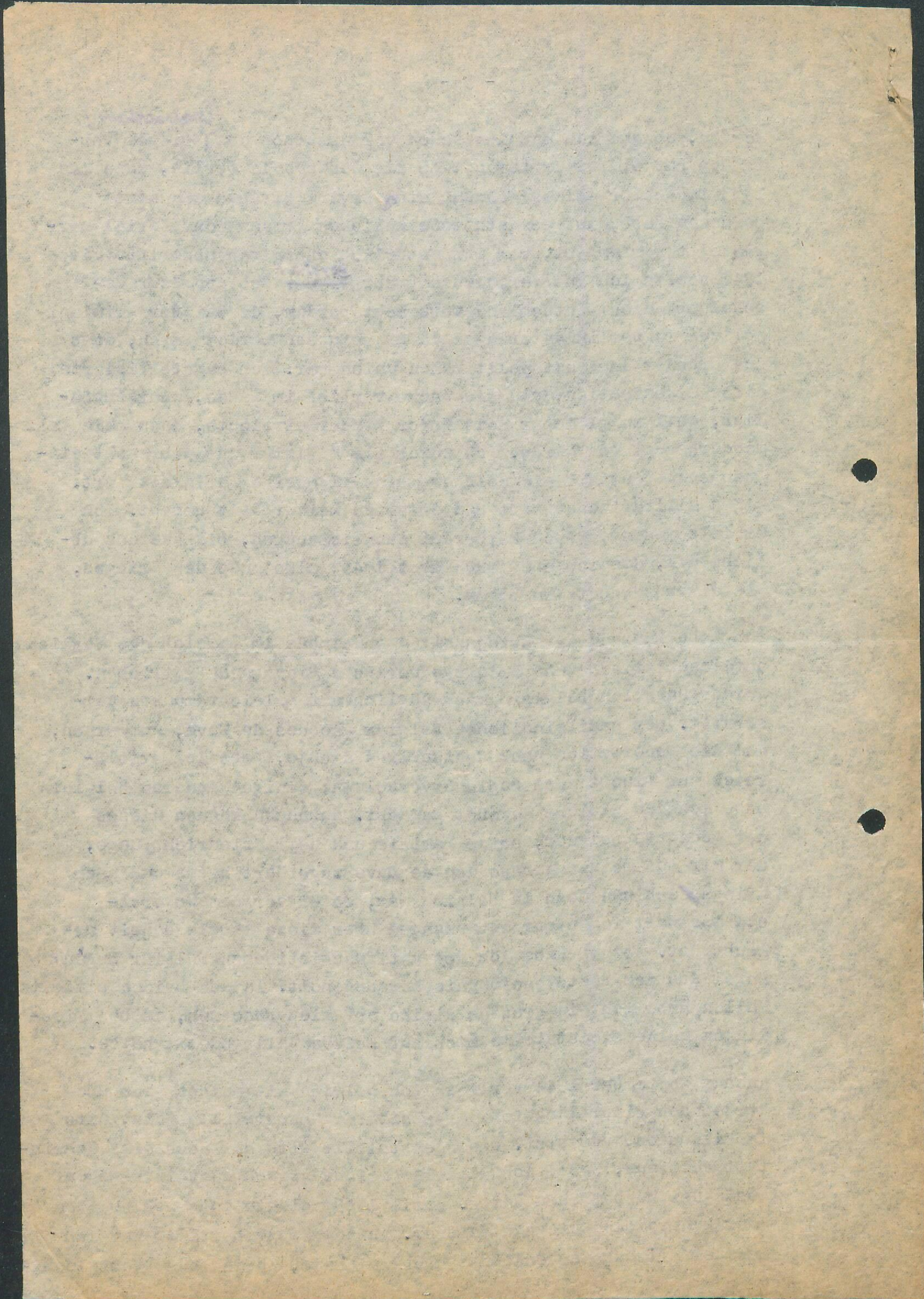


dass ich Deutschland des Regimes und der Unterdrückung der Freiheit wegen verlassen hatte und gern die belgische Staatsangehörigkeit annehmen wolle. Diese Briefe hatte der Spitzel Karl Ulrich bei den belgischen Behörden ausgegraben. Ich wunderte mich damals sehr, dass meine Vorgesetzten in Antwerpen und Brüssel sich so weitgehend für mich einsetzten und mich gegen die Partei schützten. Erst viel später erfuhr ich, dass die Abwehr bis zu den höchsten Stellen von nazifeindlichen Offizieren durchsetzt war (Admiral Canaris!), was auch im Nürnberger Prozess klar zum Ausdruck gekommen ist. Um mich zu schützen, wurde behauptet, ich sei für die Dienststelle unentbehrlich. Dieses wurde auch nach Berlin berichtet, als sich die Landesleitung Belgien der NSDAP mit einer formellen Forderung bzgl. meiner Entfernung aus der Wehrmacht an die Zentralstelle der Abwehr beim OKW gewandt hatte. Wegen der schriftlichen Ausserung, ich wolle meine deutsche Staatsbürgerschaft aufgeben, konnte mich die Berliner Zentrale schliesslich nicht mehr halten und entliess mich Ende Dezember 1940 mit einer Frist bis zum 28.2.41. Die Benachrichtigung der Dienststelle in Brüssel enthielt jedoch die Genehmigung, mich als freien Mitarbeiter weiter zu beschäftigen. Ab 1.3.41 war ich zwar aus der Wehrmacht entlassen, aber ich stand weiter unter dem Schutz meiner Dienststelle, die der Partei und dem SD gegenüber stets behauptete, ich habe noch kriegswichtige Dinge abzuwickeln oder auszuarbeiten. In Wirklichkeit bestand meine ganze damalige und auch spätere Tätigkeit bei der Abwehr hauptsächlich in der Ausländerbetreuung; nebenbei bearbeitete ich die stilistische Form von Einsatzplänen, die in Berlin eingereicht wurden und meistens nicht zur Ausführung kamen. Die Abwehr als Zweig des OKW und als eine Stelle, die sich jeder Kontrolle entziehen konnte, stellte eine ausserordentliche Macht dar, die erst nach dem 20. Juli, bzw. gegen Ende des Krieges von der Partei teilweise gebrochen werden konnte. Ganz besonderen Schutz genoss ich durch den nazifeindlichen, an der Niederschlagung des Hitlerputsches beteiligten Major Krazer, Rechtsanwalt in Ettendorf bei Traunstein. Dieser wies alle Angriffe auf mich ab und versuchte 1 1/2 Jahre lang immer wieder, den Landesleiter von Belgien zu bewegen, seinen Einspruch gegen mich zurückzuziehen und die Verfolgung zu stoppen. Inzwischen setzte die Partei ihre Bemühungen, die Hand auf mich zu legen, fort. Ich wurde gespitzelt, provoziert und in gewissen Zeitabständen vom SD verhört (4 grosse Vernehmungen), der immer wieder neues Material vorbrachte. Mir wurde u.a. mehrmals Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg vorge-

worfen, obwohl ich Spanien schon vor Ausbruch des ^(spanischen) Krieges verlassen hatte; ferner berichtete die Gestapo in Berlin, dass man 1933 im Keller meiner Wohnung einen Vervielfältigungsapparat gefunden habe, auf dem staatsfeindliches Propagandamaterial hergestellt worden sei, was ich natürlich energisch abstritt. Mitte 1942 sollte ich auf Veranlassung der ^{Berliner} ~~Wiener~~ Gestapo "zur Umschulung" nach Deutschland verbracht werden, da bei der Kriminalpolizei in Berlin Unterlagen dafür gefunden worden waren, dass ich Gründer der Cosmopolitischen Union war. Ich bagatellisierte diese Organisation, und die Sache verlief im Sande, wahrscheinlich, weil zu gleicher Zeit Major Krazer erreichte, dass mein Fall niedergeschlagen wurde. Ich wurde als Offizier zur Wehrmacht eingezogen und setzte als solcher meine bisherige Tätigkeit fort. Einen militärischen Wert hat diese zu keiner Zeit gehabt. Ich erhielt deswegen auch keinerlei Auszeichnungen, bis auf das übliche KVK, das ich aber auch erst 1945, also Ende des Krieges, als einer der Letzten bekam.

Ich habe während der Kriegszeit nachweisbar im Bereich des Möglichen antifaschistische und kriegsgegnerische Propaganda getrieben. Ferner habe ich Belgiern nach Möglichkeit Erleichterungen verschafft. Dem nazifeindlichen Belgier Jacques de Duve, Antwerpen, dem die Deportation nach Deutschland drohte, habe ich erfolgreich zur Flucht nach England verholfen; einigen anderen Belgiern habe ich das gleiche Angebot gemacht. Bezeugen können dieses der genannte Belgier, seine Familie und Herr Friedrich Fungs, der mir auf meine Anfrage den de Duve zugeführt hatte und nach Kriegsende noch in Belgien war, wo er vor dem Generalstaatsanwalt in Antwerpen Aussagen über diese Angelegenheit gemacht hat. Ferner habe ich dem antifaschistischen Belgier Eugene Nagel aus dem Gestapogefängnis herausgeholt. In den beiden zitierten Fällen habe ich ein grosses Risiko auf mich genommen, da bei Misslingen meine Dienststelle mich auf keinen Fall gedeckt hätte.

Anfang September 1944 verliess ich Belgien mit meiner Frau und wurde nach einer längeren Wartezeit zur Abwehrstelle Köln, Sitz in Wildungen, versetzt. Die Dienststelle übte nur noch eine Scheintätigkeit aus, wobei ich wiederum meiner Sprachkenntnisse wegen Ausländer zu betreuen hatte. April 1945 meldete ich mich bei den Amerikanern als Kriegsgefangener. Anfang September 1946 kam ich aus der Kriegsgefangenschaft nach Weinheim, wo ich als "Westflücht-

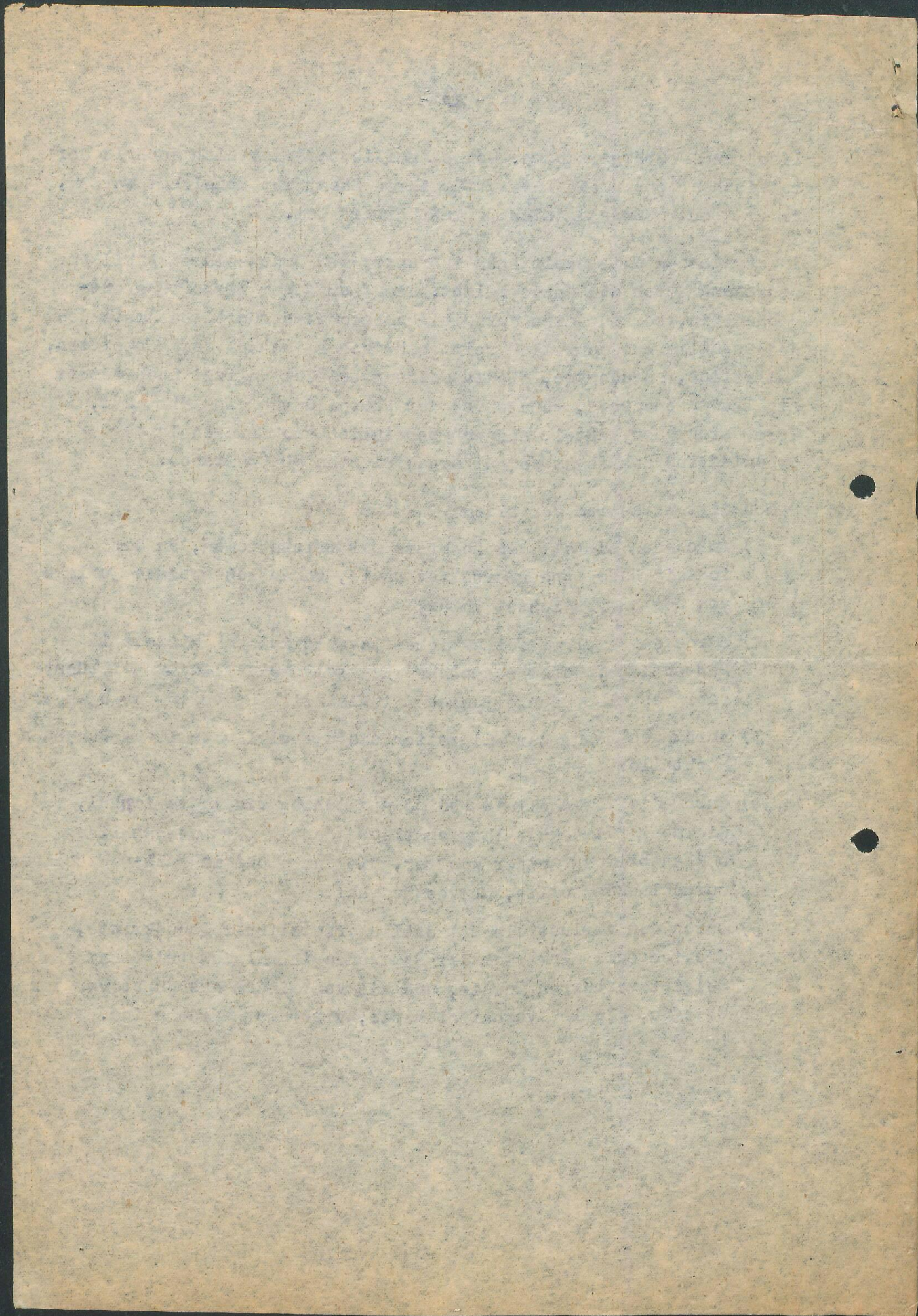


ling" und Neubürger wohne. Meine Familie befindet sich noch in der russischen Zone; mein Antrag für ihren Zuzug ist abgelehnt worden, da er "wohnraumässig nicht durchführbar" sei.

In der ganzen Kriegszeit habe ich unter dem Druck einer ständigen Bedrohung durch die Nazis gelebt. Wenn ich einer Verhaftung entgangen bin, so kann dies nur einigen besonders günstigen Umständen und Zufällen zuzuschreiben sein: mehrfacher Wechsel des Wohnsitzes, Emigration, Pseudonyme, Nichtanmeldung bei der Polizei nach meiner Zivilgefangenschaft, Schutz vor der Partei durch die Wehrmacht, Irreführung der Partei, und wahrscheinlich auch Lücken in der Organisation des sonst so gut organisierten SD (Gestapo).

Geschädigt wurde ich vor allem

- 1) durch den Ausfall des Honorars für meinen Roman, an dem ich ein Jahr lang gearbeitet hatte, und dessen gesamte Auflage von der SA vernichtet wurde;
- 2) durch den Verlust meiner schriftstellerischen Existenz in Deutschland, wobei ich auch einen Teil meiner Sachen einbüßte (der Rest ist nachher durch Kriegseinwirkung verloren gegangen);
- 3) durch den Zwang zur Emigration und die vielen damit verbundenen Nachteile;
- 4) durch die Verschuldung bei meiner Schwägerin in Istanbul, die über fünf Jahre lang sämtliche Kosten für Lebenshaltung und Ausbildung meiner Tochter, die ich nicht in Nazi-Deutschland zurücklassen wollte, übernommen hat;
- 5) durch den Verlust einer Anzahl unersetzlicher Manuskripte, die ich beim Einmarsch der Deutschen in Belgien bei einem Belgier verbergen mußte, und die von diesem aus Angst vor der Gestapo, die ihn verhaftet hatte, verbrannt worden sind.



Wv. 1. Vn 42 ✓

18. Juni 1947.

ab 18/10

Dr.O./S.

Herrn
Werner A c k e r m a n n

We i n h e i m a. d. B.
Friedrich Voglerstr. 29

Sehr geehrter Herr Ackermann!

Ich habe heute noch mit der Dienststelle des Herrn Flüchtlingskommissars über Ihre Angelegenheit gesprochen und dort nicht nur bereitwillige Auskunft, sondern großes Verständnis für Ihren Fall gefunden. Es wurde mir gesagt, daß man bereit sei, die von Ihnen beantragte Zuzugsgenehmigung zu erteilen, falls sich nur irgend ein gesetzlicher Anhalt dafür ergebe. Deshalb habe sich das Verfahren auch so lange hingezögert, weil Ihr Fall gerade sehr sorgfältig behandelt worden sei und umfangreiche Ermittlungen angestellt werden mußten. Leider haben diese Ermittlungen in mancher Hinsicht zu einem negativen Ergebnis geführt. Einmal wurde festgestellt, daß Sie als politisch Verfolgter nicht anerkannt werden könnten, weil Sie als Reserveoffizier im Abwehrdienst in Belgien tätig waren. Eine solche Vertrauensstellung wurde aber erfahrungsgemäß Antifaschisten nicht verliehen. Ferner wurde festgestellt, daß Ihre Familie bereits im Jahre 1944 nach Berlin übergesiedelt ist. Sie hätten also für sich persönlich die Zuzugsgenehmigung nicht erhalten, wenn Sie die letzte Tatsache angegeben hätten. Als ich dem Herrn den dritten Absatz Ihrer

Eingabe vom 15.6.47, die übrigens noch nicht in Karlsruhe eingelaufen ist, vorlas, wurde mir erklärt, daß dieser Gesichtspunkt natürlich nunmehr nochmals genau geprüft werden müsse.

Ich habe mit dem Herrn auf dieser Dienststelle vereinbart, daß wir mit ihm korrespondieren werden und daß, bevor eine endgültige Entscheidung ergeht, der Sachverhalt nunmehr durch Rückfragen vollständig geklärt werden soll.

Ich bitte Sie um Ihre Stellungnahme zu den Eröffnungen des Flüchtlingskommissars.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Rechtsanwälte

Dr. Dr. h. c. Helmerich

Dr. Otto

duhr:



(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.

18. Juni 1947

Dr.O./U.

An den
Herrn Landeskommissar
für das Flüchtlingswesen
in Karlsruhe
Neues Postamtgebäude

Betrifft: Zuzugsgenehmigung für Frau Uta Ackermann
nach Weinheim.

Wir nehmen Bezug auf den Schriftwechsel, den der Ehemann der obengenannten Antragstellerin, der Schriftsteller Werner Ackermann, mit Ihrer Dienststelle geführt hat.

Die Zuzugsgenehmigung für Frau Ackermann ist ursprünglich von Ihnen abgelehnt worden mit der Begründung, daß der entsprechende Wohnraum nicht zur Verfügung steht. Hierauf hat sich der bereits in Weinheim ansässige Ehemann bereit erklärt, seine Frau ohne Inanspruchnahme weiteren Wohnraums bei sich aufzunehmen. Damit ist das Bedenken, das ursprünglich gegen die Erteilung der Zuzugsgenehmigung bestand, ausgeräumt.

Bei einer erneuten Nachprüfung wurde dem Ehemann der Antragstellerin anheimgegeben, die Wiederherstellung der Familiengemeinschaft an deren Wohnort herbeizuführen. Auch dieser Gesichtspunkt ist von Herrn Ackermann im Schreiben vom 15. Juni 1947 damit geklärt, daß er ohne Gefahr für seine Person nicht in die Ostzone zurückkehren kann und daß der Aufenthalt seiner Ehefrau nur als vorübergehende Notlösung angesehen werden kann. Der Ehemann hat an deren Wohnort in Brandenburg keine Zuzugsberechtigung, da er niemals dort seinen Wohnsitz gehabt hat, sich vielmehr während der Nazizeit als Emigrant in Belgien aufgehalten hat.

Bei

10. Juni 1947

Dr. C. W.

an den
Herrn Landrat
des Kreises
Ludwigslust
P.O. 1000
Ludwigslust

Betreff: Vermögensverwaltung des Herrn C. W. v. ...
nach ...

Der Herr Landrat hat mir mit dem Bescheid vom 10. Juni 1947 mitgeteilt, dass der Herr C. W. v. ... in der Vermögensverwaltung des Herrn C. W. v. ... tätig ist. Ich habe dem Herrn Landrat mitgeteilt, dass der Herr C. W. v. ... in der Vermögensverwaltung des Herrn C. W. v. ... tätig ist.

Die Vermögensverwaltung des Herrn C. W. v. ... ist in der Vermögensverwaltung des Herrn C. W. v. ... tätig. Ich habe dem Herrn Landrat mitgeteilt, dass der Herr C. W. v. ... in der Vermögensverwaltung des Herrn C. W. v. ... tätig ist.

Bei einer ersten Besichtigung wurde dem Herrn C. W. v. ... mitgeteilt, dass der Herr C. W. v. ... in der Vermögensverwaltung des Herrn C. W. v. ... tätig ist. Ich habe dem Herrn Landrat mitgeteilt, dass der Herr C. W. v. ... in der Vermögensverwaltung des Herrn C. W. v. ... tätig ist.

Hof

Bei genauer Prüfung dieses ganzen Sachverhalts können wir zu keinem anderen Ergebnis kommen, als daß die Voraussetzungen für die Erteilung der Zuzugsgenehmigung tatsächlich vorliegen und daß alle Gesichtspunkte, die dagegen sprechen könnten, ausgeräumt sind.

Die Familie Ackermann ist durch den langen Schwebezustand in völlige Verzweiflung geraten, worauf es auch wohl zurückzuführen ist, daß Herr Ackermann in seinen Eingaben an das Innenministerium und an den Ministerpräsidenten scharfe Stellung genommen hat. Wir bitten aber, um diesem für die Familie Ackermann untragbaren Zustand nun baldigst durch eine positive Entscheidung ein Ende zu bereiten.

Falls seitens Ihrer Dienststelle gegen die Erteilung der Zuzugsgenehmigung noch irgendwelche Bedenken bestehen sollten, so bitten wir doch, uns vor der Entscheidung durch entsprechende Rückfragen Gelegenheit zur Stellungnahme geben zu wollen.

Hochachtungsvoll!

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

PS. Dieses Schreiben wurde vor der heutigen telefonischen Rücksprache mit Ihrer Dienststelle diktiert. Zu den von Ihnen aufgeworfenen Zweifelsfragen werden wir daher noch Information durch unseren Mandanten nochmals Stellung nehmen.

D.O.

Bei genauer Prüfung dieses neuen Sachverhalts konnte
mir so keine andere Möglichkeit kommen, als die Vorsetzung
nehmen für die Erfüllung der entsprechenden Forderungen vor-
liegen und das alle Gesichtspunkte, die gegeben werden konnten,
ausgewertet sind.

Mrs. Emily Ackermann ist unter den letzten Schicksal-
strich in völlige Verwirrung geraten. Worin es auch wohl
zu klären ist, das Herr Ackermann in seinen Briefen an
das Landministers und an den Ministerpräsidenten sehr
stark genommen hat. Wir bitten aber, an diesen für die Pa-
tienten Ackermann untergebenen Zustand nun selbst durch eine
positive Untersuchung ein Ende zu bereiten.

Teile weiter durch Dienststelle gegen die Erfüllung
der Forderungen nach dringenden Heilungen bestehen soll-
ten, so bitten wir noch, uns vor der Entscheidung durch entspre-
chende Nachfragen Klarheit zu verschaffen, um zu helfen.

Respektvoll!

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

22. Diese Schreiben wurde vor der heutigen telefonischen
Besprechung mit Ihrer Dienststelle diskutiert. Zu den von
Ihnen aufgeworfenen Zweifelsfragen werden wir gerne nach
Information durch unsere Mandanten nochmals Stellung nehmen.

U.O.

Weinheim, den 15.6.1947

EINSCHREIBEN

Herrn Landes-Kommissar für Flüchtlingswesen

K a r l s r u h e

Neue Postdirektion

betr.: Ihr Zeichen Abt. III Wo/Bü.

Ihr Schreiben vom 10.6.47.

Zu den neuen Gründen, die Sie zur Begründung der Ablehnung meines Antrages auf Wiederherstellung der Familiengemeinschaft heranziehen, teile ich Ihnen ergebenst mit:

Ich habe mich in meinem Antrag vom 16.12.1946 als politisch Verfolgten bezeichnet, da ich als antifaschistischer Schriftsteller 1933 emigrieren musste und bei der Einreichung der Unterlagen in Weinheim vom damaligen Sekretär des Ausschusses für politisch Verfolgte die Versicherung erhielt, die Anerkennung würde ohne Zweifel erfolgen. Ich habe nie behauptet, dass ich bereits registriert sei. Die Angelegenheit ist noch in der Schwebe, da der Landesausschuss des VVN am 1.4.47. einen nochmaligen Bericht von mir einforderte. Im Uebrigen lässt sich aus Ihrer Feststellung wohl kaum ein Einwand gegen den Zuzug meiner Frau konstruieren.

Ihre Unterstellung, ich habe beim Referenten für das Flüchtlingswesen in Mannheim eine falsche Aussage gemacht, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Ich habe nie behauptet, den Aufenthalt meiner Familie nicht zu kennen.

Was die Möglichkeit anbetrifft, mich als Heimkehrer zu meiner Familie zu begeben, erkläre ich, dass ich diese Möglichkeit aus 2 Gründen nicht hatte oder habe. Erstens bin ich - da ich im ersten Weltkrieg Reserveoffizier war - in diesem letzten Krieg als Offizier eingezogen gewesen und würde mich als solcher bei der Einreise in die russische Zone der Gefahr erneuter Internierung oder Ver-

schleppung aussetzen. Derartige Fälle sind häufiger vorgekommen und auch in der amerikanischen Zone durch die Presse
Presse

bekannt geworden. Wie ich aus der russischen Zone erfahren habe, sind auch Antifaschisten von derartigen Massnahmen betroffen worden. Zweitens habe ich in Brandenburg/Havel, wo meine Frau nach der Räumung Belgiens ein Notquartier gefunden hatte, kein Wohnrecht, weil ich nie dort gewohnt habe. Ich hatte mit meiner Frau von 1933 bis September 1944 meinen ständigen Wohnsitz in Belgien. Am Stichtag 1939 waren wir also beide nicht in Deutschland ansässig. Aus den angeführten Gründen kann ich leider Ihrer freundlichen Anheimstellung, die Familiengemeinschaft am Wohnort meiner Familie herzustellen, nicht Folge leisten.

Ich erneuere hiermit meinen Antrag vom 28.3.1947 auf Zuzug für meine Frau nach Weinheim, wo ich jetzt meinen Wohnsitz habe. Da die Angelegenheit sich schon so lange verzögert hat, wäre ich Ihnen für beschleunigten Bescheid dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Weinheim a.d. Bergstr., den 14.6.47.

An den Herrn Ministerpräsidenten
von Württemberg-Baden

Herrn Dr. Reinhold M a i e r

S T U T T G A R T

Schreiben

.: mein Schreiben v. 5.6.1947

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

In Ergänzung meines Schreibens vom 5.6.47. teile ich Ihnen ergebenst mit, dass ich heute eine Nachricht des Landeskommisars für Flüchtlingswesen, Karlsruhe, erhalten habe. Die Zuzugsgenehmigung für meine Frau wird mit zwei vollkommen unberechtigten Begründungen abgelehnt. Die erste hat mit der Wiederherstellung der Familiengemeinschaft nichts zu tun und besagt, dass ich als politisch Verfolgter nicht anerkannt und nicht registriert sei. Dazu bemerke ich, dass ich mich in meinem Antrag vom 16.12.1946 zu der Angabe, ich sei politisch Verfolgter, berechtigt fühlte, da ich als antifaschistischer Schriftsteller 1933 emigrieren musste und bei der Einreichung der Unterlagen in Weinheim die Versicherung erhielt, die Anerkennung würde ohne Zweifel erfolgen. Die Angelegenheit ist noch in der Schwebe, da der Landesausschuss des VVN am 1.4.47. einen nochmaligen Bericht von mir einforderte. Die zweite Begründung besagt, ich habe beim Referenten für das Flüchtlingswesen in Mannheim angegeben, den Aufenthalt meiner Familie nicht zu kennen. Ich weise diese Behauptung entschieden zurück, da ich eine derartige Angabe nie gemacht habe. Der Landeskommisar in Karlsruhe erklärt, ich hätte die Möglichkeit gehabt, mich als Heimkehrer zu meiner Familie zu begeben, und stellt mir anheim, die Familiengemeinschaft am Wohnort meiner Familie herzustellen. Diese Möglichkeit habe ich jedoch nicht. Erstens war ich in diesem Kriege Offizier (Reserveoffizier aus dem ersten Weltkrieg), und bekanntlich ist in der russischen Zone jeder Offizier, auch wenn er Antifaschist ist, der Gefahr der erneuten Internierung und einer Verschleppung ausgesetzt. Zweitens habe ich in Brandenburg/Havel kein Wohnrecht, weil ich nie dort gewohnt habe, sondern - ebenso wie meine Frau - von 1933 bis Sept. 1944 ständigen Wohnsitz in Belgien hatte. Meine Frau hatte nach der Räumung Belgiens ein Notquartier in Brandenburg/H. gefunden, aber nur ein bedingtes Wohnrecht, da sie 1939 dort nicht ansässig war.

Gestatten

Gestatten Sie mir zu sagen, dass ich diesen ganzen Fall als ein jämmerliches Zeichen der Zeit empfinde. Statt dass ich meine Kräfte zu konstruktiver Mitarbeit einsetze, zwingen mich schikanöse Behörden zu einem Kampf, der nur negative ^{Gefühle} hervorrufen.

Ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident, sich meiner Angelegenheit annehmen zu wollen und eine Schlichtung des Streites - eventuell

Das zwischen Unterlage und Schablone liegende Paraffinblatt durch Zuweisung eines anderen Wohnsitzes - herbeizuführen.

Jede Schachtel enthält einige Blatt Kohlepapier. Weissen Schablonen ist schwarzes Kohlepapier, farbigen Schablonen (blau, grün, braun) ist weisses Kohlepapier beige packt. Dieses wird mit der Farbseite nach oben zwischen Unterlage und Schablone eingelegt. Man erzielt hierdurch beim Beschreiben ein deutlich sichtbares Schriftbild auf der Schablone und beim Vervielfältigen schöne, klare Abzüge.

Schreibmaschinenschrift: Vor dem Beschreiben der Schablone Typen der Schreibmaschinen mit einem Typenreinigungsmittel gründlich säubern. Farbband ausschalten, so dass die Typen unmittelbar auf die Schablone aufschlagen.

Schablone einspannen und mit normalem, gleichmässigem Anschlag beschriften. Bei Schreibmaschinen mit leichtem Anschlag raumreiche Grossbuchstaben wie M und W stark tippen.

Um Textstellen durch breite Schrift hervorzuheben, schreibe man zuerst mit eingeschaltetem Farbbande und tippe die Buchstaben mit ausgeschaltetem Farbbande nach.

Ist die Schablone beschrieben, so entferne man das eingelegte Kohlepapier und spanne die Schablone auf den Vervielfältiger.

Bei Cyclostyle-Apparaten spanne man das Cyclostyle-Packungen beiliegende Japanpapierblatt über die Schablonen.

Handschrift und Zeichnung: Hierzu vorgesehene, mit Seiden-gaze bezogene Zinkplatte zwischen Unterlage und Schablone legen, worauf mit Stahlgriffel, Linierrädchen u. s. w. die Schablone beschriftet oder bezeichnet werden kann.

Korrekturen: Die verschriebene Stelle mit Korrekturlack überstreichen, den Lack einige Augenblicke eintrocknen lassen und nochmals mit den richtigen Buchstaben übertippen.

Aufbewahrung der Schablonen: Will man die bereits verwendete Schablone zu nochmaliger Benutzung aufbewahren, so geschieht dies am zweckmässigsten entweder zwischen zwei Blättern Paraffin-papier oder freihängend an einem Gestell.

Sollte die Schablone nach sehr vielen Abzügen poröse Stellen aufweisen, welche durch Körnchen des Vervielfältigungs-(Saugpost) Papiers hervorgerufen werden, so decke man sie mit Korrektur-lack ab.

Jede Schablone ist Blatt für Blatt auf klaglose Verwendbarkeit

Der Präsident des Landesbezirks Baden
- Abt. Innere Verwaltung -
Landes-Kommissar für Flüchtlingswesen

Karlsruhe, den 10. Juni 1947.
Neue Postdirektion
Abt. III Wo/Bü.

Zuzugsgenehmigung für Ota und
Sonja A c k e r m a n n.

Wb. 13/6.47

Die Überprüfung Ihrer Anträge hat zu dem Ergebnis geführt, dass Sie als politisch Verfolgter nicht anerkannt und nicht registriert sind.

Zum Zeitpunkt Ihrer Entlassung waren Sie über den Aufenthaltsort Ihrer Familie genau informiert. Dennoch gaben Sie beim Referenten für das Flüchtlingswesen im Landkreis Mannheim an, den Aufenthalt Ihrer Familie nicht zu kennen. Sie hätten also die Möglichkeit gehabt, sich als Heimkehrer zu Ihrer Familie zu begeben. Ich stelle Ihnen anheim die Familiengemeinschaft am Wohnort Ihrer Familie herzustellen.

Dem Antrag auf Erteilung der Zuzugsgenehmigung für Ihre Ehefrau kann daher nicht entsprochen werden.

G. G. G.

Herm

Werner A c k e r m a n n
W e i n h e i m Bergstr.
Postfach

Office of the Secretary

THE SECRETARY OF THE
TREASURY
WASHINGTON, D. C.
JANUARY 10, 1900
SIR:
I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 7th inst. in relation to the matter of the proposed amendment to the National Bank Act, and in reply to inform you that the same has been forwarded to the proper authorities for their consideration.

XX

Weinheim a.d. Bergstr., den 5.6.47.
Friedrich-Voglerstrasse 29

An den Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden,
Herrn Dr. Reinhold M a i e r
S t u t t g a r t

Einschreiben

betr.: Unnötige Verschleppung (Sabotage) von Anträgen
durch Dienststellen des Innenministeriums.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ehe ich einen umfassenden Kampf gegen das
publikumsfeindliche Verhalten städtischer und staatlicher
Behörden aufnehme, möchte ich einen letzten Versuch machen,
durch Ihr verständnisvolles Eingreifen eine vernünftige Ent-
scheidung herbeizuführen.

Es handelt sich in meinem Fall um Wiederherstellung
der Familiengemeinschaft durch Zuzugsgenehmigung für meine Frau
und Tochter, bzw. nur für meine Frau.

Ich bin "Westflüchtling", meine Angehörigen sind
schutzlos den unsicheren Verhältnissen in der russischen Zone
ausgesetzt.

Mein erster Antrag datiert vom 16. Dezember 1946,
ein reduzierter Antrag vom 28. März 1947.

Ich lege hiermit eine kurzgefasste Aufstellung
der Schriftstücke vor, denen meine Angelegenheit zugrunde liegt.

Für eine möglichst baldige Mitteilung, ob Sie in
der Lage und gewillt sind, meinen Fall zu klären, wäre ich Ihnen
ganz besonders dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Anlage: 2 Blätter.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Seit dem 1. April 1950, den 1. April 1950
Friedrich-Vogelstrasse 29

In dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen

Herrn Dr. Heinrich

zu dem

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Beim Ministerpräsidenten (Seit dem 1. April 1950) von Nordrhein-Westfalen
Friedrich-Vogelstrasse 29

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich habe Ihnen geschrieben, dass ich

mit meiner Familie, einschließlich meiner Frau und

meiner Kinder, in der letzten Woche nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

dem 1. April 1950, den 1. April 1950, nach

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Anbei

Vorbemerkung: Ich bin antifaschistischer Schriftsteller, Emigrant von Anfang 1933; Wohnsitz Belgien bis September 1944; nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft September 1946 erhielt ich Aufenthaltsgenehmigung in Weinheim/Bergstrasse und einen Flüchtlingspass als "Westflüchtling".

16.12.1946 Einschreibebrief an das Bürgermeisteramt Weinheim:
Antrag auf Zuzug meiner Frau und Tochter aus Brandenburg/H. (russ. Zone) nach Weinheim auf Grund der in der Presse bekannt gegebenen Bestimmungen über Wiederherstellung der Familiengemeinschaft.

keine Antwort.

11.1.1947 Einschreibebrief an das Bürgermeisteramt Weinheim:
Mitteilung erbeten, wann mein Antrag vom 16.12.1946 an den Kreisflüchtlingskommissar weitergeleitet wurde.

13.1.1947 Brief des Wohnungsamtes Weinheim (Bürgermeister Bohrmann):
Anfrage, wo mein Wohnsitz vor 1933 gewesen sei.

14.1.1947 Brief (durch Boten) an das Wohnungsamt Weinheim:
1932 war mein Wohnsitz in Berlin-Wilmersdorf.

23.1.1947 Brief des Bürgermeisters Bohrmann, Weinheim:
Mein Antrag vom 16.12.1946 wurde an den Herrn Flüchtlingsreferenten weitergeleitet.

27.1.1947 Persönliche Nachfrage beim Flüchtlingsreferenten, Weinheim.
Auskunft erhalten, dass mein Antrag am

25.1.1947 an den Landesflüchtlingskommissar in Karlsruhe weitergeleitet wurde (mit Stellungnahme des Bürgermeisters).

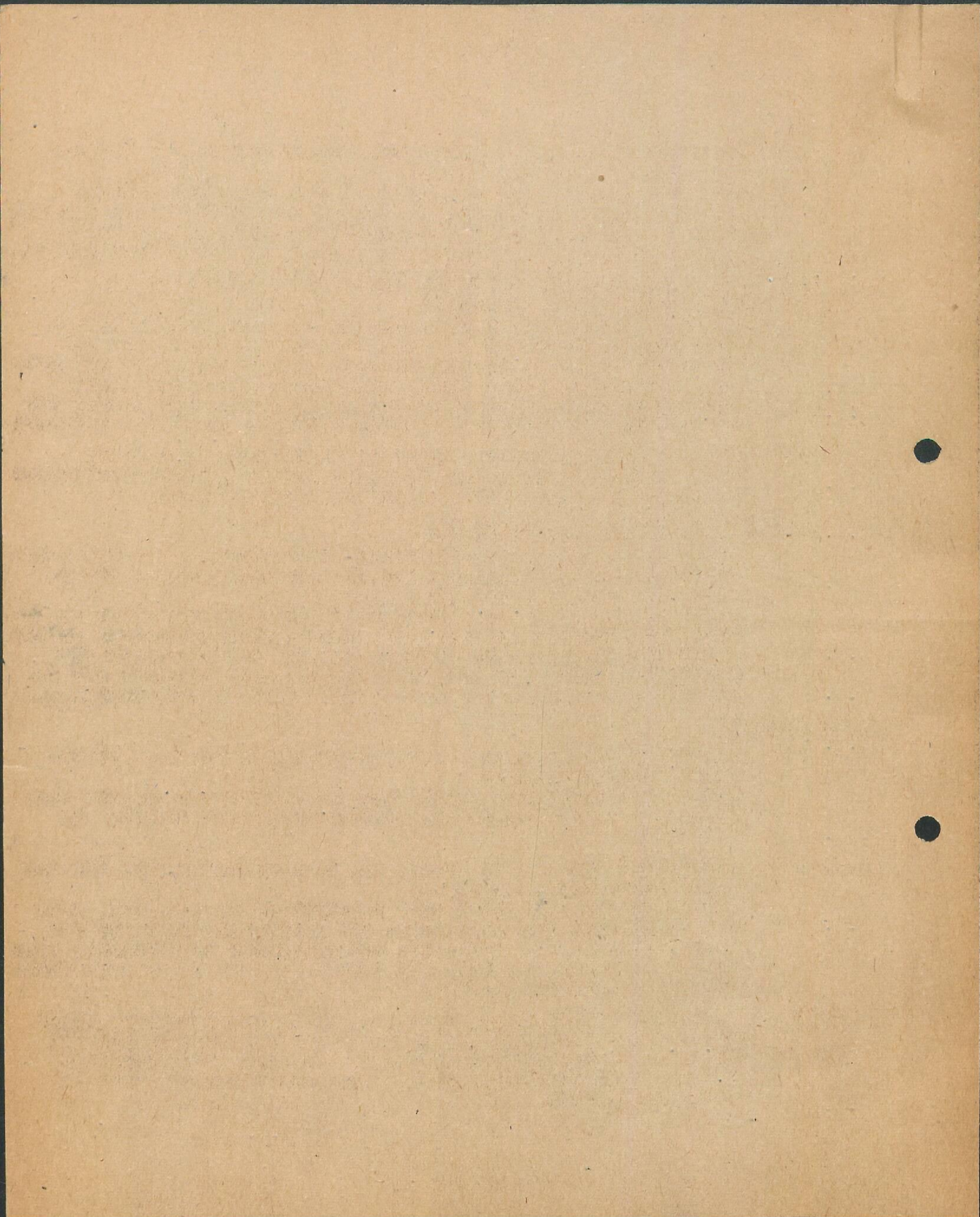
3.2.1947 Einschreibebrief an den Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Karlsruhe:
Erweiterte Begründung meines Antrages vom 16.12.1946 und Bitte um beschleunigte Entscheidung.

4. 2.1947 Brief des Landeskommisars für das Flüchtlingswesen, Karlsruhe:
"Zuzugsgenehmigung wird abgelehnt. Gründe: Ihrem Antrag kann nicht entsprochen werden, da derselbe wohnraummässig nicht durchführbar ist."

5.2.1947 Einschreibebrief an den Herrn Innenminister von Württemberg-Baden, Stuttgart:
Einspruch gegen die Entscheidung des Landeskommisars in Karlsruhe und Bitte um Nachprüfung der Angelegenheit. Hinweis auf die Bestimmungen über Wiederherstellung der Familiengemeinschaft. Ausführliche Begründung meines Antrages vom 16.12.1946, unter Beifügung einer Abschrift.

keine Antwort.

4.3.1947 Telegramm an den Herrn Innenminister Ulrich, Stuttgart:
Bescheid bzgl. meiner Darlegungen vom 5.2.1947 erbeten.



7.3.1947 (Poststempel 11.3.47) Brief des Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen, Stuttgart:
"Ihr Einschreibebrief vom 5.2.1947 ist nicht bei unserer Dienststelle eingegangen. Ihr an das Innenministerium gerichtetes Telegramm haben wir erhalten. Da jedoch keine Unterlagen vorhanden sind können wir keinen Entscheid herbeiführen."

13.3.1947 Express-Einschreibebrief an den Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen, Stuttgart:
Ausführliche Darstellung meines Falles unter Beifügung von 4 Unterlagen (Abschriften des Antrages vom 16.12.1946 und der hauptsächlichlichen Korrespondenz). Mitteilung, dass ich notfalls auf zusätzlichen Wohnraum verzichten und den Zuzugsantrag für meine Tochter zurückstellen würde. Den Antrag für meine Frau, die mein Zimmer teilen könnte, hielt ich aufrecht.

15.3.1947 Einschreibebrief an den Herrn Innenminister, Stuttgart:
Bitte um Feststellung des Verbleibs meines Einschreibebriefes vom 5.2.1947. Angabe der Nummer der Postquittung.

keine Antwort auf diese beiden Briefe.

28.3.1947 Brief an das Wohnungsamt Weinheim (Bürgermeister) zur Weiterleitung an den Landeskommisssar für das Flüchtlingswesen in Karlsruhe (persönlich abgegeben):
Unter Bezug auf meinen Antrag vom 16.12.1946 und seine Ablehnung wegen Mangels an Wohnraum, ziehe ich notgedrungen meinen Antrag auf Zuzug meiner Tochter zurück, und beantrage ich Zuzugsgenehmigung nur für meine Frau, unter Verzicht auf zusätzlichen Wohnraum. Begründung und Bitte um Bescheinigung.

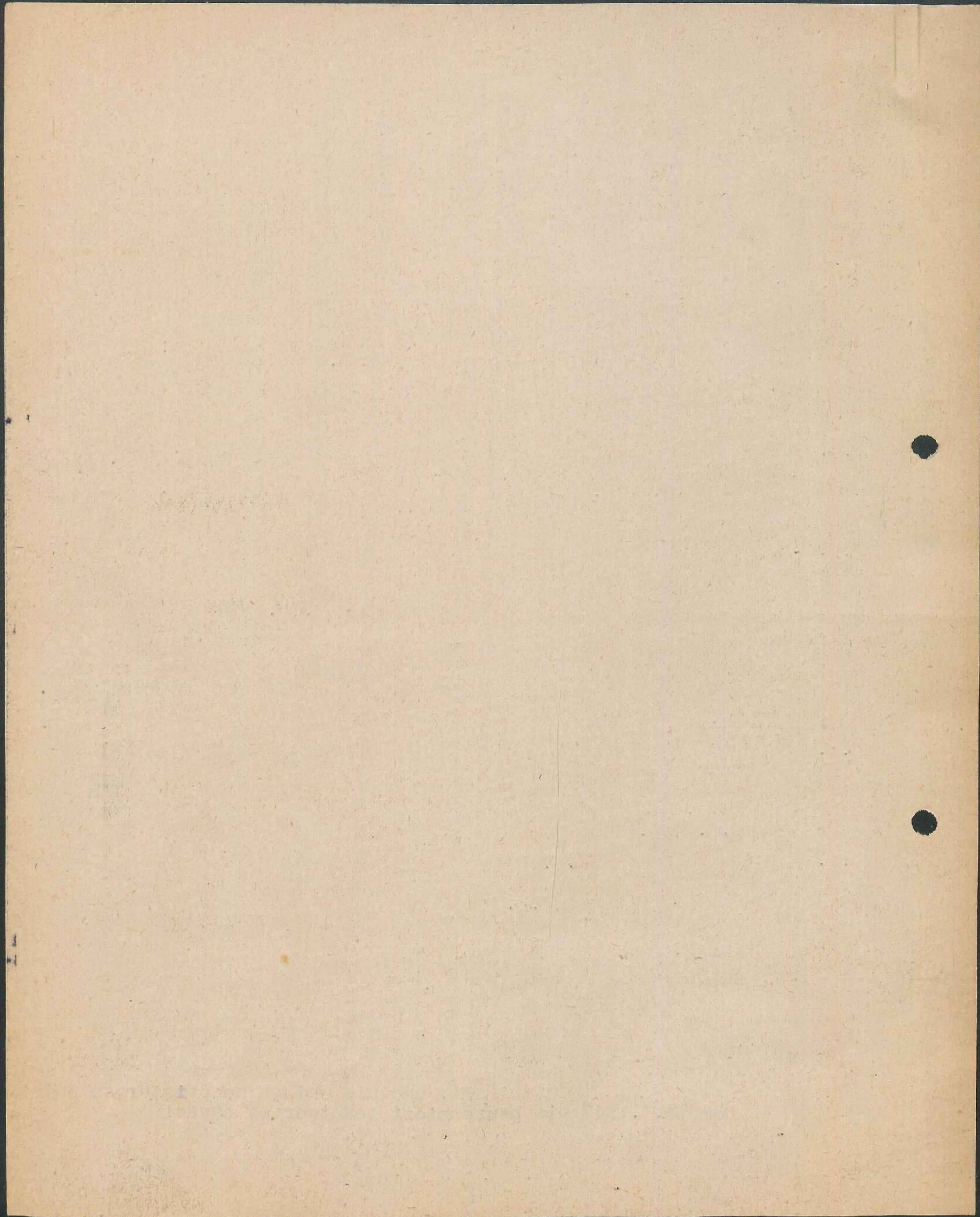
keine Antwort.

28.4.1947 Einschreibebrief an den Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen, Stuttgart:
Bitte um Beantwortung meines Express-Einschreibebriefes vom 13.3.1947, unter Angabe des Aktenzeichens des Briefes vom 7.3.1947.

19.5.1947 (Poststempel 22.5.1947) Brief des Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen, Stuttgart:
Mein Brief vom 28.4.1947 wird dahingehend beantwortet, dass über Zuzug nach dem Land Baden der Landeskommisssar für das Flüchtlingswesen in Karlsruhe selbstständig entscheidet. Mein Schreiben, sowie die früheren Schreiben sind daher nach Karlsruhe weitergeleitet worden.

Anmerkung: Diese letzte Mitteilung bedeutet, dass mein Einspruch gegen eine Entscheidung der Karlsruher Flüchtlingsstelle von der übergeordneten Stuttgarter Flüchtlingsstelle an dieselben Beamten zurückverwiesen wird, gegen deren Entscheidung ich Einspruch erhoben hatte(!), und die meinen modifizierten Antrag vom 28.3.1947 bis heute nicht beantwortet haben!

Weinheim a.d. Bergstrasse, den 5. Juni 1947





INNENMINISTERIUM

Fl IX/IIa - 76

Der Staatsbeauftragte
für das Flüchtlingswesen im Innenministerium

Herrn
Werner Ackermann

Weinheim a.d. Bergstrasse
=====

Betr.: Zuzug für Ihre Familie.

Bezug: Ihr Schreiben vom 28.4.1947.

Gemäss Erlass Nr 86 vom 18.11.46
entscheidet über Zuzug nach dem Land Baden
der Landeskommisssar für Flüchtlingswesen
in Karlsruhe selbständig.

Ihre bei der hiesigen Dienststelle ein-
gegangenen Schreiben sowie Telegramm wurden
daher zuständigkeitshalber an die genannte
Dienststelle weitergeleitet.



I. A.

Hasenöhrl
(Hasenöhrl)

STUTTGART W, DEN 19. 5. 1947

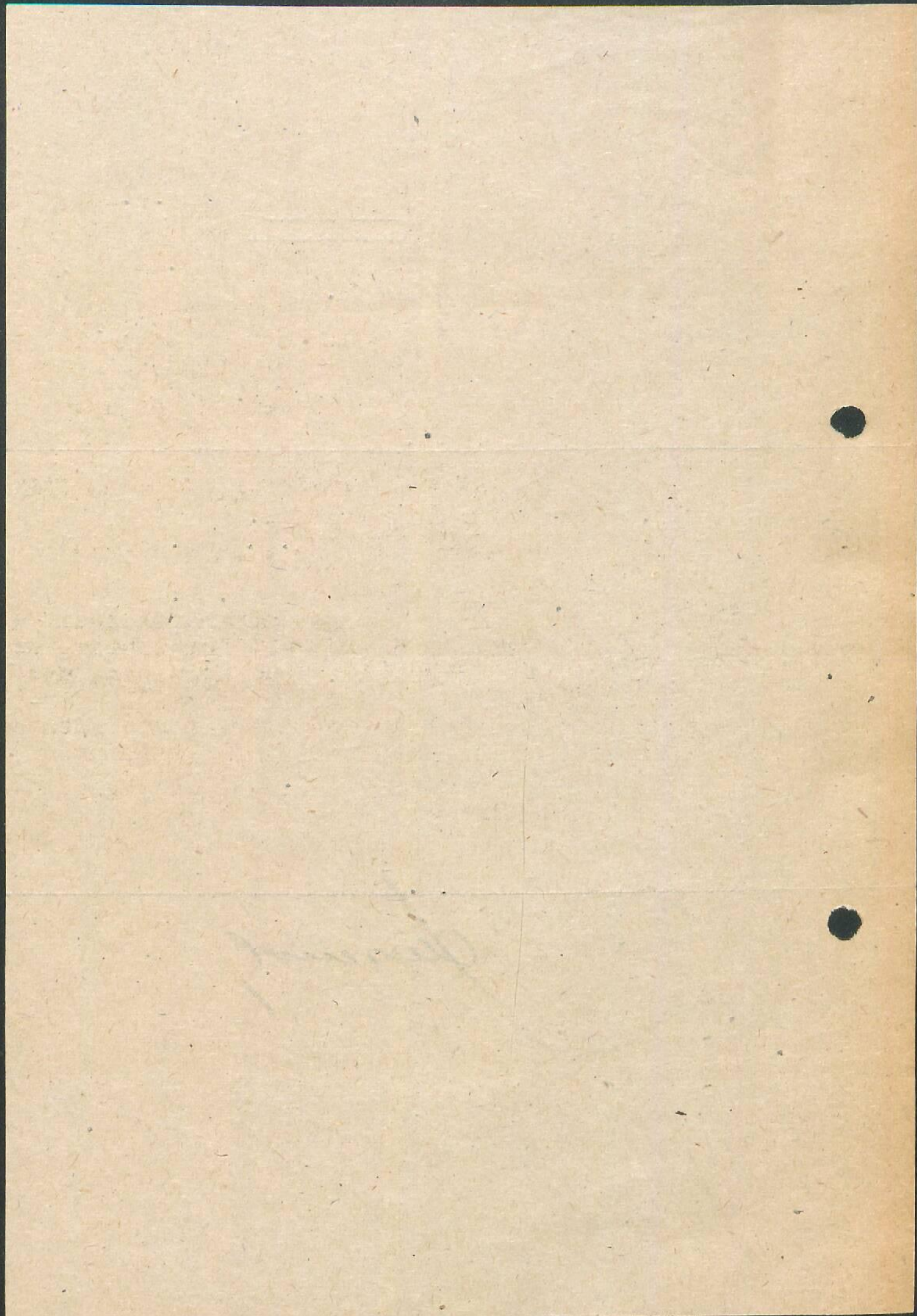
Reinsburgstrasse 32/34

Fernsprech-Nr. 921 55/59

Hohenstaufenstr. 11

Ha/Fe.

*Empf. 22.5.
vrb. 23.5.47*



den 21. 5. 1947

Herrn Landeskommissar f.d. Flüchtlingswesen

K a r l s r u h e

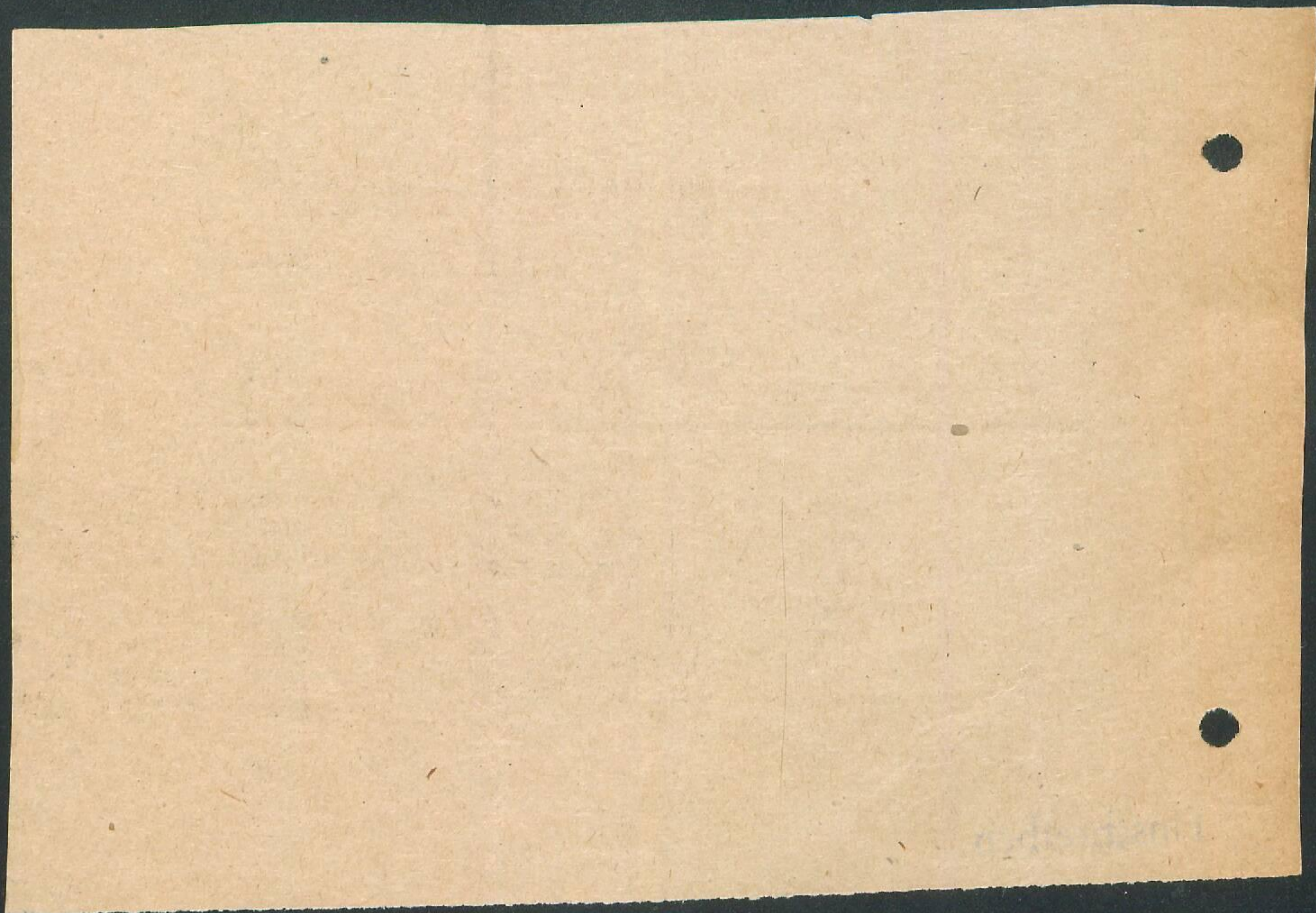
Neue Postdirektion, Abt. III

Nachdem Sie am 4.2.47. meinen Antrag auf Zuzug für meine Frau und Tochter wegen Wohnraumangel abgelehnt hatten, reichte ich am 28.3. einen Antrag auf Zuzug für meine Frau ein, unter Verzicht auf zusätzlichen Wohnraum.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Entscheidung bekannt geben würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Einschreiben



Abschrift

Weinheim, den 28.4.47

Einschreiben

An den Staatsbeauftragten
für das Flüchtlingswesen

S t u t t g a r t

betr.: Ihr Zeichen IX/Fl.B-76
meinen Antrag vom 16.12.1946
meinen Einschreibebrief vom 5.2.47 an den Herrn Innenminister
meinen Ein-Einschr.Brief vom 13.3.47. an Sie.

Da ich auf meinen Brief vom 13.3.1947 noch ohne
Bescheid bin, möchte ich hiermit meine Angelegenheit noch-
mals in Erinnerung bringen. Ich nehme an, dass der Brief bei
Ihnen eingegangen ist.

Meine Bitte an den Herrn Innenminister (Einschr.
vom 15.3.47) um Feststellung, wo mein Einschreibebrief vom
5.2.47 geblieben ist, ist nicht beantwortet worden. Ich sel-
schliesse daraus, dass auch dieser Einschreibebrief "verlo-
ren gegangen" ist.

Hochachtungsvoll

ganz ...
worauf mit Stahlgriffel, Linierrädchen u. s. w. die Schablone beschriftet oder bezeichnet werden kann.

Korrekturen: Die verschriebene Stelle mit Korrekturlack überstreichen, den Lack einige Augenblicke eintrocknen lassen und nochmals mit den richtigen Buchstaben übertippen.

Aufbewahrung der Schablonen: Will man die bereits verwendete Schablone zu nochmaliger Benutzung aufbewahren, so geschieht dies am zweckmässigsten entweder zwischen zwei Blättern Paraffin-papier oder freihängend an einem Gestell.

Sollte die Schablone nach sehr vielen Abzügen poröse Stellen aufweisen, welche durch Körnchen des Vervielfältigungs-(Saugpost) Papiers hervorgerufen werden, so decke man sie mit Korrektur-lack ab.

Jede Schablone ist Blatt für Blatt auf klaglose Verwendbarkeit hin geprüft. Bei etwaigen Beschwerden wird um Übermittlung der bemängelten Schablone und des Kontrollzettels, der jeder Schachtel beiliegt, gebeten.

Werner Ackermann
Schriftsteller

Weinheim, den 28. März 1947
Friedrich Voglerstrasse 29.

An den
Präsident der
Landesverwaltung Nordbaden
Abteilung Flüchtlingswesen

Karlsruhe
Neue Postdirektion.

über:

den Herrn Oberbürgermeister
der Stadt Weinheim/Bergstr.

Betr.: Zuzug der Ehefrau.

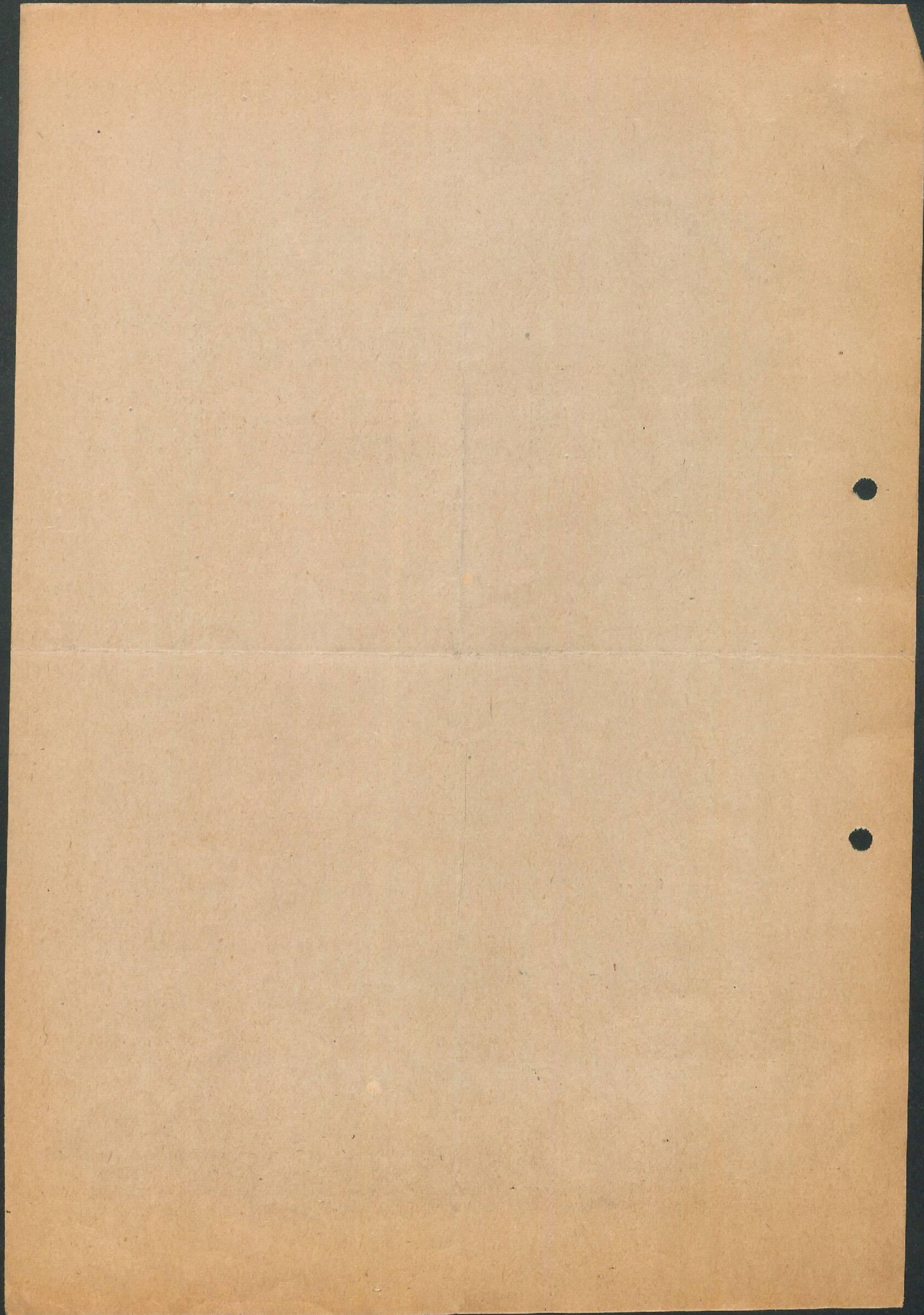
Ich nehme Bezug auf meinen Antrag vom 16. Dez. 1946 bzgl. Zuzug meiner Frau und Tochter, z.Zt. wohnhaft in Brandenburg/Havel, zwecks Wiederherstellung der Familiengemeinschaft. Mein Antrag wurde abgelehnt, da er "wohnungsmässig nicht durchführbar" ist.

Die Begründung der Ablehnung veranlasst mich, hiermit einen abgeänderten Antrag einzureichen, demzufolge ich nur die Zuzugsgenehmigung für meine Frau beantrage. Ich verzichte also auf die Zuzugsgenehmigung für meine Tochter. Auf diese Weise beanspruche ich keinen zuzüglichen Wohnraum, da meine Frau mit mir in einem Zimmer wohnen kann.

Da meine Frau durch die lange Trennung körperlich und psychisch schwer leidet, wäre ich Ihnen ausserordentlich dankbar, wenn Sie die Angelegenheit wohlwollend und beschleunigt behandeln würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

pers. abgegeben
28.3.47 (Wohnungsamt)



Ungefährer Text meines Schreibens an Innenminister Ulrich, v. 1
Einschreiben: 153.47

Sehr geehrter Herr Minister!

Am ~~xxx~~ 5.2.1947 sandte ich Ihnen ein Schreiben, ^{(in dem}
dringend um eine Entscheidung in einer Sache betr. Wiederherst
der Familiengemeinschaft bat.

4.3.47. Stellung
hingewiesen
nicht der
enthielt,
haben.
Auf meine telegrafische ~~Anfrage~~ Nachfrage vom 4.
erhielt ich die Nachricht vom Landeskommissar für das Flüchtli
in Stuttgart, das Telegramm sei ihm zugeleitet worden, jedoch
betreffende Brief vom 5.2.1947. Da der Brief, der 2 Anlagen ~~en~~
eingeschrieben war, nehme ich an, dass Sie ihn auch erhalten h
haben.

Ich bitte höflichst, den Verbleib des Briefes
feststellen zu wollen. Da mein Antrag vom 16.12.1946, der
meinem Schreiben zu Grunde lag, bereits hier über einen Monat
liegen geblieben war, und jetzt auch mein Brief an Sie unbe-
achtet geblieben ist, bitte ich Sie, darauf ~~hinwirken~~ hin-
wirken zu wollen, dass derartige Verzögerungen und Verschlep-
pungen von Angelegenheiten, bei denen es sich schliesslich
um das Lebensglück einiger Menschen handelt, in Zukunft ver-
mieden werden. Es entsteht sonst der Eindruck, als ob bei den
Behörden Verständnislosigkeit oder sogar böser Wille gegen-
über den Neubürgern vorliegt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Gebrauchsanweisung.

Das zwischen Unterlage und Schablone liegende Paraffinblatt ist vor dem Beschreiben der Schablone unbedingt zu entfernen.

Jede Schachtel enthält einige Blatt Kohlepapier. Weissen Schablonen ist schwarzes Kohlepapier, farbigen Schablonen (blau, grün, braun) ist weisses Kohlepapier beige packt. Dieses wird mit der Farbseite nach oben zwischen Unterlage und Schablone eingelegt. Man erzielt hierdurch beim Beschreiben ein deutlich sichtbares Schriftbild auf der Schablone und beim Vervielfältigen schöne, klare Abzüge.

Schreibmaschinenschrift: Vor dem Beschreiben der Schablone Typen der Schreibmaschinen mit einem Typenreinigungsmittel gründlich säubern. Farbband ausschalten, so dass die Typen un-

Zu diesem Brief 4 Anlagen: Kopieen meines Antrages vom 16.12.46.,
meines Briefes an den Innenminister vom 5.2.47., der Ablehnung der
Zuzugsgenehmigung aus Karlsruhe vom 4.2.47. und 1 Telegramm meiner Frau
Ungefährer Text meines Einschreibebriefes an den Staatsbeauftragten
für das Flüchtlingswesen, Stuttgart, vom 13.3.1947: (durch Eilboten!)

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 7.3.47. (Poststempel 11.3., 18 Uhr) und stelle mit grosser Erbitterung fest, dass mein Einschreibebrief an den Herrn Innenminister von Württemberg-Baden vom 5.2.1947 offenbar überhaupt nicht bearbeitet worden ist. Da auch mein Antrag vom 16.12.1946 über einen Monat hier unerledigt liegen geblieben ist, verstärkt sich bei mir der Eindruck einer Sabotage. Anscheinend gibt es bei den Behörden Personen, die den Neubürgern, und besonders den Antifaschisten, vollkommen verständnislos oder gar feindselig gegenüberstehen.

Ich bin durch die Trennung in meiner Arbeit ausserordentlich behindert, da meine Frau mir früher eine unentbehrliche Mitarbeiterin war. Auch kann ich den doppelten Haushalt nicht länger durchführen. Meine Frau ist in der russischen Zone in einer wirtschaftlich unhaltbaren Lage und durch die jahrelange Trennung in ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit sehr gefährdet. Für uns ist jeder Tag des Wartens von Bedeutung. Ich versage es mir jedoch, bei Behörden an ein menschliches Gefühl zu appellieren. Ich erbitte eine Entscheidung darüber, ob der Flüchtlingskommissar in Karlsruhe (nach Stellungnahme des hiesigen Bürgermeisters) das Recht hat, die Wiederherstellung der Familiengemeinschaft abzulehnen. Ist das der Fall, so werde ich die Ehescheidung, die die Behörden damit de facto aussprechen würden, beantragen und alle daraus sich ergebenden Konsequenzen ziehen.

Vor allem liegt mir daran, dass nicht noch weitere Verzögerungen und Verschleppungen entstehen. Ich möchte endlich wissen, woran ich bin.

Um meinen guten Willen zu beweisen, bin ich bereit, eine Konzession zu machen und vorläufig auf den Zuzug meiner Tochter zu verzichten. Ich brauchte demnach nur ein Zimmer mit Kochgelegenheit, evt. im Tausch gegen mein jetziges Zimmer. Ich könnte dann abwarten, bis sich eine Wohngelegenheit für meine Tochter und evt. ein Arbeitsraum für mich bietet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

2

Gebrauchsanweisung.

Das zwischen Unterlage und Schablone liegende Paraffinblatt ist vor dem Beschreiben der Schablone unbedingt zu entfernen.

Jede Schachtel enthält einige Blatt Kohlepapier. Weissen Schablonen ist schwarzes Kohlepapier, farbigen Schablonen (blau, grün, braun) ist weisses Kohlepapier beige packt. Dieses wird mit der Farbseite nach oben zwischen Unterlage und Schablone eingelegt. Man erzielt hierdurch beim Beschreiben ein deutlich sichtbares Schriftbild auf der Schablone und beim Vervielfältigen schöne, klare Abzüge.

Schreibmaschinenschrift: Vor dem Beschreiben der Schablone Typen der Schreibmaschinen mit einem Typenreinigungsmittel gründlich säubern, Farbband ausschalten, so dass die Typen unmittelbar auf die Schablone aufschlagen.

Schablone einspannen und mit normalem, gleichmässigem Anschlag beschriften. Bei Schreibmaschinen mit leichtem Anschlag raumreiche Grossbuchstaben wie M und W stark tippen.

Um Textstellen durch breite Schrift hervorzuheben, schreibe man zuerst mit eingeschaltetem Farbbande und tippe die Buchstaben mit ausgeschaltetem Farbbande nach.



INNENMINISTERIUM

Der Staatsbeauftragte

für das Flüchtlingswesen im Innenministerium

IX / Fl. / B-76

STUTTGART W. DEN

~~Reinsburgstraße 32/34~~

Fernsprech-Nr. 921 55/59

7.3.1947

Hohenstaufenstr. 11

Kr./Pe.

Herrn
Werner Ackermann

Weilheim/Baden

=====
Bärgstr.

Ihr Einschreibebrief vom 5.2.1947 ist bei unserer Dienststelle nicht eingegangen. Ihr an das Innenministerium gerichtetes Telegramm haben wir erhalten. Da jedoch keinerlei Unterlagen vorhanden sind können wir keinen Entscheid herbeiführen.

Wir bitten Sie, Ihre Angelegenheit ausführlich schriftlich an obige Dienststelle einzureichen.

F.d.R.

Krämer
(Krämer)



gez. Hasenöhrl

*(abgeschimpft 11.3.47)
erh. 13.3.47
beantw. 13.3.47*

Wm. H. H. H.

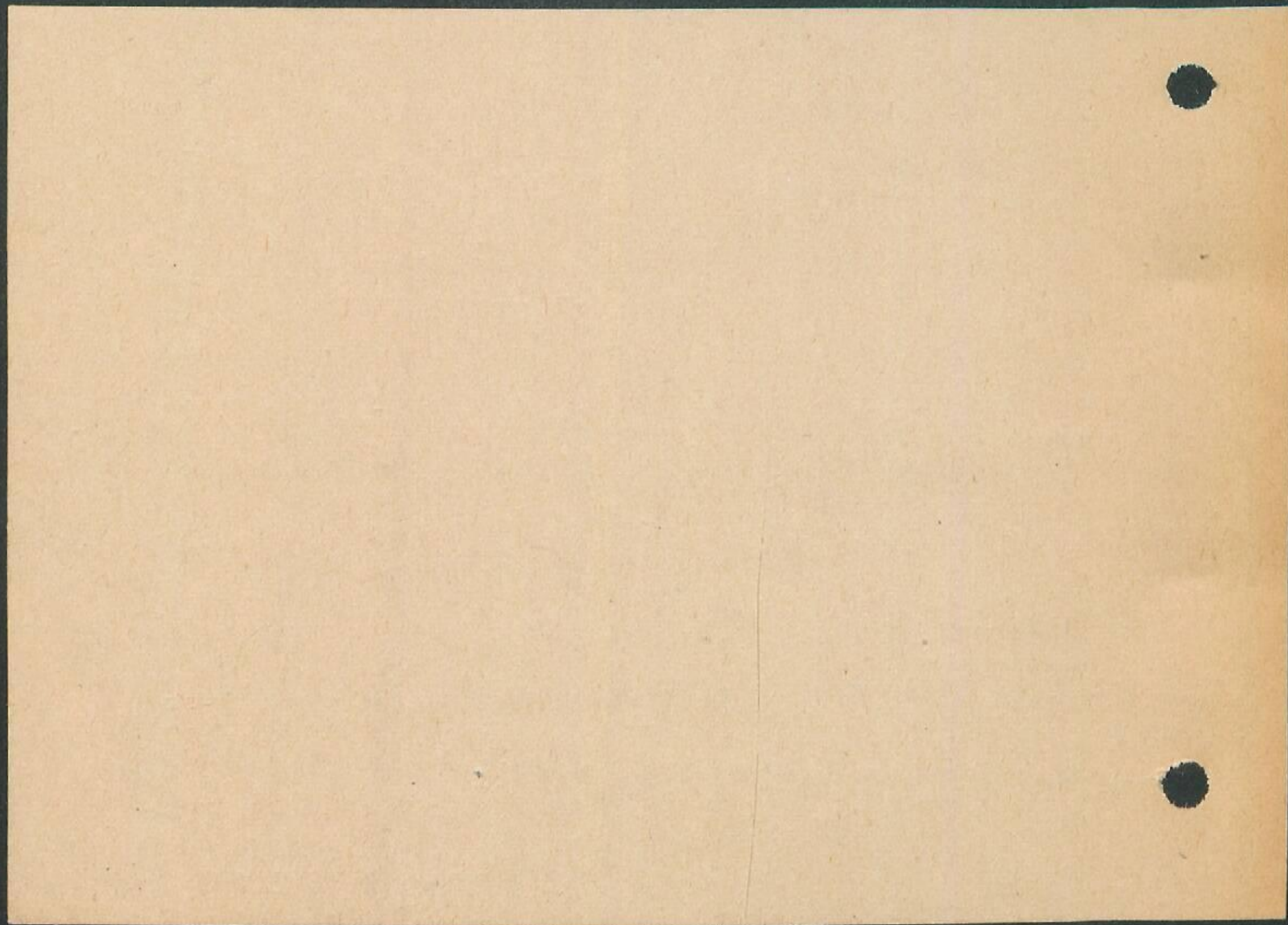
4/3. 47

Telegramm

Innenminister Ulrich Stuttgart

Erbitte höflichst Sofortbescheid betreffs meines
Einschreibebriefes vom fünften Februar da ich
dringend disponieren muss und gegebenenfalls
Ehescheidung als Konsequenz einer offiziellen
Verhinderung der Wiederherstellung der Familien-
gemeinschaft beantragen will.

W.A.



Weinheim, den 5. Februar 1947

Abschrift

Einschreiben

An den
Herrn Innenminister
von Württemberg - Baden

S t u t t g a r t

Sehr geehrter Herr Minister !

Ich möchte Sie, als zweithöchste Instanz im Land Württemberg - Baden, höflichst bitten, die Entscheidung einer Ihnen untergeordneten Stelle nachprüfen zu wollen.

Die hauptsächlichsten Unterlagen meiner Angelegenheit füge ich hier bei. Ich möchte dazu folgendes bemerken:

- 1) Ich habe nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft Anfang September 1946 auf Anweisung des Kreisflüchtlingskommissars in Mannheim die Zuzugsgenehmigung für Weinheim erhalten.
- 2) Die Bestimmungen über Wiederherstellung der Familiengemeinschaft sind zweifellos aus der Erkenntnis heraus erlassen worden, dass es menschlich nicht zu rechtfertigen ist, die Trennung von Familienmitgliedern zu einem Normalzustand zu machen. Die durch staatliche Bestimmungen verhinderte Ehegemeinschaft würde einer Ehescheidung gleichkommen und zu entsprechenden Konsequenzen führen.
- 3) Meine Angelegenheit stellt insofern einen Sonderfall dar, als es nur wenige "Westflüchtlinge" gibt, und diese daher in den Bestimmungen nicht berücksichtigt wurden. Sinngemäß scheint mir mein Antrag vom 16.12.46 unter Nr.3a) oder Nr.6) der in der Presse veröffentlichten Bestimmungen zu fallen. Ich bitte daher als Auslandsdeutscher aus Belgien um Gleichstellung mit den Ausgewiesenen aus der CSR und Ungarn. Falls Sie dieses Prinzip anerkennen, so bedarf es nach Nr. 6) keines besonderen Antrages mehr, da ich entlassener Kriegsgefangener und als Ausgewiesener anzusprechen bin.
- 4) Sollte für meine Frau und Tochter wirklich keine Unterkunft in Weinheim zu beschaffen sein - was ich nicht glaube! - so bitte ich Sie hiermit um Zuweisung eines anderen Aufenthaltsortes.
- 5) Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sog. Neubürger in Weinheim unerwünscht sind und als Staatsbürger 2.Klasse angesehen und behandelt werden. Jedenfalls scheint behördlicherseits wenig guter Wille vorhanden zu sein, sich in die materiellen Nöte und seelischen Belastungen der Neubürger hineinzudenken. Darüber hinaus liegt die

Vermutung nahe, dass die ~~ablehnende~~ ~~durch~~ Stellungnahme des hiesigen Bürgermeisters (Leiter des Wohnungsamtes) auf meine Angaben, dass ich Emigrant war und antifaschistischer Schriftsteller bin, zurückzuführen ist. Ich hatte meine Bitte um beschleunigte Behandlung meines Antrages u.a. mit diesen Angaben begründet. Der Erfolg war, dass der Antrag einen Monat lang unbearbeitet liegen blieb; erst nach meiner bescheidenen Anfrage erfolgte eine Rückfrage und dann, nach etwa 2 Wochen, die Weiterleitung nach Karlsruhe.

Ich vertraue auf Ihr Verständnis, Herr Minister, und erbitte Ihre baldige Entscheidung über die Frage, ob ich als Westflüchtling den Ausgewiesenen aus der CSR und Ungarn gleichzustellen bin und infolgedessen das Recht besitze, mit meiner Familie wieder zusammenzuleben.

Anlage:
2 Abschriften.

Der Präsident des Landesbezirks
BADEN

Abteilung Innere Verwaltung
Landeskommissar für das Flüchtlingswesen

Ihr Antrag vom 16.12.1946

Karlsruhe, den 4.2. 1947

Neue Postdirektion

Abt. III

Fu/Ku.

16.12.47

Zuzugsgenehmigung für Otta u. Sonja Ackermann

von Brandenburg/ nach Weinheim
Havel

1. Die beantragte Zuzugsgenehmigung wird abgelehnt.

Gründe:

Ihrem Antrag auf Zuzug kann nicht entsprochen werden,
da derselbe wohnraummässig nicht durchführbar ist.

2. Nachricht dem Herrn Referenten für Flüchtlingswesen im Stadt - Land - Kreis Mannheim

Weinheim

zur Kenntnisnahme.

3. ZdA. -

Badenia, Karlsruhe



K. Müller

Nachgebühr

Gebührenpflichtige Dienstgebühr

Werner

Werner Ackermann

Weinheim

Friedrich Voglerstr. 29



Der Präsident des Reichsausschusses für
Abzug der Steuern
Kommunikation & Postverwaltung

Der Bürgermeister

— Wohnungsamt —

Weinheim, den 23. Januar 1947

Betr.: Ihr Schr.v.11.1.47

Engegangen am: 27.1.
Eingangsstempel

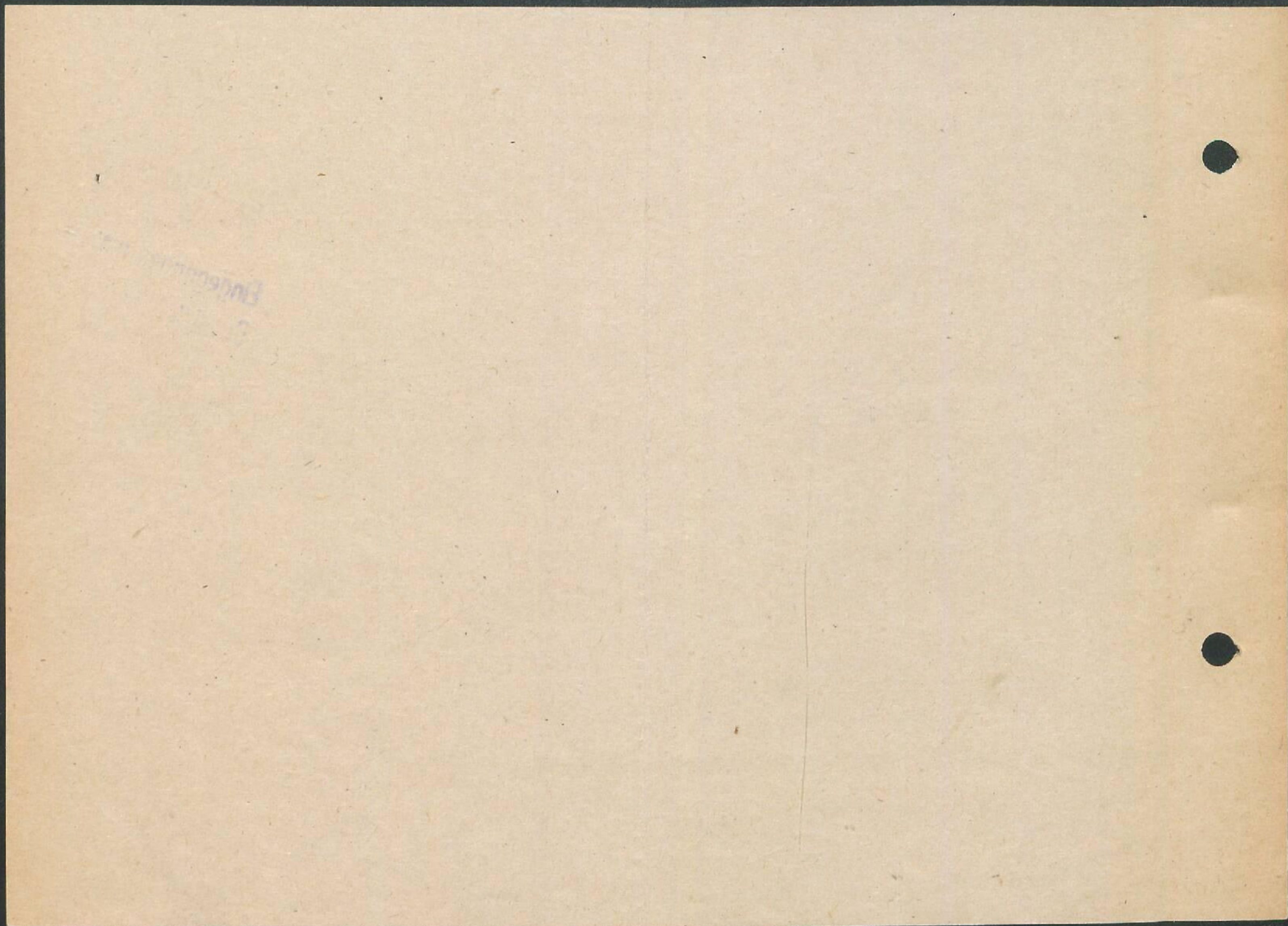
Es wird Ihnen hiermit mitgeteilt, daß Ihr Antrag
an den Herrn Flüchtlingsreferenten weitergeleitet worden
ist.

W. W. Ackermann

An Herrn Werner Ackermann

Friedrich Voglerstraße 29

Vom Fl.-Referenten
am 25.1. weitergeleitet
nach Karlsruhe



Abschrift (ungefähr)

An den Herrn Staatskommissar für das Flüchtlingswesen
Karlsruhe

Einschreiben

betr. Zuzug von Angehörigen zwecks Wiederherstellung der Familien-
gemeinschaft.

Sehr geehrter Herr Staatskommissar!

Wie mir auf der hiesigen Flüchtlingsstelle mitgeteilt wird, ist mein Antrag vom 16.12.1946 auf Zuzugsgenehmigung für meine Familie (Frau und Tochter) am 25.1.47. an Sie weitergeleitet worden.

Ich bin seit $2\frac{1}{2}$ Jahren von meiner Familie getrennt und möchte um Ihr menschliches Verständnis bitten für die seelische Belastung, die sich aus der langen Trennung und ~~den~~ Verzögerungen in der Behandlung der Angelegenheit ergibt. Abgesehen davon, dass das Warten von Tag zu Tag schwer zu ertragen ist, kommen auch noch praktische und berufliche Erwägungen in Betracht. Der doppelte Haushalt bringt vielerlei Nachteile mit sich; ausserdem ist mir meine Frau als Sekretärin unentbehrlich.

Ich wäre Ihnen ausserordentlich dankbar, wenn Sie mir recht bald einen günstigen Bescheid geben würden und begrüsse Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Rückporto anbei.

Ist die Schablone beschriebe, so entferne man das eingelegte Kohlepapier und spanne die Schablone auf den Vervielfältiger. Bei Cyclostylé-Apparaten spanne man das Cyclostylé-Packungen beiliegende Japanpapierblatt über die Schablonen. Handschrift und Zeichnung: Hierzu vorgesehene, mit Seiden- gaze bezogene Zinkplatte zwischen Unterlage und Schablone legen, worauf mit Stahlgriffel, Linierädchen u. s. w. die Schablone beschritten oder bezeichnet werden kann. Korrekturen: Die verschriebene Stelle mit Korrekturlack überstreichen, den Lack einige Augenblicke eintrocknen lassen und nochmals mit den richtigen Buchstaben übertippen. Aufbewahrung der Schablonen: Will man die bereits verwendete Schablone zu nochmaliger Benutzung aufbewahren, so geschieht dies am zweckmässigsten entweder zwischen zwei Blättern Paraffin- papier oder freihängend an einem Gestell. Sollte die Schablone nach sehr vielen Abzügen poröse Stellen aufweisen, welche durch Körnchen des Vervielfältigungs-(Saugpost) Papiers hervorgerufen werden, so decke man sie mit Korrektur- Lack ab. Jede Schablone ist Blatt für Blatt auf klaglose Verwendbarkeit hin geprüft. Bei etwaigen Beschwerden wird um Übermittlung der bemängelten Schablone und des Kontrollzettels, der jeder Schachtel beiliegt, gebeten.

Der Bürgermeister

— Wohnungsamt —

Weinheim, den 13. Jan. 1947

Betr.: Ihre Zuzugsangelegenheit

Zur weiteren Bearbeitung Ihrer Zuzugsangelegenheit
wollen Sie umgehend hierher mitteilen, wo Ihr Wohnsitz
vor 1933 war.

Wohnungsamt

An Herrn Werner Ackermann

Friedrich Voglerstraße 29

Eingegangen am: 14. I.
Beantwortet am: 14. I.
Text der Antwort
unseitig!

Wenden!
Copie Dr. v. 14.1.47
ausstehend

14. I. 1947

An das Bürgermeisterrat
Wohnungsamt
Weinheim

Gebt. meinen Antrag
auf Zuzugs Genehmigung
für meine Familie

In sofortiger Erledigung Ihrer
Anfrage vom 13. I. 47 teile ich Ihnen
mit, dass ich 1932 meinen Wohnsitz
in Berlin-Wilmersdorf, Daimenweg 7,
hatte.

Hochachtungsvoll

W.A.

Werner Ackermann
Schriftsteller

Weinheim/Bergstr., den 11. Januar 47.
Friedrich-Voglerstrasse 29.

Einschreiben

An das
Bürgermeisteramt
Weinheim / Bergstr.

Betr.: Meinen Antrag auf Zuzugsgenehmigung für meine
Familie vom 16.12.46

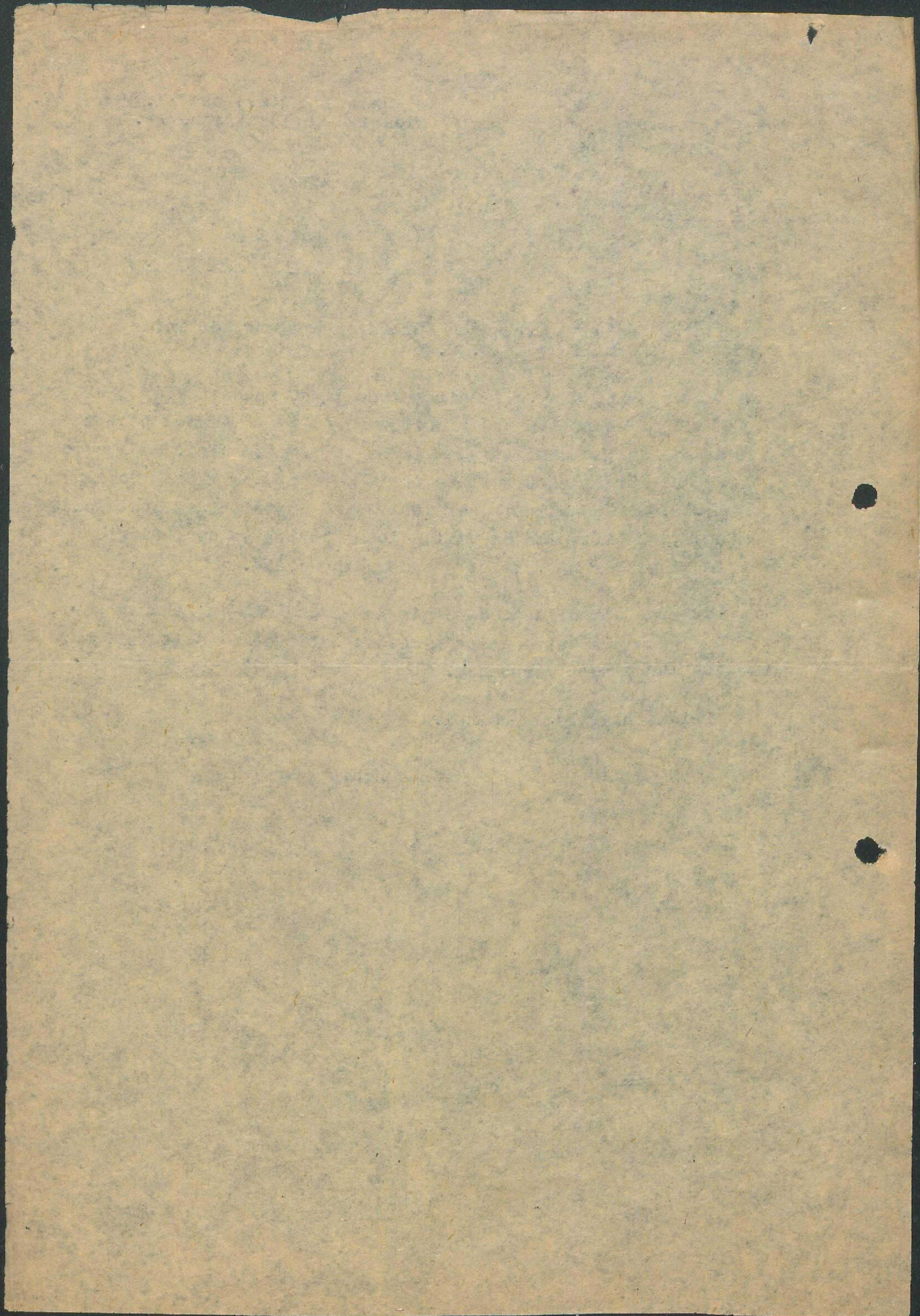
Ich erfahre, dass die Anträge nicht an, sondern über das
für den gewünschten Zuzugsort zuständige Bürgermeisteramt
an den Kreisflüchtlingskommissar zu richten sind. Sollte mein
an das Bürgermeisteramt Weinheim gerichteter Antrag vom
16.12.46 wegen dieses Formfehlers nicht weitergeleitet worden
sein, so bitte ich hiermit, die Anschrift meines Briefes
im Sinne der Vorschrift abändern zu wollen.

Für eine Mitteilung, dass die Angelegenheit in Ordnung geht,
und wann die Weiterleitung meines Antrages erfolgt ist, wäre
ich Ihnen sehr verbunden.

Freiumschlag lege ich bei.

Hochachtungsvoll !

1 Anlage.



WERNER OKERMANN
WEINHEIM a.d. B.
Friedrich-Vogl-Strasse 29

Weinheim, den 16. 12. 1946

Bitte sorgfältig aufbewahren!

sonst wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Gegenstand (z. B. E-Bf)	(Abkürzungen s. umseitig unter A)			
	FM (in Ziffern)	RF	Nachnahme	FM (in Ziffern)
an- gegebener Wert oder eingezahlter Betrag				
Emp- fänger	Bürgermeisteramt			
Bestim- mungsort	Weinheim			

Postvermerke

Einlieferungs- Nr.	Gewicht kg	g
107		

Postannahme

C 62 Din A 7

An das Bürgermeisterrat

Weinheim

Ürigen.

Herstellung der Familiengemeinschaft beantrage
Zuzugsgenehmigung für
Frau Ota, geb. Böhme
5.5.1894 in Münster/Westf., ohne Beruf
Tochter Sonja, unverheiratet
9.11.1921 in Berlin-Dankwitz
Krankengymnastin und Heilmasseurin,
wohnhaft in Brandenburg/Havel, Domlinden 7.

ständiger Schriftsteller, musste Anfang 1933
Gegner des Hitlerismus emigrieren und hatte
von 1933 bis Herbst 1944 in Belgien. Nach der
Raumung Belgiens bekam meine Frau als Evacuierte eine Wohnung
in Brandenburg. Ich bin beim Ausschuss für politisch verfolgte
gemeldet.
Anfang 1945 geriet ich als Kapitänleutnant d. Res. in Kriegs-
gefangenschaft und erhielt nach meiner Entlassung Anfang Sep-
tember 1946 Zuzugsgenehmigung in Weinheim. Ich gelte als
"Westflüchtling" und bin im Besitze eines Flüchtlingspasses.

Da ich durch die Trennung von meiner Familie und der damit
verbundenen eigenen Haushaltsführung in der Ausübung meines
Berufes stark behindert bin, ferner auf Grund meiner Eigen-
schaft als

1. entlassener Kriegsgefangener
 2. Flüchtling
 3. politisch Verfolgter
 4. antifaschistischer Schriftsteller
- (Unterlagen stehen zur Verfügung)

bitte ich um beschleunigte Behandlung meines Antrages.

Hochachtungsvoll

W. Ockermann

WERNER / OKERMANN
WEINHEIM a.d. B.
Friedrich-Wogl-Strasse 29

Weinheim, den 16. 12. 1946

An das Bürgermeisterrat

Weinheim

betr.: Zuzug von Angehörigen.

Zwecks Wiederherstellung der Familiengemeinschaft beantrage ich hiermit Zuzugsgenehmigung für

a) meine Frau Ota, geb. Böhme
geb. 25.5.1894 in Münster/Westf., ohne Beruf

b) meine Tochter Sonja, unverheiratet
geb. 19.11.1921 in Berlin-Dankwitz

Beruf: Krankengymnastin und Heilmassseurin,

beide zur Zeit wohnhaft in Brandenburg/Havel, Domlinden 7.

Ich bin selbstständiger Schriftsteller, musste Anfang 1933 als notorischer Gegner des Hitlerismus emigrieren und hatte meinen Wohnsitz von 1933 bis Herbst 1944 in Belgien. Nach der Räumung Belgiens bekam meine Frau als Evakuierte eine ^{Nach}Wohnung in Brandenburg. Ich bin beim Ausschuss für politisch verfolgte gemeldet.

Anfang 1945 geriet ich als Kapitänleutnant d.Res. in Kriegsgefangenschaft und erhielt nach meiner Entlassung Anfang September 1946 Zuzugsgenehmigung in Weinheim. Ich gelte als "Westflüchtling" und bin im Besitze eines Flüchtlingspasses.

Da ich durch die Trennung von meiner Familie und der damit verbundenen eigenen Haushaltsführung in der Ausübung meines Berufes stark behindert bin, ferner auf Grund meiner Eigenschaft als

1. entlassener Kriegsgefangener
 2. Flüchtling
 3. politisch Verfolgter
 4. antifaschistischer Schriftsteller
- (Unterlegen stehen zur Verfügung)

bitte ich um beschleunigte Behandlung meines Antrages.

Hochachtungsvoll

W. Okermann

